

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf. (incl. Post- und
 Einschneidung) 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit nächster Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,00 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse für 1900 unter Nr. 7971.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 3 Mark, für das
 übrige Ausland 5 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgezeigten Zeilen
 jebe oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Vereine
 und Versammlungen 30 Pf.,
 „Leiter Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 5 Uhr vormittags geöffnet.
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Brühl-Strasse 2.
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.

Freitag, den 19. Oktober 1900.

Expedition: SW. 19, Brühl-Strasse 3.
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 5121.

Der Kanzler der Weltpolitik.

Ein Extrablatt des „Reichs-Anzeigers“ veröffentlichte am Donnerstagmorgen diese Bekanntmachung: „Seine Majestät der Kaiser und König haben Allerhöchstdinstimmend geruht:

dem Reichskanzler, Präsidenten des Staatsministeriums und Minister der auswärtigen Angelegenheiten Fürsten zu Hohenlohe Schillingfürst, Prinzen von Ratibor und Corvey, die nachgesuchte Entlassung aus seinen Ämtern unter Verleihung des hohen Ordens vom Schwarzen Adler mit Brillanten zu erteilen und den Staatsminister und Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Grafen v. Bülow zum Reichskanzler, Präsidenten des Staatsministeriums und Minister der auswärtigen Angelegenheiten zu ernennen.“

Die Verabschiedung des Grafen Caprivi im Oktober 1894 geschah inmitten höchster Wirren und lauter Erregung. Neue Männer wurden herbeigeholt. Aber die Reichspolitik unter der neuen Kanzlerschaft des Fürsten Hohenlohe beharrte in den alten Geleisen.

Der jetzige Kanzlerwechsel vollzieht sich in aller Stille, kein neuer Mann übernimmt die oberste Leitung der Reichsgeschäfte. Dennoch bedeutet der Uebergang vom Kanzler des Verhüllens zum Kanzler der Weltmachtspolitik ein Neues: die Politik des größeren Deutschland wird endgültig Regierungspolitik, wird eigentlicher und höchster Inhalt der Aufgaben des Reichs.

Herr v. Bülow, der zur Grasschaft emporsiegt, als er die Karolinen einhandelte, wird Reichskanzler auf Grund seines chinesischen Wirkens. Nicht Herr von Riquel, der so lange als Anwärter des Kanzlerpostens galt, nicht ein Vertreter des gegenwärtigen Kurzes der inneren Politik ist Hohenlohes Nachfolger. Die China- und Weltpolitik wird durch Bülows Erhöhung als oberstes Interesse des Reichs verkündet.

Wir hatten kaum je Fehde gegen den Fürsten Hohenlohe zu führen, obwohl seine Regierungszeit eine Zeit ununterbrochener und bössartiger Reaktion war. Dieser Reichskanzler, der als Greis von 76 Jahren in sein Amt trat, war nicht der Urheber der Politik, die er verantwortete. Wie er, der einst liberale Ministerpräsident von Bayern, als Statthalter von Elsaß-Lothringen die Ungerechtigkeiten des Diktaturparagraphen waltete ließ, so hat er als Kanzler alle Füglosigkeit der konservativen Scharfmacher und der agrarischen Ventulust gebildet. Er begann seine Kanzlerschaft mit der Eröffnung des Umsturzgesetzes; unter seinem Namen ging jenes kleine Socialistengesetz in Preußen und das Zuchthausgesetz im Reich; er ließ die Scandale der Majestätsbeleidigungs-Prozesse verheeren um sich greifen, und die Zeit, in der er Kanzler war, ist gezeichnet durch die Prozesse von Essen und Löbau. Er ließ die freie Wissenschaftslehre an den Universitäten ersticken und setzte seinen Namen unter den Entwurf des Heinegesetzes.

Doch für all das war der greise Mann nicht ersichtlich verantwortlich zu machen. Es war für ihn wohl oft ein Freudentag, wenn seine Gesetzesvorschläge vom Reichstag zurückgewiesen wurden. Er leitete nicht die Politik, sondern sah seine Aufgabe im Hemmen des Schlechteren.

Es mag sein, daß Fürst Hohenlohe als Hemmschuh wirkliche Verdienste um das Reich besitzt. So schwierig die Vorstellung noch wilderer Zirkeladmission und excentrischer Entgleisungen ist, als sie der Reichskurs der neuesten Epoche beschrieb, so mag dennoch Fürst Hohenlohe aus den Hemmungen und Milderungen, die er zu erreichen im Stande war, die Lust zur Fortführung des Amtes gewonnen haben.

Wenn jetzt Fürst Hohenlohe nicht länger im Amte verweilen wollte, so ist dies keinesfalls so harmlos zu erklären, wie die Blätter fast aller Richtungen versuchen. Es wird gesagt, Fürst Hohenlohe sei zu alt und gebrechlich, um sich den zu erwartenden Kämpfen im Reichstag über die Chinafrage auszuweisen. Aber alt und gebrechlich war der Fürst bereits am Tage der Uebernahme des Kanzlerpostens und stets haben die Staatssekretäre im Reichstag für ihn eintreten müssen. Es heißt den Fürsten Hohenlohe zu tief einschätzen, wenn man meint, daß er leicht und freiwillig verzichtet hat, die schwere Verantwortlichkeit vor dem Reichstag und dem deutschen Volk zu tragen, die er seit dem Beginn der chinesischen Wirren auf sich genommen. Hat auch Graf Bülow als Stellvertreter des Kanzlers die Chinapolitik geführt, der Verantwortlichkeit konnte der Kanzler sich nicht entziehen. Er trägt die Verantwortlichkeit für die Irrungen und Verfehlungen der deutschen Chinapolitik wie für die schwächliche Mißachtung der verfassungsmäßigen Rechte des Reichstags durch die Regierung. Wenn Fürst Hohenlohe dieser Verantwortlichkeit sich schuldig entzieht, so kann diese Flucht nur eine erzwungene sein. Fürst Hohenlohe konnte sich oft einen guten Abgang sichern, warum sollte er jetzt den schimpflichsten gewählt haben?

Noch kurz vor dem Abgang des Fürsten Hohenlohe wandte sich die badische offizielle „Süddeutsche Reichskorrespondenz“ gegen die Auffassung, als ob Fürst Hohenlohe gewillt sei, die Mitwirkung an der Reichspolitik aufzugeben. Die wohlunterrichtete Korrespondenz fährt:

„Genau so wie zu Zeiten des Fürsten Bismarck wird jetzt in Bezug auf die Vertretung des Reichskanzlers verfahren. Allerdings ist Fürst Hohenlohe nicht immer in Berlin anwesend und er hat in diesem Sommer einen längeren Aufenthalt in Werka nehmen müssen, um

den Verlauf des Restes seines russischen Besites zum Abschluß zu bringen. Aber ist nicht auch Fürst Bismarck einen erheblichen Teil des Jahres, und zwar häufig sehr viel länger von Berlin abwesend gewesen als Fürst Hohenlohe, und wer hätte dem ersten Kanzler aus diesem Grunde nachsagen können, daß er die Fäden der Regierung nicht in der Hand hatte, sondern zu Gunsten der Chies der Reichsämter abgedankt habe? Fürst Bismarck hat eben, mochte er sich in seinen Besitzungen oder im Bade aufhalten, stets in regster Verbindung mit Berlin gestanden, Vorträge entgegengenommen, Weisungen und Entscheidungen erlassen, zu welchem Zwecke er regelmäßig von entsprechenden Hilfskräften begleitet war.

Genau so hält es aber auch Fürst Hohenlohe. Fern von Berlin bedeutet für den Reichskanzler überhaupt nichts weniger als procul negotiis (fern von den Geschäften). Ihn begleiten nicht nur stets Chiffreure, sondern bei ihm ist auch regelmäßig ein Vertreter des Auswärtigen Amtes oder der Chef der Reichskanzlei. So bleibt der Reichskanzler nicht nur bezüglich aller wichtigen Fragen der Reichspolitik, auch wenn er außerhalb Berlins weilt, stets auf dem laufenden, es wird auch kein Verstoß von Bedeutung gefast, ohne vorgängig seinen Rat einzuholen, so daß auch in solchen Zeiten die dem Reichskanzler verfassungsmäßig obliegende Verantwortung voll gewahrt bleibt. In seiner Hand laufen, mag Fürst Hohenlohe in Berlin oder außerhalb weilen, die Fäden der Reichspolitik zusammen, und die Chies der einzelnen Reichsämter haben keine andre Stellung, als sie Reichsverfassung und Stellvertretungs-gesetz ihnen einräumen.“

Und sehr aufläuternd wirkt nachfolgende heutige Äußerung der „Berliner Neuesten Nachrichten“:

„Wenn gleich es an Anzeichen nicht fehlte, daß die Jahre des Fürsten Hohenlohe seinem amtlichen Wirken in nicht allzu langer Zeit ein Ziel setzen würden, so ist die so schnelle Entscheidung selbst in amtlichen Kreisen unerwartet gekommen. Fürst Hohenlohe hatte noch zu Ende der vorigen Woche sich dahin ausgesprochen, daß er für seinen Rücktritt, sofern der Kaiser ihm sein Vertrauen bewahre, keinen Anlaß sehe, ja daß ein Rücktritt im gegenwärtigen Augenblick ihm als Fahnenstuch erscheinen würde. Koch am Sonnabend sah er es als seine selbstverständliche Pflicht an, daß er dem Reichstag wegen der Nichtüberufung in diesem Sommer Rede zu stehen habe. Die Ueberzeugung, daß er seinen Jahren nummehr den Tribut zollen müsse, den das Alter von ihm fordert, kam mithin erst am Sonnabend und Sonntag Plaz gegriffen haben.“

Der schnelle Sinneswechsel des Fürsten Hohenlohe nach seiner Ankunft in Homburg ist nur aus seiner Erkenntnis zu erklären, daß er die Wirkungen nun nicht mehr ausüben könne, die ihm bisher die Würde des Kanzlerpostens erträglich erscheinen ließen. Die jäh dahinjagende Weltpolitik verträgt den Hemmschuh nicht mehr.

Graf Bülow wird Reichskanzler als gefügiges Werkzeug der Weltpolitik. Die Offiziösen begrüßen den neuen Herrn mit befohlenem Jubel als die jugendliche Kraft, die befähigt sein werde, ersichtlich als oberster Beamter die Politik des Reichs zu leiten.

Graf Bülow wird die Reichspolitik leiten, wie sie in der Zeit geleitet werden kann, da das Kanzleramt zum Schattenkammeramt geworden ist.

Graf Bülow ist gewiß nicht Weltpolitiker wider Ueberzeugung. Aber er entdeckte seine weltpolitische Ueberzeugung erst, als er sein Amt übernahm. Graf Bülow könnte gewiß dem Reichstag mit angenehmer Stimme wohlgerundete Tafelreden vortragen in Vertretung einer andern Politik als der Weltpolitik, die er jetzt als höchstes Ziel deutschen Strebens verkündet.

Hohenlohe mochte den Uebersehwanng stürmender Thätigkeit künftigen. Mit Bülow tritt die Geschmeidigkeit in das höchste Reichsamt, die alles kann, was ihr aufgegeben wird. Die Zeit duldet nicht ernsthaften Staatsmänner von individueller Prägung. Dem maßlos beschwichtigenden Greise folgt der schmiegsame junge Mann, der mit der Gabe därtiger Gemeinplätzigkeit an die größten Probleme der Geschichte herantritt und das Reich immer weiter in die Orde einer unfruchtbaren und aussichtslosen Allerweltpolitik treibt.

Vielleicht vermeint Graf Bülow durch den Trumpf der Kanzlerschaft den verbleibenden Glanz seiner Weltpolitik zu erneuern und mit vermehrtem Gewicht den verfassungsmäßigen Grundrechten des deutschen Volks zu trogen? Vielmehr aber erkennt das deutsche Volk in der Alleinherrschaft, die nun die weltpolitische Unkultur gewinnt, das ungeheuerliche Anwachsen der Gefahr, die ihm droht.

Wir bewillkommen die weltpolitische Kanzlerschaft des Grafen Bülow. Unter Hohenlohe blieb der Feind, den wir bekämpfen, noch im Versteck. Jetzt erscheint er in voller Größe auf dem Kampffeld.

Das deutsche Volk sieht den Feind und wird ihn zu treffen wissen!

Hohenlohes Abschied.

Verordnung, betreffend die Einberufung des Reichstags, vom 16. Oktober 1900.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen etc. verordnen auf Grund des Artikels 12 der Verfassung, im Namen des Reichs, was folgt:

Der Reichstag wird berufen, am 14. November d. J. in Berlin zusammenzutreten, und beauftragen wir den Reichskanzler mit den zu diesem Zwecke nötigen Vorbereitungen.

Urkundlich unter unsrer höchst eigenhändigen Unterschrift und beidrucktem kaiserlichen Insigne.

Gegeben im Schloß zu Homburg v. d. Höhe, den 18. Oktober 1900.

(L. S.) Wilhelm, Fürst zu Hohenlohe.

Der Kaiser

hat, wie üblich, ein sehr freundliches Handschreiben an den scheidenden Reichskanzler gerichtet:

Mein lieber Fürst!

So ungern ich Sie aus Ihren bisherigen Stellungen im Reichs- und Staatsdienst scheidend sehe, so habe ich doch geglaubt, mich nicht länger dem Gewicht der Gründe, welche Ihnen die Befreiung von der Bürde Ihrer verantwortungsvollen Ämter wünschenswert erscheinen lassen, verschließen zu dürfen. Ich habe daher Ihrem Antrage auf Dienstentlassung mit schwerem Herzen stattgegeben. Es ist mir Bedürfnis, Ihnen bei dieser Gelegenheit, wo Sie im Begriffe stehen, eine lange und ehrenvolle Dienstlaufbahn abzuschließen, für die langjährigen treuen und ausgezeichneten Dienste, welche Sie in allen Ihnen übertragenen Stellungen dem Reich und Staat sowie meinen Vorfahren und mir mit aufopfernder Hingebung und unerwiderter Pflichttreue unter den schwierigsten Verhältnissen geleistet haben, meinen wärmsten Dank noch besonders auszusprechen. Möge Ihnen nach einer so thatenreichen Vergangenheit durch Gottes Gnade ein langer und glücklicher Lebensabend beschieden sein. Als äußeres Zeichen meiner Anerkennung und meines dauernden Wohlwollens verleihe ich Ihnen den hohen Orden vom Schwarzen Adler mit Brillanten und lasse Ihnen dessen Insignien hieneben zugehen.

Ich verbleibe Ihr wohlgenegter und dankbarer Kaiser und König Wilhelm, I. R. Homburg v. d. H., den 17. Oktober 1900.

Keine Ueberraschung!

Das ist die Grundgedankenlosigkeit, mit der sich die Presse mit dem Kanzlerwechsel zumißt abfindet. Unmöglich hat man entdeckt, daß Fürst Hohenlohe 81 Jahr alt sei, daß er ein Recht habe, müde zu sein, daß er bisher nur aus patriotischem Pflichtbewußtsein ausgeharrt habe. Auf einmal braucht er also nicht mehr patriotisch auszuhalten.

Genüß, Ueberraschungen giebt es bei uns überhaupt nicht, weil wir längst verlernt haben, irgend ein Geschehnis überraschend zu finden. Es ist alles überraschend oder, was dasselbe ist, nichts überraschend. Wenn es aber noch möglich war, die Politik der Ueberraschungen zu steigern, so ist es der jetzige Rücktritt Hohenlohes, in einem Augenblick, wo er berufen war, die unter seiner Firma getriebene Chinapolitik vor der Volksvertretung zu verantworten. Niemals ist ein Staatsmann unter so wenig rühmlichen Umständen aus dem Amt gefallen wie Fürst Hohenlohe. Niemals hätte für den alten, müden Herrn, der alt und müde ist, seitdem er Kanzler, eine zwingendere Pflicht bestanden, noch ein wenig auszuhalten, wie gerade jetzt. Hat man denn gar kein Gefühl dafür, wie sehr man den Charakter Hohenlohes verächtlich, wenn man ihm nachredet, sein Rücktritt im jetzigen Augenblick sei nicht überraschend? Sollte man dem Kanzler nicht wenigstens die ehrende Gunst der Vermutung angedeihen lassen sollen, daß er gehen mußte!

Die konservative und agrarische Presse verheißt in ihren stark ironischen Betrachtungen zwar nicht, daß sie dem immer noch zu liberalen und anständigen alten Herrn keine Thräne nachzuweinen habe, sie ist aber doch ziemlich besorgt, ob Graf Bülow, der als auswärtiger Minister die internationalen Beziehungen bevorzugt, für eine Handelsvertragspolitik den nötigen Fanatismus besitze; dieses Vordringen der Weltpolitik wird den Schülern der nationalen Arbeit unheimlich. Posadowsky wäre ihnen lieber gewesen.

Die freimüthigen und freihändlerischen Blätter versichern den Grafen ihrer Huld, aber sie ermahnen ihn, vor allem gute Handelsverträge zu machen. Werkwürdig kühl äußert sich über ihren einstigen Liebling das „Berliner Tageblatt“; Mosse schmolzt offenbar dem Grafen Bülow, daß er „Social-Anzeiger“ und „Adnische Zeitung“ mit Nachrichten bevorzugt.

Die ausländische Presse pfeift die den Bülow-Offiziösen aufgetragene Weise: keine Ueberraschung — kein politisches Ereignis — hohes Alter — Ruhebedürfnis — jüngere, bewährte Kraft usw. Graf Bülow hat seine Leute gut an der Leine. Was Wolff von ausländischen Prehäuerungen telegraphiert, ist immer der gleiche Bülow-offizielle Text.

Wenn man die „Adnische Zeitung“

liest, weiß man ungefähr, was die ganze Bülow-Presse schreibt. Die Kölnerin meint:

Für die Stellung Deutschlands in China, sowie zu den übrigen Mächten konnte die Krisis keine bessere Lösung finden. Wenn lediglich die chinesischen Dinge bei dem Reichskanzlerwechsel in Betracht gekommen sind, darf man wohl sagen, daß keine andre Lösung möglich war. Durch die Wahl des Grafen Bülow wird der Schein vermieden, als ob ein Schwanken oder Unsicherheit in die Haltung Deutschlands gekommen ist. Die Lösung, die der Kaiser schon gefunden, als der unabänderliche Entschluß des Fürsten Hohenlohe, von seinem Posten zurückzutreten, bekannt wurde, beweist, daß Deutschlands Politik in China in derselben sachlichen, alle Interessen gerecht abwägenden Weise fortgeführt wird, wie bisher. Die Person des Grafen Bülow verdirbt, daß Deutschland in China seinen Platz behauptet, ohne sich in Abenteuer zu stürzen. Auch die Chinesen, die für die Beurteilung von Persönlichkeiten und deren Einflüsse keine Empfindung haben, werden die Bedeutung dieser Wahl bald erfassen.“

Was den Rücktritt des Fürsten Hohenlohe anbelangt, so verfährt die „Köln. Zig.“ gegenüber der Ansicht des „Vorwärts“, wonach in dem Rücktritt die Klugheit der Stimmung liege, wie sie in den meisten Einzelstaaten herrschten, mit der Stimmung der Bundesräte habe der Rücktritt weder als Symptom noch sonderlich das mindeste zu thun. Fürst Hohenlohe habe lediglich der Thronfolge Rechnung getragen, daß er bei dem fortschreitenden Alter nicht im Stande sei, den parlamentarischen Kampf gegen die Gegner der Reichspolitik mit derselben Energie zu führen, wie sein jüngerer Nachfolger.

Wenn die „Köln. Zeitung“ so gesichtlich ablehnet, daß mit Hohenlohe der Vertrauensmann der außerpreussischen Bundesstaaten ausscheidet, so beweist das nur die Richtigkeit unserer Ansicht. Wir müssen diese Meinung nur noch verschärfen: Wenn nicht alles trägt, hat Hohenlohe, gerade weil er diese Vertrauensstellung einnahm, noch länger im Amte bleiben wollen und gerade deshalb das plötzliche Ruhebedürfnis empfinden müssen.

Die „Germania“

deren Partei mit dem Fürsten Hohenlohe trotz dessen einstiger Gegnerschaft gegen den Merkantilismus in Bayern gute Beziehungen gehabt hat, ist mit uns der Ansicht, daß sich der Kanzlerwechsel nicht ohne erhebliche Reibungen vollziehen habe:

Aber daß der Rücktritt nun plötzlich erfolgt ist, und der Zeitpunkt, den Fürst Hohenlohe für seine Demission gewählt hat, diese Umstände drücken der Reichskanzler-Krisis ihren besonderen Stempel auf. Sie enthalten mit der Ueberraschung zugleich Rätsel, die bis jetzt noch nicht gelöst sind, und so lange nicht gelöst werden können, bis über die Gründe, welche den Fürsten Hohenlohe zu seinem plötzlichen Rücktritt unmittelbar nach der Einberufung des Reichstags veranlaßt haben, zuverlässige Aufklärung gegeben ist. Alter und Ruhebedürfnis oder auch der Wunsch seiner Angehörigen gehen für den plötzlichen Rücktritt gerade in diesem Zeitpunkt keinen ausreichenden Erklärungsgrund; es müssen besondere Gründe vorgelegt werden, vielleicht auch nur ein einziger ausschlaggebender Grund, die zu dem überraschenden Entschlusse des Rücktritts geführt haben.

Ein andres Moment, das als bestimmend für den Rücktritt des Fürsten Hohenlohe angesehen werden kann, ist die unfreundliche Stellung, welche gerade die mittelparteilichen und zum Teil auch die offiziellen Blätter in der letzten Zeit gegen ihn eingenommen haben.

Wiel bedenkllicher für den Fürsten Hohenlohe, vielleicht auch viel wirksamer waren Angriffe auf seine Amtstätigkeit, wie sie in letzter Zeit in mittelparteilichen Blättern wie in der „Post“ und in der „Münchener Allgemeinen Zeitung“ erfolgten. An Angriffe von dieser Seite war Fürst Hohenlohe freilich nicht gewöhnt; vielleicht hat er dieselben ignoriert, vielleicht aber auch deshalb zu Herzen genommen, weil er persönlich die „Quelle“ dieser „Kanzlerstürze“ kannte oder vermutete. Aber alle diese Umstände reichen unsres Erachtens nicht aus, den plötzlichen Rücktritt des Fürsten Hohenlohe gerade im gegenwärtigen Zeitpunkt zu erklären.

Ueber den neuen Kanzler schreibt das Centrumsblatt:

„Unter allen Kandidaten“ für die Reichskanzlerstelle ist Graf v. Bülow, bei dessen Ernennung zum Staatssekretär des Auswärtigen Amtes schon von einem „Dauphin des Reichskanzlers“ gesprochen wurde, jedenfalls diejenige Persönlichkeit, die nach der allgemeinen öffentlichen Meinung als der „geborene Nachfolger“ des Fürsten Hohenlohe galt. Aber der Reichskanzler Graf v. Bülow wird zugleich auch der Leiter der inneren Politik im Reiche sein und zudem preussischer Ministerpräsident. Auf dem Gebiete der inneren Politik aber ist Graf v. Bülow ein noch vollständig unbeschriebenes Blatt. Seiner Person bringen wir ein großes Maß von Vertrauen entgegen; seiner Wirksamkeit in den neuen Ämtern werden wir wohlwollend, aber auch kritisch gegenüberstellen.“

Politische Uebersicht.

Berlin, den 18. Oktober.

Verfassungsbruch.

In einem Entrefilet, das aussieht, als sei es nach dem 12.50 Mark-Satz gearbeitet, beschäftigt sich die „Post“ von neuem mit der Anregung des „Vorwärts“, daß es gerade die Pflicht der konstitutionellen liberalen Parteien gewesen wäre, gegen die verfassungswidrige Ausschaltung des Reichstags durch eine Protestverlammlung der Reichstags-Abgeordneten laut und unzweideutig Stellung zu nehmen.

Die „Post“ nennt ein solches Verfahren „einen Umsturz der konstitutionellen Verfassung zu Gunsten des Parlaments oder, um es ungeschminkter zu sagen, einen ersten Schritt auf dem Wege, als dessen Ziel die Socialdemokratie die Diktatur des Proletariats gilt.“

Das Scharfmacherorgan versucht es vergeblich, die Wahrheit auf den Kopf zu stellen. Unse Anregung bedeutet so wenig einen Verfassungsbruch, daß sie vielmehr einen Weg wies, Recht und Gesetz zu wahren gegenüber der Diktatur einer verantwortlichen Regierung, von der niemand weiß, durch welche Personen sie thatsächlich verwaltet wird. Die China-Aktion ist von Anfang an nicht nur ein Hohn auf das Völkerecht, sondern auch auf die deutsche Reichsverfassung. Man kann dies Verfahren geradezu eine Generalprobe für einen Staatsstreich großen Stils nennen, und wenn es die bürgerlichen Parteien, in ihrer müden Feigheit und Unentschlossenheit oder in gelistlichem Völlverrat, diesmal ablehnen, dem Recht des Reichstags Geltung zu verschaffen, so ist das nichts anderes als eine Aufforderung an die Regierung, bei jeder Gelegenheit die Verfassung außer Kurs zu setzen.

Hätte der Reichstag in seiner Mehrheit auch nur eine Spur von Bewußtsein seiner Würde und Verantwortung, so würde er jeden Pfennig für die China-Aktion ablehnen, um so weniger als die große Mehrheit des Volks von dem ganzen Unternehmen nichts wissen will. Für die bürgerlichen Parteien steht bei den bevorstehenden Verhandlungen viel auf dem Spiel: Protestieren sie nicht durch die Ablehnung der Chinaforderungen gegen die verfassungswidrige Verabschiedung, so geben sie damit das konstitutionelle Prinzip preis. Es wird der Socialdemokratie gewiß nicht zum Rechte gereichen, wenn das Volk erkennt, daß die Socialdemokratie nunmehr auch die einzige Partei sei, welche ernsthaft gewillt ist, die Verfassung und die bürgerlichen Rechte gegenüber diktatorischen Gelüsten der Regierung zu hüten.

Nur die unergründliche Verlogenheit der „Post“ vermag es fertig zu bringen, die Socialdemokratie, die in diesem Falle nur als Hüterin konstitutioneller Rechte dasteht, zu beschuldigen, daß sie die Verfassung unzulässig auffordere. Vielleicht verdrät es uns die „Post“, welche Bestimmung der Verfassung es den Reichstags-Mitgliedern verwehrt, sich zu einem Protest gegen einen Verfassungsbruch zusammen zu finden. Das wäre ja auch eine seltsame Verfassung, die der Regierung erlaubt, nach Willkür zu thun oder zu lassen, was ihr beliebt, die dagegen dem Parlament verweigert, auch nur eine Demonstration gegen ein verfassungswidriges Verhalten der Regierung zu veranstalten. Natürlich können die Mitglieder des Reichstags mit genau demselben Rechte sich zu einer Protestversammlung in Berlin einfinden, wie sie etwa zur Einweihung des Leipziger Schlachtdenkmalts geladen werden. Das ist ihr Recht, das keiner Verfassungsbestimmung entgegen ist, es wäre auch ihre Pflicht.

Die Anschauungen der „Post“ freilich, die der Regierung erlauben die Verfassung nach Herzenslust zu übertreten, den Volkvertretern aber unterlagen, auch nur von ihrem gesetzlich zustehenden Versammlungsrecht Gebrauch zu machen — diese Anschauungen zeigen der preussischen Regierung einen schönen ebenen Weg, den Mittel-Land-Kanal zu bauen. Die Regierung hat einfach nichts weiter nötig, als den Kanal fertig zu stellen und dann, nachdem er vollendet ist, dem Landtag die Kostenrechnung zu präsentieren — ganz nach dem Vorgang der China-Aktion. Die Konservativen werden sich dann nicht über solches Verfahren beklagen dürfen; denn sie selbst haben es ja gebilligt. Mag Herr v. Thiele den Weisungen des Herrn v. Jellich folgen. —

Im Kastanienwäldchen zu Berlin holt der strömende Regen das farbige Laub von den Bäumen. Es ist Todesstimmung. Melancholisch schaut Herr v. Miquel durch das Fenster: Laß fahren alle Hoffnungen! Es ist doch nicht erreicht! Das Ziel seines Ehrgeizes, die Kanzlerschaft, ist für immer entwichen. Der bürgerliche Emporkömmling ist nicht würdig befunden worden, auf den Sessel des höchsten Beamten zu steigen. Außerdem ist Preußen längst nicht mehr Robe. Unse Zukunft liegt am Rhein — und überhaupt innere Politik; wen vermag das noch zu interessieren!

Und nun ist dieser Salongraf, der von der inneren Politik doch so viel versteht wie von der chinesischen Sprache, gar noch Ministerpräsident in Preußen geworden. Nicht einmal das ist ihm gelungen, in Preußen die Spitze zu gewinnen, geschweige im Reich.

Armer Miquel! Er ist ein vergessener Mann, ein ausgebrannter Glühstumpf — ein kleiner Stroh- und das ganze leuchtende Gewebe zerfällt in Asche. Dieser Bülow, der doch bisher nichts geleistet hat, als ein paar formlose diplomatische Noten, wird Kanzler und Ministerpräsident, er, Miquel, aber wird diesem öligen Redner untergeordnet!

Die Börse, die die Ernennung Bülows mit einer weiteren Kurssteigerung beantwortete, hat trüblich Verständnis für das Gemütsleben eines gesunkenen Finanzministers und indem sie annahm, daß Miquel den Bülow unendlich überleben könne, ernannte sie ihm füglich einen Nachfolger, der natürlich kein anderer sein kann, als der Börsephilosoph und Banddirektor weltpolitischer Anstichs Siemens. Geh, Miquel, undäume Siemens das Feld. Die Börse hat eine solche kleine Aufmunterung wahrlich nötig.

Im Kastanienwäldchen das Laub!

Herbert Bismard bringt sich in eigentümlicher Weise in Erinnerung. Die „Berliner Neuesten Nachrichten“ bemühen sich, die unbequemen Aussagen Schweningers im Prozeß Harden abzuleugnen, nach der Art, in der dies geschieht, soll auf Herbert Bismard als auf den Urheber des Dementis hingedeutet werden.

Zufällig ist gerade ein Ministerposten frei, der des Auswärtigen Amtes. Zufällig deuten die „Berl. Neuesten Nachr.“ gerade jetzt an, daß es ein Staatsmann gebe, der sich sehr nützlich machen könnte, wenn er als Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Gelegenheit fände, seine Kenntnisse — nicht zu verwerten.

Herbert Bismard langweilt sich. Herbert Bismard erklärt sich bereit, die indiskrete Sache seines Vaters diskret zu vereiteln. Herbert Bismard sollte Minister werden! —

Der Kölnische Bülow-Anzeiger entläßt bereits Herrn v. Miquel in Ungnade. Die „Kölnische Zeitung“ schreibt:

„Je mehr dann Herr v. Miquel sich von den einseitigsten und extremsten Agrariern widerstandslos vorwärtsdrängen ließ, umfomehr verlor er den inneren Zusammenhang und damit das Vertrauensverhältnis zu der Mehrzahl der übrigen preussischen Fachminister. Und so konnten jene verworrenen Zustände eintreten, die namentlich bei der Vertretung der Kanalarlage, bei der Disziplinierung der landräthlichen Abgeordneten und ihrer späteren ungewöhnlichen Beförderung in die Erscheinung getreten sind.“

Ein nationalliberaler Feldzugtritt gegen einen Rationalliberalen! —

Die Kultur der Nilpferdpeitsche.

Vor der Erfurter Straßammer wurde am 18. d. M. gegen den früheren Verantwortlichen Redacteur der „Tribüne“, Genossen Max verhandelt. In der Nummer vom 7. Mai hatte er einen Artikel unter der Spitzmarke „Ein Kulturbild aus Ostafrika“ gebracht, worin nach einer in der bühnenreichen „Deutschen Tageszeitung“ abgedruckten Skizze Vorgänge geschildert waren, die sich zwischen dem Lieutenant Ostkar Fischer und seinem schwarzen Diener Jomes Hoshins abgespielt haben sollten. Es war darin behauptet worden, Fischer habe seinen Diener, der durch vornehme Damen des Berliner Westens verführt worden sei, öfters mit der Nilpferdpeitsche gezüchtigt. Lieutenant Fischer, der selbst als Zeuge erschienen war, gab an, er habe, als er bei der Schutztruppe in Ostafrika diene, den schwarzen Diener in seine Dienste genommen. Herr Lieutenant Fischer legte zunächst den Vertrag, den er mit dem damals 15jährigen Regerburschen abgeschlossen hatte, vor. Aus demselben ging hervor, daß der Lieutenant sich das väterliche Züchtigungsrecht vorbehalten hatte. In Afrika sei er mit dem Woy sehr zufrieden gewesen, so daß er sich entschloß, ihn mit nach Europa zu nehmen. In Berlin hoben sich aber bald „unangünstige Einflüsse“ geltend gemacht. Der Regier hier häufig lange ausgeblieben, habe auch keine Geldbeträge unterschlagen usw. Wegen dieser Verletzungen habe er den Woy wohl vier- bis sechsmal mit einer kleinen Fingerring starken Reitgerte aus Nilpferdhaute geküchelt. Die Schläge seien auf den Rücken verabfolgt worden; doch habe sich der Woy das in einem Falle nicht ruhig gefallen lassen, sodah ihn deshalb ein Schlag am Hals, der eine blutige Spur hinterlassen, getroffen habe. Er, der Lieutenant, habe daraufhin bei der nächsten Züchtigung befohlen, sich auf den Teppich niederzulegen und habe ihm dann seine Schläge ausgezählt. Auf die Frage des Präsidenten, ob diese Behandlung nicht eine besondere Härte darstelle, erklärte der Lieutenant, daß in Afrika noch viel härter gestraft werde.

Die Wirrin des Herrn Lieutenants, Frau Wänsch, die darauf an der Zeugensbarre Platz nehmen muß, erklärt, daß sie von der Behandlung des Regers nichts gesehen, da der Lieutenant die Thür stets verschlossen gehalten, sie habe aber das Schlagen gehört. Die Nachbarn seien durch das Begehren des Dieners in der Ruhe gestört, diese machten ihr Vorhaltungen, und sie versuchte deshalb, — leider vergebens — den Lieutenant zu einer andren Behandlung seines Dieners zu bestimmen. Der Regier habe einmal blutige Streifen am Hals und an der Hand gehabt, sie habe auch die blutigen Streifen von 25 Schlägen auf dem Rücken des Woy gesehen, die diesem sein Herr nach erfolgter Entblößung des Rückens ausgezählt habe.

Der dritte Zeuge, der ehemalige Offiziersbursche, mit dem der Woy verkehrte, befandet, Hoshins habe ihm gesagt: Lieutenant nicht gut, Lieutenant viele Haue.“ Ihm habe der Regier die Nilpferdpeitsche gezeigt, mit welcher er geschlagen worden sei, er habe auch die Verletzungen an Hals und Hand gesehen.

Der Gerichtshof hielt die „Qualität“ der Schläge noch nicht genügend festgestellt; auf Antrag der Verteidigung beschloß er die Ladung weiterer Zeugen, die bekräftigen sollen, ob der Woy bei der Prozedur gestrichen oder ob der Herr Lieutenant den Krach verursacht. Ferner sollen die Züchtigungsinstrumente, die Peitschen und Stöcke verschiedener Art dem Gericht vorgelegt werden.

Diese Gerichtsverhandlung bildet wieder einen würdigen Beitrag zu der Charakteristik unrer afrikanischen Kulturträger. Der Staatsanwalt hat, indem er in „öffentliche Interesse“ Strafanzug stellte, den schneidigen Afrikanisatoren einen sehr schlechten Dienst erwiesen. —

Zur freisinnigen China-Resolution schreibt die freisinnige „Volls-Zeitung“:

„Daß nur die Socialdemokratie gegen die Bewilligung der China-Russ zum Ausdruck bringen wird, dürfte leider zutreffen. Die verwässerten Resolutionen des Freisinn für den Weltlicher Parteitag, die sich sogar des wärmsten Beifalls der kaiserlichen „Münchener R. Z.“ erfreuen, lassen den Schluß zu, daß die freisinnige Volkspartei im Reichstag eine ebenso verwässerte Haltung beobachten wird.“

Eugen Richters Organ freilich fährt fort, patriotisch zu schwärmen.

„Als jämmerlich würde“, so schreibt das Blatt, „die Socialdemokratie allseitig verurteilt werden, wenn sie, im Falle sie darüber befragt worden wäre und den Ausschlag zu geben gehabt hätte, Gelber würde verweigert haben, um das in Peking mit dem Tod bedrohte Gesandtschaftspersonal durch militärische Machtmittel zu entsenden.“

Das ist schon der reine Kriegervereins-Patriotismus. Uebrigens sind unsres Wissens die deutschen Truppen an der Rettung des Gesandtschaftspersonals gänzlich unschuldig! —

Bei den Antisemiten

geht es jetzt, seitdem der schlesische Dreifachgraf Pädler wider das Volk Israel aufgestanden ist, etwas lebhafter zu. Sie haben bei ihren Versammlungen volle Säle und erzielen mit dem 20 Pfennig-Entree schöne Einnahmen. Wenn Altkwardt das hört, wird er sich zu Tode grämen; erstens wegen der Erfolge des Grafen Pädler, gegen den er doch nur ein Waisenknecht ist, und dann wegen der schönen Einnahmen.

Graf Pädler ist ein Mann von kerniger deutscher Art. Er macht zwar ein halbes Duzend sehr elegante Verbeugungen, wenn er beim Betreten des Saals und beim Erscheinen auf der Bühne mit Beifalls-salven empfangen wird. Auch ist sein Programm, mit dem er Erfolge erzielt, nur ziemlich klein. Er gebraucht abwechselnd die Wendungen, daß man jetzt endlich „dazwischen hauen“ müsse und daß sie „der Teufel holen“ werde. Etwa jeden dritten Satz des Grafen zielt eine dieser Versicherungen, die dann jedenfalls durch den brausenenden Beifall der erschienenen Repräsentanten des deutschen Volks bestätigt wird. Dabei wird der Hauptverbündete und Vertrauensmann des Grafen Pädler, der Teufel, nach des Grafen Versicherung demnächst die verschiedensten Volksgenossen holen. Hauptächlich und mit der größten Verschleimung natürlich die Juden und die Socialdemokraten, dann aber auch die deutsche Regierung, wenn sie nicht bald antisemitisch wird, und schließlich das deutsche Volk selbst, wenn es nicht endlich „dazwischenhaut“.

Nach diesem Rezept war auch wieder die Rede gearbeitet, die der Graf Pädler am Mittwochabend in den Konfordia-Sälen hielt. Er gab diesmal die Bemerkung zum besten, daß während des Socialistengesetzes die socialdemokratische Bewegung immer mehr zurückgegangen, nach der Aushebung desselben aber wieder gewachsen sei. Die Anarchisten müssen wie Bestien behandelt und „zu Tode geschunden“ werden. Jetzt werden sie ja häufig nicht einmal hingegerichtet. Ueberhaupt müsse in das ganze jüdische und revolutionäre Gesindel dazwischengehauen werden, daß sie alle der Teufel holt. Das sei jedenfalls besser, als wenn die deutschen Bundesräte fortwährend in Gefahr schweben müßten und ihres Lebens nicht froh werden könnten.

Diese Ausführungen leiteten zu dem Höhepunkt der Versammlung über. Vom Vorsitzenden wurden der Berliner Stadtverordneten-Versammlung wegen der Verweigerung einer Gratulations-Adresse an die Kaiserin einige Feldschritte verlesen. Jemand machte eine Zwischenbemerkung. Sofort erhob sich gewaltiger Lärm. „Raus! Juden raus! Raus! Raus! Raus!“ schrie es von allen Seiten. Drohend erhoben sich Stöße und Häute, Menschenmassen drückten sich zusammen. Und dann wurden zwei Juden durch den Saal gestoßen und mit felerlichem Triumphgeschrei rausgeschmissen. Jemand schrie: Es waren ja gar keine Juden! Aber ein Führer interpretierte die Stimmung der Versammlung dahin, daß es dann Judenknichte gewesen seien.

Nun wurde die Gratulationsadresse an die Kaiserin aufgelegt und von einem großen Teil der Versammelten mit patriotischen Gefühlen unterzeichnet.

Es folgten noch zwei Vorträge über den Blutmord in Konig und über die Warenhäuser. Dr. Wähler von der „Staatsbürger-Zeitung“ variierte den schönen antisemitischen Vers: „Die Juden haben einen Christen geschlacht“. Im übrigen habe der bisherige Gang der Untersuchung ihm die Ueberzeugung verschafft, daß der Mord zwar nicht von den Koniger Juden, sondern nur unter deren Hilfe von den ausländischen Juden vollführt worden sei, die heimlich über die Grenze kommen, um sich das Blut der deutschen Kinder zu holen. Unbegreiflich sei es, daß Israeliti freigesprochen wurde, denn er habe nicht beweisen können, daß er den Kopf von Ernst Winter nicht im Saal gehabt habe. Jedenfalls werde das Blut der deutschen Kinder an den Juden furchtbar heimgejucht werden.

Reichstags-Abgeordneter Bindowald empfahl als Mittel gegen die Warenhäuser eine gesetzliche Bestimmung, wonach diese gezwungen sein sollen, sämtliche Waren zu den ausgezeichneten Preisen auch in größeren Partien an christliche Wiederverkäufer abzugeben.

Wir resümierten also die Quintessenz des neueren Antisemitismus: Die Warenhäuser werden ausgelast, Christenblut wird nicht mehr gelieft und Graf Pädler haut dazwischen, daß alle der Teufel holt.

Doch nun noch eine ernste Bemerkung: Armer Mittelstand, der sich bei seinem Kampf um die Erhaltung von solchen politischen Hanswürsten in Schlepptau nehmen läßt, wie es die antisemitischen Wortführer sind! —

D-e-m-o-k-r-a-t-i-s-h! Es giebt keine gehobeneren Würde, als die eines mit Gott verbundenen Mannes, nur in dieser Verbindung erhält sich der Mann seine ganze männliche und menschliche Würde. Das erhabenste Beispiel nach dieser Richtung hin giebt uns unser Kaiser. Der Hohenzollernkaiser steht auf einer gewaltigen Höhe, kein Monarch, der sich mit ihm vergleichen, keiner, der sich über ihn erheben dürfte. Und doch liegt die höchste Größe seiner Würde, der herrliche Glanz seines Kaisertums in seinem offenen Bekenntnis, ein Christ zu sein.

So hat nicht etwa Herr Dr. Leon Leipziger, der Christ, im „kleinen Journal“ geschrieben. So hat Herr Lieber, der Centrumsdemokrat, in einer Rede gesprochen! Er kriecht eben immer noch in Gottes Staat, der Herr Dr. Lieber. —

„Ein bishen Kohlennot und ein bishen Kohlenwucher ist nicht so schlimm.“ Der Oberbergamt a. D. Wähler soll diesen Ausdruck in Doppelin gethan haben. Ein hiesiges Blatt schreibt dazu:

Herr Wähler gehört keiner Behörde mehr an, vielmehr ist er als Privatmann in dieser Sache interessiert. Er beliebt Aufsichtsratsstellen in der Dresdner Bank, der Deutschen Grundkreditbank, der Rattowiger Aktiengesellschaft für Bergbau und Eisenhüttenbetrieb, der Schlesischen Aktiengesellschaft für Bergbau und Zinkhüttenbetrieb, der Lauchhammer vereinigen vormals Gräflich Einsiedelschen Werke, der vereinigten Königs- und Laurahütte und der Berliner Expeditions- und Lagerhausaktien-

gesellschaft. Wir können dem Herrn Wächler nachfühlen, daß für ihn ein bißchen Kohlenwucher nicht schlimm ist, im Gegenteil, je größer die Kohlennot und der Kohlenwucher, um so größer die Lantien. Wie ist es nur möglich, daß Beamte — ob im Dienst oder außer Dienst — sich in der Weise mit feinsten Gränzpfänden aufpäppeln lassen! Welchen Zeiten gehen wir eigentlich entgegen! Der Tanz ums Goldene Kalb wird wilder und schlimmer als je.

Dieses Blatt ist die „Kreuz-Zeitung“, die dafür aber für Kornwucher eintritt. —

Die empfindliche „Gülse“. Dem nationalsozialen Wochenblatt scheinen unsere Betrachtungen über das Revolver-Christentum so wenig gefallen zu haben, daß es sich sogar entschließt, ein wenig Ironie gegen uns zu verpulvern.

Wertwüchtig, wie zarfüßig das Blatt ist, wenn seine schimpfliche Anschauung mit einem schimpflichen Ausdruck gekennzeichnet wird; in solcher derben und deutlichen Charakteristik nationalsozialen Wesens steht daselbe Blatt einen Mangel an echter Menschenliebe, das es gut heißt, wenn 50 000 Gefangene niedergemetzelt werden. Nur nicht so weidlich, zarfüßiges Organ für Gottes- und Brudershilfe. Die Mordlust als politische Weltanschauung ist nun einmal das Abwischendste, was Menschenfinne auszuheben vermögen. Da ziemt sich keine säuselnde Schöpfung!

Wie man Märtyrer schafft. Als Frau Dmaidowska, welche wegen Ermordung von Unterriicht unbemittelter Kinder in der polnischen Sprache in Haft genommen worden war, am Sonntag aus dem Gefängnis kam, war sie Gegenstand großer Kundgebungen. Kaum erschien sie auf der Schwelle, so brachten Hunderte von Polen, die sich dort versammelt hatten, ihr ein Hoch aus. Einige Herren überreichten ihr Blumensträuße. Zu Hause wurden ihr verschiedene Adressen überreicht. Eine derselben lautete: „Wir Arbeiter Posen senden unsere aufrichtigste Anerkennung für Ihre große Opferwilligkeit hinsichtlich unserer Kinder. Das ist ein Märtyrium für eine edle That, die wir nie vergessen werden. Wir sind nicht reich und können kein finanzielles Opfer bringen, aber unsere Herzen sind von Hochachtung für Sie erfüllt.“ Verschiedene Telegramme kamen aus verschiedenen Provinzen, eines sogar aus Strahburg i. E. Die christlichsoziale Gesellschaft in Arafau sandte eine Adresse i. E.

Wenn man einen Preis darauf gesetzt hätte, wie es zu machen sei, den Polen das Deutschland gründlich zu verfeinern, man hätte keine besseren Mittel wählen können. —

Zur Abänderung des Krankenversicherungs-Gesetzes. Aus dem Kreise der Handelskammern ist nun der Wunsch laut geworden, daß diesen gesetzlich zur Vertretung von Industrie und Handel berufenen Körperschaften rechtzeitig Gelegenheit gegeben werde, sich über die beabsichtigten Änderungen zu äußern. Der Vorstand des deutschen Handelstages hat diesen Wunsch als berechtigt anerkannt und, wie die von dem deutschen Handelstag herausgegebene Zeitschrift „Handel und Gewerbe“ mitteilt, den Staatssekretär des Innern um Erfüllung des Wunsches gebeten.

Richtig ist vor allem, daß man die zunächst und zumeist Interessierten, nämlich die Krankenkassen-Mitglieder um ihre Meinung befrage. —

Aus dem Großherzogtum Sachsen-Weimar schreibt man uns: Endlich ist der Wann über die Frage: Wann finden die **Landtagswahlen** statt? gebrochen. Für den ersten und dritten Verwaltungsbereich sind von den zuständigen Bezirksdirektoren die Wahlen auf Freitag, den 28. Oktober, festgesetzt und es steht nunmehr fest, daß an diesem, natürlich aus leicht begreiflichen Gründen für die Arbeiterschaft ungünstigsten Tage allgemein die Einberufung der Landtage stattfinden, ob die Wahltagitation der vereinigten Opposition erfolgreich ist. Auffällig ist es auch, daß die Frist bis zum Wahltag so sehr kurz bemessen ist. —

Alkohol und Armee. Den Stellungspflichtigen des 16. Armeekorps ist, wie reichslandische Blätter melden, mit der Einberufungsorder gleichzeitig der Befehl zugegangen, keinen Schnaps mit auf die Reise zu nehmen. Inwiderhandelsde seien hier bestraft worden. Der Befehl wird auf den Grafen Häfeler zurückgeführt, der ja auch den Schnapsauschank in der Kantine verboten hat.

Ueber den Majestätsbeleidigungs-Prozess Harden, der unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführt wird, bringt die „Zukunft“ einen Bericht, der im wesentlichen bestätigt, was bisher in den Zeitungen bekannt geworden ist.

Der Direktor des Wolffschen Telegraphenbureaus äußerte sich über die Verbreitung der Bremerhavener Kaiserrede. Von dem angeblichen Eingreifen des Grafen Bülow habe er nur aus den Zeitungen erfahren; dienlich sei ihm davon nichts bekannt geworden. Die vom B. L. W. der Presse übermittelten beiden Texte seien dem Bureau von dem nach Bremerhaven geschickten Berichterstatter telegraphiert worden. Nur der zweite Text habe die Stelle über das Pardonverbot, seine von beiden den Say über Egel und seine Gunnen enthalten; ob dieser Say wirklich gesprochen sei, wisse er nicht. Herr Dr. Euse bestritt, den Berichterstatter der „Neuen Hamburger Zeitung“ zu vernehmen, der dicht neben dem — langsam und mit erhobener Stimme sprechenden — Kaiser gestanden und jedes Wort dieses Sayes deutlich gehört habe. Der Berichterstatter erklärte diese Vernehmung für überflüssig, da der von Harden angegebene Wortlaut der Rede nicht bestritten werde.

In seinen auch sonst beobachteten Charaktereigenheiten zeigte sich als Zeuge der Berliner Philosophieprofessor Friedrich Kaufmann. Dieser Mann, der einmal Kant eines „timiden“ (süchtigen) Wesens geziehen, hatte in der „Gülse“ einen Brief veröffentlicht, der allgemein als eine Kritik der Dummrede aufgefaßt wurde. Herr Kaufmann aber bewies, daß er wenigstens nicht timide geartet sei; denn er leugnete unter seinem Eide, daß er gegen die Kaiserrede habe protestieren wollen; sein Brief habe sich nur gegen ihre „Uebersetzung“ durch Raumann gerichtet. Ein deutscher Philosoph Professor Schwemmer machte die bereits bekannten Aussagen. Der Kirchenhistoriker Herr Professor Dr. Friedrich Kippold aus Jena sagte aus, die Rede des Kaisers habe gerade in nationalen und strenggläubigen Kreisen erste Bedenken erregt. Der Glaube an die Wunderwirkung von Wassergebeten werde zwar von manchen orthodoxen Theologen noch aufrechterhalten, von dem größten Teil der wissenschaftlich Gebildeten aber nicht mehr als bindend anerkannt. Die Verquickung politischer mit religiösen Fragen entspreche nach seiner Ansicht nicht dem tiefsten Sinn des vom Heiland gebrachten Evangeliums.

Ein recht bedenkliches Mittel wandte schließlich die Verteidigung an, er beantragte, einzelne nicht inkriminierte Artikel verlesen zu lassen, um zu beweisen, was, bevor Harden seinen Artikel schrieb, in Deutschland über die Kaiserrede gedruckt, verbreitet und nicht verfolgt worden sei.

Da für alle diese Artikel die Verjährungsfrist noch nicht eingetreten, so scheint es uns nicht angemessen, daß ein Verteidiger oder ein Angeklagter den Staatsanwalt auf solche noch nicht verfolgten Äußerungen hinweist. Das muß wie eine Denunziation wirken. —

Ausland.

Frankreich.

Paris, 18. Oktober. Der Kriegsminister hat eine Verfügung erlassen, nach welcher sämtliche Blätter, auch die nationalsozialen, in den Militärklubs wieder zugelassen werden.

Holland.

Amsterdam, 17. Oktober. (Wg. Ver.) Die Verlobung der Königin Wilhelmina wird in Holland mit Paraden gefeiert. Nächsten Sonnabend wird das neueste Panzerschiff, das für die holländische Kriegsmarine gebaut wird, den Namen des Herzogs Heinrich von Mecklenburg-Schwerin erhalten. Das ist die einzige

Erinnerung daran, daß der Verlobte unserer Königin ein Deutscher ist. Die bürgerliche Presse enthält sich sorgfältig, diesem Umstand politische Bedeutung beizumessen. Sie begnügt sich, den alten Stammbaum des Herzogs zu demonstrieren, sie hebt seine Verwandtschaft mit dem Hause Oranien hervor und überbietet sich besonders in lyrischen Lobpreisungen an die Königin, weil diese dem Drang ihres Herzens Folge geleistet habe.

Nach seiner Heirat bekommt der Herzog den Titel eines Prinzen-Gemahls, wahrscheinlich bekommt er dabei vom Parlament noch einige Hunderttausend Gulden Jahrgeld geschenkt; und auch eine hohe militärische Würde wird ihm wohl aufgetragen werden. Regieren darf er aber nicht; wenn auch der erste, so bleibt er doch Unterthan der Königin. Sein erster Sohn wird aber erblicher Kronprinz usw., vorausgesetzt, daß die Heirat von der Volksvertretung gutgehehen wird. Die Zweite Kammer hat aber schon heute von einer Ablehnung Abstand genommen. Den Bericht der Verlobung hat sie unmittelbar mit ehrfürchtvollen Glückwünschen beantwortet; die Mitglieder erhoben sich dabei von ihren Sitzen und hörten stehend die königliche Ansprache an. Nur die drei Socialdemokraten beteiligten sich nicht an einer so doreiligen Demonstration und blieben sitzen. —

Spanien.

Madrid, 17. Oktober. Die Cortes werden am 20. November zusammentreten. —

Afrika.

Zur Abreise Krügers wird der „Frankfurter Zeitung“ aus London vom 17. d. Mts. gemeldet: Der „Daily Mail“ wird aus Lourenço Marques gemeldet, daß die englischen Behörden unzufrieden sind mit der fruchtlosen Durchsuchung der amerikanischen Barke „Litchfield“ nach Krügers Gold, welche Durchsuchung die portugiesischen Behörden vorgestern vornahmen. Sie werden wahrscheinlich darauf bestehen, daß unter englischer Aufsicht eine genauere Durchsuchung vorgenommen werde. —

Lord Roberts wird, wie „Daily Express“ meldet, den Posten eines Generalissimus der englischen Armee nicht annehmen, weil die Regierung ihm die Aktionsfreiheit, welche er bei der Annahme des Postens verlangt, nicht gewährt hat. General Buller werde infolgedessen zum Generalissimus ernannt werden.

Der „Central News“ wird aus Durban berichtet, daß der deutsche Missionar Prozess des Hochverrats schuldig erklärt und zu 12 Monaten Gefängnis und 500 Pfund Geldstrafe oder dafür zu weiteren neun Monaten verurteilt worden ist. —

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

28. Sitzung vom Donnerstag, den 18. Oktober 1900, nachmittags 5 Uhr.

Von den socialdemokratischen Mitgliedern der Versammlung ist der gestern bereits mitgeteilte Antrag die Wohnungsnot betreffend eingebracht worden.

An erster Stelle der Tagesordnung steht die Beratung der vom Magistrat schon Ende Juni gemachten Vorlage betreffend den **Bau und Betrieb neuer Straßenbahn-Linien für Rechnung der Stadtgemeinde** und die Ueberführung der Verwaltung des städtischen Straßenbahn-Wesens an eine besondere gemischte Deputation. Die Beratung der Vorlage war von der Versammlung in der letzten Sitzung vor den Ferien auf den Monat Oktober vertagt worden. Den Inhalt der Vorlage dürfen wir als bekannt voraussetzen.

Betreffs der **Konzeptionsverlängerung** für die Straßenbahn-Gesellschaft bis 1910, wie sie von dem Polizeipräsidium auf Veranlassung des Ministers unter Uebergebung der Stadtgemeinde erteilt ist, liegt ein Antrag Preuß vor, gegen diese Verfügung **Vorschwörung an den Minister der öffentlichen Arbeiten einzulegen.**

Beide Angelegenheiten werden gemeinsam verhandelt.

Stadtv. Cassel: Die Vorlage ist eine der wichtigsten, die uns jemals beschäftigt haben. Die überwiegendste Mehrheit meiner näheren Freunde ist für Annahme derselben ohne vorgängige Ausschussberatung. In wesentlichen leiten uns dabei die Erwägungen, welche die Verkehrsdeputation und den Magistrat geleitet haben; keineswegs aber nehmen wir dabei etwa die Stellung eines hühfertigen Säunders ein, die uns ein vielgelesenes Berliner Blatt aus diesem Anlaß unterschieben will. Die Minorität, welche seiner Zeit gegen den Umwandlungsvertrag mit der Straßenbahn-Gesellschaft stimmte, wurde von Mitgliedern aller nichtsocialdemokratischen Parteien gebildet, welchen einzelne bestimmte Vorschriften des Vertrags nicht paßten, aber niemand von ihnen war ein principielle Gegner. Auch die Socialdemokraten haben ja dem Vertrag zugestimmt. So sind wir auch jetzt aus Zweckmäßigkeitsgründen für die Annahme der gegenwärtigen Vorlage. Auf demselben Standpunkt steht die Verkehrsdeputation; sie hat ursprünglich die Uebernahme des städtischen Regies in eigene Regie gar nicht in Aussicht genommen gehabt. Es war in einer Subkommission mit verschiedenen Gesellschaften verhandelt worden, wobei die Frage eine Hauptrolle spielte, wie es zu vermeiden sei, daß die Berliner Straßenbahn-Gesellschaft schließlich doch die Leitung der neuen Linien in die Hände bekomme. Während die Direktoren der Continentalbahn-Gesellschaft zu Nürnberg mit Emphase erklärten, eine Fusion sei schon wegen der Gegensätzlichkeit der Interessen gänzlich ausgeschlossen, traten schon in den nächsten Tagen ganz bestimmte Nachrichten von Fusionbestrebungen zwischen der Löwe-Gruppe und der Continental-Gesellschaft auf. Das mußte uns in der Subkommission natürlich stutzig machen. Wir hielten es für unbedingt notwendig, der Straßenbahn-Gesellschaft gegenüber einen Wettbewerbs einzutreten zu lassen; und da er uns nicht absolut gesichert werden konnte, so sind meine Freunde jetzt dazu gekommen, nicht bloß für eigene städtische Straßenbahnen, sondern auch für den Betrieb in städtischer Regie zu stimmen. Die Annahme der heutigen Vorlage ist nur eine principielle Entscheidung; aus der Erfahrung späterer Jahre wird erst zu entnehmen sein, ob es zweckmäßig ist, sämtliche Straßenbahnen Berlins in eigene Regie zu nehmen. Auch die sonstigen Verhältnisse drängen uns gebieterisch dazu, einen solchen Versuch zu machen, so vor allem der Stand der Verhandlungen der Straßenbahn-Direktion mit der Staatsregierung über die **Verlängerung der Konzeption** über 1910 hinaus. Selbst angenommen, es hätte der Regierung freigestanden, die Konzeption zu verlängern, ehe die Zustimmung des Wegeunterhaltungspflichtigen gegeben war, handelt es sich hier um eine Frage des tiefsten Lebensinteresses der Stadt, um eine der wichtigsten Rechte der **Selbstverwaltung**, wo es der Regierung wohl anstanden hätte, vorher wenigstens die Meinung der Stadt Berlin zu hören. (Sehr richtig!) Ich kann für diese ganz unverständliche Verlängerung einen Grund überhaupt nicht ausfindig machen. **Jedenfalls hat die Regierung die Position der Gesellschaft der Stadt Berlin gegenüber dadurch erheblich verstärkt.** Wir müssen nunmehr zeigen, daß wir nicht willenlos die Dinge gehen lassen wollen. Wir leben doch 1910 nach dem Wortlaut des Vertrags der Gesellschaft ganz anders gegenüber wie jetzt und können unsere Bedingungen stellen, auch wenn wir nicht zu eigenem Regiebetrieb übergeben wollen. Auch die Verkehrsverhältnisse haben sich derart geändert, daß aus der Annahme der Vorlage ein Schaden für die Stadtgemeinde überhaupt nicht befürchtet werden kann. Aus allen diesen Gründen dürfen wir uns um Rechte aus dem Vertrage auf keine Weise verklammern lassen. In unserm Beschluß größeren Nachdruck zu geben, halten wir die Annahme der Vorlage ohne Ausschussberatung für geboten. Die allgemeinen Interessen müssen schließlich doch den Vorrang gewinnen über eine Straßenbahn-Gesellschaft, auch wenn sie sich statt eines Ministerialdirektors a. D. deren drei anstellt, um eine tägliche Zeitung ihres Unternehmens zu erreichen.

Stadtv. Khlmann: Ich weiß ebenso wie der Vorredner, welche Gründe die Regierung schon 19 Jahre vor Ablauf der Konzeption für die Verlängerung bis 1910 gehabt hat; ich

meine, sie wird sich bewußt gewesen sein, daß sie das allgemeine Wohl im Auge behalten muß. (Rufe: Au!) Bei Angelegenheiten, welche das allgemeine Wohl, das Juridictoren von Privatinteressen verlangen, müssen auch bestehende Verträge weichen, vorausgesetzt, daß das, was auf diese Weise genommen wird, entschädigt wird. Eine offiziöse Kritik hat diese Ansicht vor einiger Zeit ausgeführt. In dieser Beziehung stehe ich auf dem Standpunkt des Kollegen Preuß. Im übrigen hat meine Fraktion erhebliche Bedenken gegen die Vorlage. Die Konzeptionsverlängerung hat eine ganz andere Lage geschaffen. Für die Uebernahme in eigene Regie habe ich in der Verkehrsdeputation nicht gestimmt; auch die Mehrheit für diesen Vorschlag im Magistrat ist nur eine sehr geringe gewesen. Im allgemeinen hätten wir doch Arbeit in Halle und Kalle für unsere städtischen Beamten und sollten dem Magistrat nicht noch neue Arbeiten aufbürden. (Unruhe.) Und sind wir denn so sehr Praktiker, so sehr sachverständig für eine Leitung solcher Straßenbahn-Unternehmungen, die den privaten Gesellschaften die Stange hält und die Interessen des Publikums wahr? Eine solche Verwaltungsdeputation muß langsamer, schwerfälliger, bureaukratischer arbeiten und ist nicht in der Lage, schnell entscheidende Entschlüsse zu fassen. Der Direktor der städtischen Straßenbahn soll in der Deputation sogar nur beratende Stimme haben; ein großes Gehalt werden wir ihm auch nicht auswerfen können. Bei der Auswahl der neu zu bauenden Linien und bei Betriebsänderungen werden erst recht die Schwierigkeiten auftreten; über das finanzielle Resultat haben wir gar keine Sicherheit, wohl aber stellen wir die 2 Millionen sichere Einnahmen, welche wir jetzt jährlich aus dem Straßenbahn-Unternehmen ziehen, ins Ungefisse. Ich beantrage daher die Verweisung der Vorlage an einen Ausschuss von 15 Mitgliedern.

Stadtv. Singer: Wir haben nicht etwa, wenn wir aus Zweckmäßigkeitsgründen seiner Zeit für den Umwandlungsvertrag gestimmt haben, unsern principielle Standpunkt irgendwie verlassen. Wir haben auch der Verlängerung des Vertrags um 8 Jahre zugestimmt, weil wir damit außerordentlich nützliche Dinge erreichten, den Einheitsstarf, die Pensionskasse, die Maximalarbeitszeit für die Wagenführer; die Verlängerung um 8 Jahre war eben auch keine principielle, sondern bloß eine Zweckmäßigkeitsfrage. Unsern principielle Standpunkt haben wir dadurch gewahrt, daß wir konsequent gegen jede neue Konzeptionsverlängerung gestimmt haben. Die Behauptung, daß unsere Zustimmung zu dem Vertrage etwa ein principielle Fehler gewesen sei, würde somit hinsichtlich sein. Herr Cassel hat sich über den Schritt der Regierung bezüglich der Konzeption sehr verwundert, wie ich meine, mit Unrecht. Die Verlängerung der Konzeption bis 1910 ist ein direkter Schlag gegen die Selbstverwaltung. Nichts kann uns stärker dazu veranlassen, die Vorlage anzunehmen und den Magistrat zu bitten, schleunigst mit der Durchführung vorzugehen, als diese Behandlung der Stadt Berlin. Es muß hier doch auf die Kontinuität hingewiesen werden, welche in den Maßnahmen der Regierung gegenüber der Stadt zu erkennen ist. Hat doch Siemens u. Halske über den Kopf der Stadt hinweg eine kaiserliche Verordnung erzwungen, die erste Untergrundbahn in Berlin zu bauen, und hat nicht die Straßenbahn-Gesellschaft über den Kopf der Stadt hinweg auf Anordnung des Kaisers die Ermächtigung erhalten, den Accumulatorenbetrieb zu beseitigen wegen der Unzulänglichkeit und der Unwirtschaftlichkeit dieses Betriebs, wie es ausdrücklich in der Verordnung heißt! Dieser Hinweis auf die Unwirtschaftlichkeit in einer Verfügung auf kaiserliche Veranlassung ist sehr interessant. (Sehr richtig!) So wagt man an jenen Stellen die Rechte der Selbstverwaltung! Wenn wir nicht, gestützt auf unser gutes Recht, unsern Verkehr auf den Straßen und Plätzen selbst regeln, können wir lange darauf warten, den Einfluß privatkapitalistischer Unternehmungen zu brechen. (Sehr richtig!) Es ist also die höchste Zeit und Notwendigkeit, mit solchen Verhältnissen aufzuräumen. Kollege Preuß will an den Minister eine Beschwerde richten, d. h. er will beim Minister über den Minister Beschwerde führen, den Teufel bei seiner Großmutter verklagen. (Große Heiterkeit.) Dazu ist mir die Sache und die Stellung der Versammlung zu wertvoll, um einen Schritt zu unternehmen, der schließlich die Stadt nur lächerlich machen und erniedrigen würde. **Der Kampf um die Selbstverwaltung muß von der Stadt selbst entschieden werden**, indem sie, auf sich selbst gestützt, thut, was sie für recht hält; und wenn dann die Regierung in ihrer hohen Weisheit findet, daß die privatkapitalistischen Gesellschaften solche Unternehmungen besser betreiben, dann wird es vollends offenbar, daß wir Schutz für unsere vitalen bürgerlichen Interessen auch bei den höchsten Instanzen nicht finden, da diese ihre Kräfte eben aus den kapitalistischen Interessen ziehen. (Sehr richtig!)

Die Vorlage selbst begründe ich persönlich immer mit großer Freude (Heiterkeit); nur das eine aber muß hier doch gesagt werden: **Wir sollten müssen es solche Gesellschaften treiben, wenn der Berliner Magistrat dazu kommt, zu sagen: Das ist nicht mehr auszuhalten! (Stürmische Heiterkeit.)** Und in der That, die lächerlichste Art, wie die Gesellschaft von jeher die Stadt und das Publikum behandelt, die zunehmende Gefährlichkeit des Betriebs, welche eine notwendige Folge des Dividendenhungers ist, die Mißachtung gegen die Forderungen, welche die Stadt auf Grund des Vertrags stellt, das alles muß endlich dem Fah den Boden ausschlagen. Wir stimmen für die Vorlage.

Der Vertrag mit der Gesellschaft muß ja selbstverständlich gehalten werden; aber die Stellung der Gesellschaft und des Staats zu uns wird doch bei uns allmählich die Proge in den Vordergrund rücken, ob es nicht besser ist, die ganze Gesellschaft, wenn auch mit Opfern, auszukufen, als mit ihr jahrelangen Krieg zu führen. Man braucht ja doch an die Fusionbestrebungen zu denken, um sich zu überlegen, ob man nicht wenigstens die Unternehmungen, welche noch nicht mit der Gesellschaft fusioniert sind, erwerben sollte. (Sehr richtig!) Dem Kapital gegenüber sind und bleiben wir machtlos. Schon heute verfügt die Gesellschaft über einige 80 Millionen; wie lange wird es dauern, bis Siemens u. Halske um. unter derselben Firma fahren! Man sollte also, sei es auch mit finanziellen Opfern, reinen Tisch machen und die Gesellschaften von unsren Straßen und Plätzen auf diese Weise weg schaffen. Die Aufgaben der städtischen Verwaltung sind also mit dieser Vorlage noch nicht erschöpft. Wie unwürdig ist es übrigens, daß wir alle diese wichtigen Dinge erst durch die Zeitungen erfahren, obwohl ein Mitglied des Ausschusses der Gesellschaft im Magistrat sitzt! (Hört!) Es sollten doch Schritte gethan werden, um sicher zu stellen, daß Verhandlungen über das Eigentum der Stadt Berlin immer unter Zugiehung von Vertretern der Stadt Berlin geführt werden. Wir sind ja nicht in der Lage, ähnliche Skandale zu besitzen, wie sie die Gesellschaft mit den Behörden thatsächlich verbindet, und ich halte das für ein Glück, aber um so mehr muß man versuchen, Schutz vor dieser Art von Nebenregierung zu finden. Eine Privat-Aktiengesellschaft baut Linien da, wo der Verkehr ihr große Einnahmen sichert; die Gemeinde hat andre, sie hat sociale Verpflichtungen, sie hat Linien da anzulegen, wo die Gegend dem Verkehr erschlossen werden muß; zu diesem Zweck muß aber die Stadt auch die sukzessiven Linien in ihren Besitz bekommen. Herr Khlmann spricht von praktischen Bedenken, seine Bedenken liegen aber lediglich auf dem Gebiet der Unentschlossenheit, des Mangels an Selbstvertrauen und einer niedrigen Einschätzung der Eignung der städtischen Behörden für solche städtischen Aufgaben. Wenn er diesen Artikel für Magistrat und Stadtverordnete allgemein hegt, so muß ich mich wundern, daß er überhaupt in diese Versammlung eingetreten ist. (Heiterkeit.) Praktisch tritt Herr Khlmann lediglich für die Interessen des Privatkapitals ein. Wir haben doch schon zahlreiche Städte, welche diesen Verkehr von Gemeinde wegen betreiben, und das sollte für Berlin zu schwer sein?

Herr Khlmann spielt auf die schwache Mehrheit im Magistrat an; woher hat er diese Kenntnis? Auch die große Minorität des Magistrats wird durch die thatsächlichen Erfolge belehrt werden.

Eine Ausschüßberatung halte ich für ganz überflüssig. Wäre es nicht Herr Kilmann und nicht ein Mitglied der Versammlung, so könnte man fast auf den Gedanken kommen, daß der Antrag auf Ausschüßberatung mißbräuchlich benutzt wird, um in- zwischen vielleicht noch mit einer weiteren Verordnung gegen die Stadt heranzukommen. (Sehr gut!) Die Vorlage ist außerordentlich vollständig, die Frage sprechreif. Möge der Magistrat sofort nach Annahme der Vorlage an die Ausführung gehen, das ist das einzige Mittel, aller Hintertrepppolitik gegen die Stadt ein Ende zu machen. Wenn wir dann die Erträge zu großen sozialen Zwecken verwenden, zur Befestigung der Wohnungsnut (Verfall und Wärm) und zu ähnlichen kommunalen Zwecken, so werden wir etwas Besseres gethan haben, als wenn wir dem Privatkapital immer wieder die Millionen in den Taschen werfen! (Lebhafte Beifall.)

Stadtv. Rosenow widerlegt in längerer Ausführung die Einwendungen des Stadtv. Kilmann, die ihm absolut nicht ausreichend erscheinen, um die Verzögerung durch eine Ausschüßberatung zu rechtfertigen. Es müsse dafür gesorgt werden, daß in aller kürzester Zeit der erste Spatenstich zu einer künftigen Berliner Straßenbahnlinie gemacht werden.

Stadtv. Hugo Sachs: Die einfache Annahme des Magistratsantrags, wie sie sich heute vollziehen wird, ist als ein Protest gegen die der Stadt zu teil gewordene Behandlung zu betrachten. Schon die ersten Nachrichten über die Stellungnahme der Staatsbehörden habe ich als einen Angriff auf die Selbstverwaltung aufgefaßt. Ich habe über die Konzeptionsverlängerung eine Denkschrift verfaßt, welche beim Magistrat so wenig Beachtung fand, daß sie, obwohl sie auf Veranlassung des Vorstehers gedruckt war, im Magistrat nicht zur Verteilung gelangte. Das mindert aber meine Freude nicht. Ich habe in jener Denkschrift auszuführen gesucht, daß das Verfahren des Ministers gegenwärtig ist, daß es sich einfach um eine Ausschaltung der Selbstverwaltung handelt. Keine offiziöse Feder hat sich gerührt, den Minister gegen diesen Vorwurf zu verteidigen; statt dessen kam der Regierungsrat Tage, der in einem Vortrage ausführte, die Zustimmung sei zwar erforderlich, aber nur die abstrakte Zustimmung, die Dauer der Ausführung werde von der Genehmigungsbehörde bestimmt! Das heißt doch die Zustimmung verweigern und die Dinge auf den Kopf stellen. Man behauptet man weiter, wir seien auch gar nicht einmal berechtigt, Konkurrenzlinien zu bauen, so wird aus dem Kleinbahngesetz gefolgert, und zwar nicht bloß Nebenbahnen, sondern auch Untergrund- und Hochbahnen sollen in demselben Sinne unter das Kleinbahngesetz gebracht werden; als alles, was da kreucht und flucht, sogar was auf dem Wasser schwimmt — denn auch durch eine Dampfmaschine könnte der Straßenbahn Konkurrenz gemacht werden — hätten wir nach den Klüften dieser Anleihe verloren. Das ist die bittere Lehre des Qui mange du pain, en meurt: wir wären nie soweit gekommen, wenn wir uns nicht mit dieser Gefährdung eingelassen hätten. Es muß sowohl die Umkehr von der bisherigen wirtschaftlichen Auffassung, wie auch der feste Entschluß von uns befohlen werden, gegen die Ausschaltung der Selbstverwaltung endlich energisch zu protestieren. (Beifall.)

Rach Ablehnung eines Schlußantrags befristet

Stadtv. Dr. Vreuz seinen Antrag. Herr Singer hat denselben mit unnothiger Schärfe bekämpft und sogar das Wort benutzt, das heißt den Teufel bei seiner Großmutter verklagen. Mir war dieses Wort nicht mehr neu, denn ich hatte es schon vorher privatim vom Kollegen Stadthagen gehört, dem ich die Priorität sicher stellen will. (Heiterkeit.) Wer sein Recht vertritt, erniedrigt sich niemals und macht sich auch nicht lächerlich. Ein Recht der Landes-Postbehörde, die Genehmigung über den Zeitraum hinaus auszubehnen, für welchen unsere Zustimmung gegeben war, hat niemals bestanden. Für die Zeit nach 1919 liegt keine Zustimmung der Wegeunterhaltungspflichtigen vor. Die Beziehung auf das Kleinbahngesetz macht es gerade zur Notwendigkeit, das Bekwerverfahren, wie es nach diesem Gesetz geordnet ist, einzuschlagen. Gewiß hat der Polizeipräsident auf höhere Anordnung gehandelt; nach dem Gesetz haben wir es aber nur mit ihm zu thun. Ich gebe mich der Illusion nicht hin, daß wir einen anderen Bescheid bekommen werden, obwohl es nicht ganz unwahrscheinlich ist, da sich inzwischen allerlei ändern kann. Im Parlament ist regierungsfreig ausdrücklich erklärt worden, daß die Zustimmung des Unterhaltungspflichtigen der Genehmigung vorausgehen muß. Außerdem fordert die klare Feststellung unserer Verantwortlichkeit gegenüber der Öffentlichkeit und bezüglich der Regresspflicht ebenso die Einlegung der Beschwärde.

Oberbürgermeister Kirchner: Im eignen Namen kann ich nur bitten, den Antrag Vreuz abzulehnen; seine Annahme erscheint mir weder notwendig noch zweckmäßig, nachdem der Polizeipräsident uns die besagte Deklaration gegeben hat. Der Minister wird sich eventuell im Landtage doch auch nicht hinter dem Polizeipräsidenten verstecken wollen. Gehen wir zu den Ministern, so bleibt dahingestellt, ob wir auch nur das behalten, was wir durch diese Deklaration gewonnen haben. Auf die größere oder geringere Weisheit im Magistrat kommt es bei den Vorlagen nicht an. (Sehr richtig!) Nach meiner Erinnerung war das Stimmverhältnis etwa 2/3. (Hört! hört!) Im übrigen bin ich für die Behandlung der Vorlage durch die Versammlung dankbar; daß dabei einige kleine Kadestiche gegen den Magistrat untergelaufen sind, entspricht nur einer lieben Gewohnheit. (Heiterkeit.) Recht muß Recht bleiben. Es hat sich nicht darum gehandelt, ein neues Engagement mit der Gesellschaft zu schließen, sondern ein bestehendes zu verlängern; und man hat auf allen Seiten damals nichts anderes gewollt, als daß die Stadt 1919 freie Hand zur Entschließung nach allen Seiten haben sollte. (Sehr richtig!) Wenn die Gegencontrahenten die Hand aufs Herz legen und der Wahrheit die Ehre geben, so werden sie das selbst zugeben müssen. Ein solches Recht der Stadt kann nicht durch Konzeptionsverlängerungen beschränkt werden. Aus diesem Gesichtspunkte heraus, glaube ich, daß 1919 schon beim Ergänzungsverfahren die Frage aufgeworfen werden muß: Kann jemand, der sich verpflichtet hat, den Vertrag nicht fortzusetzen, wenn es der andere Kontrahent nicht will, dieser Wille des anderen „ergänzt“ werden? Daß übrigens ein wirtschaftlicher Betrieb nunmehr von Stadt wegen nicht mehr nach wirtschaftlichen, sondern nach anderen Gesichtspunkten geführt werden soll, ist nicht die Meinung des Magistrats; der erblickt im Gegenteil in einer solchen Auffassung, die in gewissen Stadtteilen vage Hoffnungen erwecken muß, eine Gefahr. Aber allerdings werden wir ernstlich bemüht sein, mit allen Kräften den Vorstoß unserer Verkehrsdeputation, wenn ihn die Versammlung annimmt, baldigt zur Ausführung zu bringen. (Beifall.)

Ein erneuter Schlußantrag findet jetzt die Mehrheit. Der Antrag Vreuz wird abgelehnt, die Vorlage in namentlicher Abstimmung mit 113 gegen 9 Stimmen angenommen. Die Minorität besteht aus den Stadtverordneten Buhrow, Geipel, Fr. Goldschmidt, Körte, Kilmann, Lemke, Schmeisser, Spinola und Thiele. Die Vorlage wegen Neubaus eines Familien- und Schnitterwohnhauses auf dem Gute Hellersdorf wird Stadtv. Stadthagen einen Ausschüß von 10 Personen überwiesen wissen, da ihm die Lage und Größe der projektirten Zimmer, besonders der Schlafräume, nicht den berechtigten Anforderungen zu entsprechen scheint; der Mehraufwand an Kosten würde unerschwinglich sein.

Unter Ablehnung dieses Antrags wird die Vorlage angenommen. Der spezielle Entwurf für ein Pflegehaus für Ehepaare bei der städtischen Siechenanstalt in der Frobelsstraße wird nach kurzer Debatte genehmigt.

In der nächstjährigen Große Kunstausstellung soll sich auch die Stadt Berlin mit einer in der Maschinenhalle unterzubringenden Separatausstellung von Architektur- und Skulpturmodellen, Plänen usw. der im Bereich der städtischen Kunst- und Bauverwaltung zur Ausführung gelangten Werke beteiligen. Die Kosten für Einrichtung, Transport und Aufbau sind unter Annahme der einfachsten Ausstattung auf 88 000 M. veranschlagt.

Nach längerer Erörterung, an der sich auch der Oberbürgermeister beteiligt, wird die Vorlage unbedenklich angenommen. Auf Antrag Körte wird indes beschlossen, daß diese Ausstellung dem Publikum unentgeltlich zugänglich gemacht werden soll.

Die auf dem Schloßplatz angelegten beiden Schutrinneflächen und westlich des Schloßbrunnens sollen nach einem neuerlichen Vorschlage des Magistrats, da sie dazu genügend Raum bieten, mit gärtnerischem Schmuck versehen werden. Die Begründung der Vorlage führt u. a. an, daß uns der Herr Polizeipräsident mitgeteilt hat, daß auch Se. Majestät der Kaiser und Königin die Dimensionen der beiden großen Inselpergolen rechts und links vom Schloßbrunnen so groß finde, daß dieselben in der Mitte sehr wohl eine mit reichem Wüsten- und Gärtnerei angelegte Anlage tragen würden. Besondere Kosten würden nicht entstehen, da die für die durchgehende Befestigung mit Mosaikpflaster bewilligten Mittel für die beabsichtigte Schmudanlage ausreichen.

Stadtv. Vorgmann: Ich möchte darauf hinweisen, daß seiner Zeit ein Terraintreifen vom Schloßplatz an die Schloßverwaltung abgetreten worden ist zur Anlage eines Rasenstreifens im Niveau. Jetzt hört man, daß dort eine Rampe angelegt werden wird, daß die Hofverwaltung einen Betrag von 300 000 M. ausgeworfen hat und daß dort eine Sandstein-Valustrade zu stehen kommen soll. Unser Beschluß aber ist s. B. ausdrücklich dahin gegangen, daß dort ein Rasenstreifen angelegt wird. Die beabsichtigte Änderung scheint mir nicht durchführbar ohne Beschluß der Versammlung. (Zurufe.) Mit der Begründung, daß sie schön sei, läßt sich dieses Bedenken doch nicht abthun.

Stadtv. Krause: Die Bedenken wegen der Anlage einer Terrasse an der fraglichen Stelle sind schon bei der früheren Beratung zurückgewiesen worden. Es wird ein Vorgarten errichtet im Terrain, bekommt aber eine Einfriedigung von Sandstein, die sich bei dem Abfall des Terrains auf 1,25 Meter erheben und an der höchsten Stelle auf 1,70 Meter steigen soll. Solche Sandstein-Einfriedigungen sind nichts Neues, denken Sie nur an den Schultheißschen Garten am Potsdamer Platz. Die bezüglichen Pläne des Hofmarschallants sind uns erst vorgestern zugegangen. Auf allerhöchsten Befehl soll erst ein Modell hergestellt werden. Ein Beschluß der Versammlung über die Höhenlage ist nicht gefaßt worden.

Stadtv. Vorgmann: Dem Sinne nach ist die Zustimmung zu der Abtretung des Terrains nicht gegeben worden, damit der Rasenstreifen von einer Sandsteinbalustrade von 1,25—1,90 Meter Höhe eingefast werden soll und die Palastanten nunmehr nichts von diesem Rasenstreifen mehr zu sehen bekommen. Wir müssen doch darauf sehen, daß das, was wir bei der Beschlußfassung wollten, auch wirklich zur Ausführung gelangt.

Stadtv. Cremer: Es wird bloß dem monumentalen Schloß eine monumentale Einfriedigung gegeben. 1,25 Meter ist nicht hoch. Ich begreife nicht, was Sie da große Reden machen. (Mruhe.)

Stadtv. H. Sachs: Der Streifen ist von uns thatsächlich nur abgetreten worden unter der Bedingung, daß die Anlage im Niveau bleibt, und dazu gehört auch die Umrahmung. (Lebhafte Widerspruch.)

Oberbürgermeister Kirchner: Ich glaube, der Vorgarten wird in Riveauhöhe angelegt werden, soweit man das Projekt bis jetzt übersehen kann. Eine Abgrenzung des Rasenstreifens muß doch erfolgen, eine kleine Erhöhung ist also unvermeidlich. Die erwähnten 300 000 M. sind keineswegs bloß für den Streifen bestimmt. So hoch, daß man nicht darüber wegsehen könnte, wird die Balustrade keineswegs.

Stadtv. Vorgmann hält die Sache nicht für aufgelöst und beantragt deren Ablegung von der heutigen Tagesordnung.

Stadtv. Haberlaud: Für solche Anlagen errichtet man in der Regel einen Sockel von 70 Centimeter und stellt darauf ein Gitter von 1,30 Meter. Hier soll die Balustrade im Maximum bis zur Oberlante nur 1,70 Meter Höhe haben.

Nach nochmaliger Verteidigung der Valustrade durch den Stadtv. Cremer wird die Vorlage unter Ablehnung des Antrags Vorgmann angenommen.

Die von der Versammlung schon vor 2 1/2 Jahren befristete einheimische elektrische Beleuchtung der gesamten Leipzigerstraße bis zum Spittelmarkt (für welche im Etat für 1899 bereits 68 840 M. bewilligt waren, soll nunmehr, nachdem sich die provisorische Beleuchtungsanlage mit über der Mitte der Straße aufgehängten Lampen bewährt hat, nach diesem System in der Straße und mit den durch die räumliche Gestaltung des Platzes gebotenen Modifikationen auch auf dem Spittelmarkt zur Durchführung gelangen. Eine kleine Etatsüberschreitung wird dabei nicht zu vermeiden sein.

Der Magistratsantrag gelangt ohne Debatte zur Annahme.

Verfassungen.

Eine Mitgliederversammlung der Staler togte am 14. Oktober bei Jambach, Julestr. 10. Christoph referierte über: „In welcher Weise fördern wir am besten unsere Organisation?“ Seine Ausführungen fanden den ungetheilten Beifall der Kollegen. Sämtliche Diskussionsredner sprachen sich in demselben Sinne aus. Nach Erledigung mehrerer Verhandlungsgegenstände wurde ein Antrag Vreuz angenommen, die Firma A. Schneider-Charlottenburg seitens der Staler vorläufig zu meiden. Ferner machte der Vertrauensmann bekannt, daß er jeden Sonntagvormittag von 10 Uhr ab im Lokal von H. Dambek, Danzigerstr. 71, Beiträge zum Streifensfonds entgegen nimmt.

Auch Frankreich wünscht den Frieden!

Das ist der Sinn einer neuen französischen Note. Wie das „Bureau Reuter“ aus Washington vom Mittwoch meldet, überreichte der französische Geschäftsträger dem Staatssekretär Hay ein Memorandum der französischen Regierung, in welchem verlangt wird, daß die Friedensverhandlungen mit China in Uebereinstimmung mit der günstigen Aufnahme, welche die französische Note in dieser Angelegenheit bei den Mächten gefunden habe, sofort beginnen.

Damit schließt sich auch Frankreich der russisch-amerikanischen Politik an, die von Willow und seinen Offizieren so hartnäckig bekämpft und verhöhnt worden ist. Inzwischen hat ja auch Deutschland kein Beigegeben.

Uebrigens haben Frankreich und Amerika auch die — an sich belanglose — russische Anzeigung acceptiert, die Frage der Entschädigung dem Hoager Schiedsgericht zu unterbreiten.

Inzwischen haben sich die Verhältnisse in China so gestaltet, daß im wesentlichen nur noch Deutschland größere Truppenmassen kriegerisch hält; Japan, Rußland, Amerika haben ihre Truppen zurückgezogen. Den Feldherrn-Chrgeiz Waldersee, dessen Absetzhaus nun nach Peking nebst seinem Vezier transportiert ist, wird diese Isolierung hoffentlich hinreichend abkühlen.

Waldersee in Peking.

Aus Peking wird unter dem gestrigen Datum telegraphiert: Feldmarschall Graf Waldersee ist in Peking eingetroffen und mit allen militärischen Ehren empfangen worden. (Gott sei Dank!) Eine internationale Begleitmannschaft geleitete den Feldmarschall nach dem Palast der Kaiserin-Witwe.

Die Peking Kolonne der

Paotingfu-Expedition

traf am 16. d. M., ohne Widerstand zu finden, an einem Punkt sechs Meilen südlich von Tso-tschou ein. Auf den Wällen dieser Stadt wurden die Köpfe von 14 Bogern gesehen.

Woran sind die Köpfe von Bogern zu erkennen? Der Telegraph macht sich nachgerade über die europäischen Heldenthaten lustig. Der chinesische Gesandte in Washington unterbreitete

Mc. Kinley

die Uebersetzung eines Telegramms, welches der Kaiser von China an Mc. Kinley gerichtet hat. Das Telegramm, welchem dort großer Wert beigelegt wird, soll angeblich eine Billigung der von Mc. Kinley in China eingeleiteten Politik seitens des Kaisers enthalten.

Der „New York Herald“ veröffentlicht einen Artikel, worin er Mc. Kinley auffordert, sofort sämtliche amerikanischen Truppen aus China zurückzuführen.

Zwei Reichstagsersatzwahlen,

an denen die sozialdemokratische Partei hervorragend beteiligt war, fanden am Donnerstag statt.

Brandenburg.

Das Mandat des konservativen Abgeordneten v. Löbell wurde vom Reichstag für ungültig erklärt wegen zahlreicher Verstöße gegen das Wahlgesetz.

Der Wahlkreis (West-Havelland) umfaßt die Städte Brandenburg a. H., Rathenow, Friesack, Plaue etc. und eine größere Anzahl Dörfer. Der Kreis war bis 1890 in freisinnigem Besitz. In diesem Jahre siegte der freisinnige Kandidat in der Stichwahl durch konservative Hilfe mit 7550 Stimmen gegen 7051 sozialdemokratische Stimmen. Seitdem gingen die freisinnigen Stimmen zurück und der Kreis wurde heiß umstritten durch konservative und Nationalliberale einerseits und Sozialdemokraten andererseits.

1898 erhielten: Nationalliberale 5583; freisinnige Volkspartei 4121; Sozialdemokrat 7712 Stimmen. Stichwahl: Sieg des Nationalliberalen mit 9026 gegen 8951 sozialdemokratische Stimmen.

Bei der Nachwahl 1898 siegte zum erstenmal der Sozialdemokrat (Genosse P e u s) mit 9720 gegen 9685 konservative Stimmen.

1898 ging der Wahlkreis unserer Partei wieder verloren. Im ersten Wahlgang: Konf. 7276, Lib. 4002, Soc. 9263. Stichwahl: Konf. 10 708, Soc. 10 542.

Bei der gestrigen Wahl erhielten nach einem unzugewandten Privattelegramm Peus 9511, der konservative Kandidat von Löbell 7067 und der liberale Kandidat Vobe 3426 Stimmen. Die Resultate von zwei Orten fehlen hierbei noch, an dem Endresultat, der Stichwahl zwischen Peus und Löbell, kann das aber nichts ändern. Jedenfalls haben wir seit der letzten Wahl wiederum Stimmen gewonnen, die Liberalen haben wieder an Stimmen verloren. Das Resultat der Stichwahl läßt sich bei dieser Sachlage jedoch nicht voraussagen.

Im Wahlkreis Wangleben

waren bis 1898 die Nationalliberalen unbestrittene Herren. Erst 1898 gelang es unfren Genossen, mit ihnen in die Stichwahl zu gelangen. Die Nationalliberalen erhielten damals 7151, Freivereinigung 2050, Sozialdemokratie 6400 Stimmen. In der Stichwahl verbanden sich die Wähler der freisinnigen Vereinigung mit den Nationalliberalen. Es siegte der nationalliberale Kandidat Dr. Heiligenstadt mit 8870 gegen 6974 sozialdemokratische Stimmen. Durch das Aufrufen des Dr. Heiligenstadt zum Präsidenten der Seehandlung wurde die Neuwahl nötig. Ueber das Ergebnis der gestrigen Wahl meldet W. T. W., daß nach den bisherigen Feststellungen unser Kandidat Verlach 6048, der freisinnige Schmidt 5166 und der Landrat v. Koge 3751 Stimmen erhielt. Stichwahl zwischen unfrem und dem freisinnigen Kandidaten ist auch hier das sichere Schlusergebnis.

Lezte Nachrichten und Depeschen.

Das Urteil im Konner Krawallprosch.

Konig, 18. Oktober. (W. T. W.) Die Geschwornen bejahten die Schuldfrage in betreff des Arbeiters Aniebel wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt, ferner in betreff des Arbeiters Gay sowie der Lehrlinge Gierschewski und Berner wegen einfachen Landfriedensbruchs unter Verächtlichkeit, daß diesen Lehrlingen die erforderliche Einsicht in die Strafbarkeit ihrer Handlungen gefehlt habe, und schließlich in betreff des Anechts Gohr wegen schweren Landfriedensbruchs; allen wurden mildernde Umstände zugestanden. Das Urteil lautete: gegen Aniebel auf 5 Monate Gefängnis unter Anrechnung von 4 Monaten Untersuchungshaft, gegen Gay auf 5 Monate Gefängnis unter Anrechnung von drei Monaten Untersuchungshaft, gegen Gohr auf 9 Monate Gefängnis. Die beiden Lehrlinge wurden ihren Familien überwiefen. Die anderen Angeklagten wurden freigesprochen.

Das lenkbare Luftschiff.

Friedrichshafen, 18. Oktober. (W. T. W.) Der Forschungsreisende Eugen Wolf, welcher an dem gestrigen Aufstieg des Luftschiffs des Grafen Zeppelin teilnahm, berichtet darüber folgendes Näheres: Die Probefahrt dauerte eine Stunde zwanzig Minuten; der Aufstieg gelang vorzüglich. Das Luftschiff bewegte sich beinahe beständig in 800 Meter Höhe und ging gegen den Wind an. Sämtliche Steuerversuche bewiesen die Zweckmäßigkeit der neuen Einrichtungen. Das Luftschiff gehörte den Steuermanduern, nachdem Graf Zeppelin die Unsicherheit der ersten Steuerversuche überwunden hatte. Die Stabilität des Luftschiffs war in Bezug auf seine Längsachse wunderbar zu nennen. Die Neigungen wurden durch handliches Verschieben des Luftgewichts genommen. Die Geschwindigkeit des Luftschiffs war darauf, daß die Motorboote auf dem See, als das Luftschiff gegen den Wind aufbrach, nicht folgen konnten. Die Eigengeschwindigkeit des Luftschiffs ergibt bei ruhiger Luft mindestens 8 Meter die Sekunde, ein gänzlich unerwartetes Ergebnis. Wir landeten in voller Fahrt in der Richtung der Luftschiffhalle, jedoch ziemlich unerwartet schnell infolge bis jetzt völlig unauflösbaren vollständigen Gasverlustes eines der Ventile im vorderen Abteil des Luftschiffs. Eine Gefahr von wesentlicher Bedeutung ist bei der Landung nicht erfolgt, so daß der weitere beabsichtigte Aufstieg innerhalb einer Woche stattfinden dürfte. Sämtliche anwesenden Fachleute waren sehr befriedigt.

Hasenarbeiter-Aufstand.

London, 18. Oktober. (W. T. W.) Infolge der Interpretation der Londoner Handelskammer behufs Verteilung des Hasenarbeiter-Aufstandes hat der Bund der Ausländer sich bereit erklärt, einen Teil der stützigen Punkte der Entscheidung der Londoner Handelskammer zu unterbreiten, und, sobald diese Entscheidung gefallen, sofort die Arbeit wieder aufzunehmen; die anderen Streitpunkte sollen durch den Spruch einer schiedsrichterlichen Kommission erledigt werden.

Vardubitz i. B., 18. Oktober. (W. T. W.) Die hiesige Aktienbrauerei St. Vorreden ist in der letzten Nacht niedergebrannt. Der Schaden beträgt eine Million Gulden.

Madrid, 18. Oktober. (W. T. W.) Die Königin-Regentin unterzeichnete die Ernennung des Generals Binarez zum Kriegsminister und Agaragos zum Präsidenten des Senats.

Max Bading in Berlin. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsblatt.

Arbeiter, Handwerker, Parteigenossen! Am Dienstag, den 30. Oktober, ist die Nachwahl im 6. Reichstags-Wahlkreis. Sorgt durch lebhafteste Agitation dafür, daß unser Kandidat Georg Ledebour mit imposanter Stimmenzahl in den Reichstag gewählt werde!

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Achtung, VI. Wahlkreis. Den Genossen und Genossinnen zur Nachricht, daß am Sonntagvormittag eine Flugblatt-Verbreitung stattfindet. Wir ersuchen diejenigen, welche bei der Verbreitung helfen wollen, sich pünktlich morgens 8 Uhr (auch in den bekannnten Stellen) in folgenden Lokalen einzufinden: J. Pfarr, Pankstr. 10; Krause, Müllerstr. 7a; Schulze, Schwarzkopffstr. 15; Thomas, Gartenstr. 152; Brinkmann, Prinzen-Allee 21; Herrmann, Putbusstr. 45; Bachgänger, Swinemünderstr. 34; Mosin, Stuppiner- und Schönholzerstraßen-Ecke; Hoppe, Adlerstraße 21; Schönfeld, Fehrbellinerstraße 9. Zahlreiche Beteiligung der Genossen und Genossinnen ist Ehrenpflicht.

Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

Arbeiter-Bildungsschule, Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Hof links, 2 Treppen. Heute: Beginn des Kurses in Geschichte (Kulturgeschichte in großen Zügen, von den Anfängen der menschlichen Kultur bis zur Gegenwart). Vortragender: Dr. R. Steiner. Bibliothek: 3 Treppen, 8-9 Uhr. Zu zahlreichem Besuch ladet ein Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Verein des 6. Wahlkreises. Den Bezirksführern zur Nachricht, daß laut Beschluß des Vorstandes das Protokoll vom Parteitag in Mainz gratis an jedes Mitglied verausgibt wird, das drei Monate dem Verein angehört und nicht über drei Monate mit seinen Beiträgen im Rückstande ist. Die Exemplare sind in folgenden Abteilungen abzuholen: Kaufhof, Wiesenstraße, für Wedding; Oranienburger Vorstadt bei Schulz, Schwarzkopffstraße; Moabit bei Karl Anders, Salzweberstraße; Gesundbrunnen oberer Teil bei Herrmann, Putbusstraße 45, unterer Teil bei Abendroth, Badstr. 42/43; Schönhauser Vorstadt bei Karl Marx, Kasanien-Allee.

Der Vorstand, J. A. M. Riesel.

Charlottenburg. Sonntag früh 7 1/2 Uhr findet über ganz Charlottenburg eine Flugblattverteilung statt. Beteiligte sich jeder Genosse daran, dann wird es dem Einzelnen nicht zu schwer. Die Ausgabe der Flugblätter erfolgt im 1. Bezirk bei Voasche, Potsdamerstr. 44; im 2. Bezirk bei Leber, Widmarstr. 74; im 3. Bezirk bei Dörre, Wallstr. 90 und bei Gimpel, Osnabrückerstraße 4; im 4. Bezirk bei Eberhard, Wilmersdorferstr. 38a; im 5. Bezirk bei Wille, Widmarstr. 35; im 6. Bezirk bei Brill, Goethestraße 78; im 7. Bezirk bei Wredlow, Ansbacherstr. 31.

Reinickendorf. Der Wahlverein für Reinickendorf und Umgebung hält am Sonntagabend 8 1/2 Uhr in Schönholz im Restaurant Redelmann seine Generalversammlung ab. Genosse Dr. Wolheim hält einen Vortrag über „Licht und Leben“.

Arbeiterverein von Pankow und Umgegend. Sonntagabend, abends 7 1/2 Uhr, 30. Stiftungsfest in Rölls Gesellschaftshaus. Programm: Herren 50 Pf., inkl. Lang, Damen 25 Pf. Reichhaltiges Programm. Pflicht eines jeden Mitglieds ist es, zu erscheinen.

Erfner. Am Sonntag, nachmittags 3 Uhr, findet in Brodts Gesellschaftshaus eine Volksversammlung für Männer und Frauen statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Schubert-Schöneberg: „Weltmacht-Politik und China-Wirren“. 2. Wahlen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Der Verband der Buchdrucker hatte am 13. und 14. Oktober in Berlin eine Gewerkschaftskongress-Konferenz einberufen, in der über ein Programm beraten wurde, welches der demnächstigen Tarifrevision von Gehilfen Seite zu Grunde gelegt werden soll. Zur Annahme gelangte folgende Resolution:

In Berücksichtigung der Steigerung der Lebensmittel- und Wohnungspreise und in der weiteren Erwägung, daß 1896 das Hauptgewicht der Tarifrevision auf die Verkürzung der Arbeitszeit gelegt wurde und berechtigende Wünsche auf Lohnerhöhung unberücksichtigt blieben, stellt sich die Gewerkschaftskongress-Konferenz auf den Standpunkt, daß bei der nächstjährigen Tarifverhandlung in der Hauptsache Anträge auf Erhöhung des Gehaltsgeldes bezw. der Grundposition gestellt werden. Es bleibt selbstverständlich Orten mit teuren Lebensverhältnissen überlassen, außerdem noch eine dementsprechende Regelung der Lokalzuschläge zu beantragen. Die Konferenz hält die Erhöhung des Tarifs in der angegebenen Form für notwendig, um die Hebung der Lebenslage aller Kollegen, auch in den kleineren Druckereien, herbeizuführen!

Arbeitszeit-Verkürzung. Anlässlich der soeben stattgefundenen Bewegung der Silberarbeiter verstanden sich die Silberarbeiter der Firma Schneider, Staffscheiderstraße, auf Anregung der dortigen Grabeure dazu, nicht nur die stündige Arbeitszeit, wie es in den anderen Werkstätten geschah, sondern dieselbe Arbeitszeit, welche die Grabeure haben, die stündliche, zu fordern. Anstandslos ist ihnen diese bewilligt worden.

Die Ortsverwaltung der Grabeure und Eislere.

Die Maßnahmen in der Adressenbranche, wodurch die für ihre Organisation thätigen Mitglieder des Centralvereins der im Adressenwesen und verwandten Branchen Beschäftigten aufs Wohlstehendste getroffen wurden, haben eine Anzahl der Angehörigen dieser Organisation veranlaßt, zu einer Genossenschaft zusammenzutreten, um den in Frage kommenden Kollegen eine gesicherte und unabhängige Position zu schaffen, einen festen Rückhalt für die Organisation und ein nicht zu unterschätzendes Gegengewicht gegen die Bestrebungen der kapitalistischen Bureau-Inhaber zu bilden. Die Genossenschaft hat sich mit der neugegründeten Circularpost zu der Firma: Adressenverlag und Circularvertrieb, Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung, zusammengeschlossen und ihren Geschäftsbetrieb vorläufig im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Zimmer 34, eröffnet.

Die neue Genossenschaft übernimmt die Bestellung der Gewerkschaftszeitungen sowie sonstiger Fach- und Vereinszeitungen, Einladung zu Versammlungen etc., welche an dieselben Vereinsmitglieder zum Versand kommen, sowie die Verteilung von Circularen, Prospekten und andern nicht adressierten Sendungen von Haus zu Haus, auch Bezirks- und Straßenvorläufer.

Endlich wird das Ansehen von Vereinsbeiträgen, die Einführung neuer Artikel, sowie die Herstellung von Reklame-Drucksachen übernommen.

Die Abteilung „Adressenwesen“, von bewährten Fachleuten geleitet, liefert Adressen aller Arten und Länder, sowie Hilfskräfte für alle kaufmännischen und gewerblichen Unternehmungen.

Deutsches Reich.

Eine Eingabe des Verbands Deutscher Berg- und Hüttenleute an die Regierung ist in der Vorstandssitzung am vergangenen Sonntag beschlossen worden. Die Regierung soll durch

dieselbe aufgefordert werden, darauf zu dringen, daß zur Zeit der Krise keine Arbeiterentlassungen stattfinden, sondern eine Verkürzung der Arbeitszeit durchgeführt werde.

Lohnkürzungen. Aus Bochum wird uns geschrieben: Wo man hinört Lohnreduktionen und Arbeitszeitbeschränkung. Die Leiter der Hüttenwerke Suhl- und Eisenwerke haben ihren sämtlichen Arbeitern eine vom 1. November ab eintretende Kürzung der Löhne um 10 Proz. angekündigt. Das Brückhäuser Stahlwerk „Deutscher Hammer“ hat gleich 15 Proz. angekündigt. Auch auf der Fabrik von Böker & Co. in Schalle ist neben mehreren Feierlichkeiten pro Woche eine bedeutende Schichtlohnkürzung eingetreten. Auf dem Walzwerk Grillo u. Junke ist 100 Arbeitern gekündigt worden.

Ein „Deutscher Goldschmiede-Verband“ haben die Arbeitgeber des Gold- und Silberwarengewerbes in Leipzig gegründet. Der Verband soll auf dem Boden der „Mittelstands-Politik“ stehen. Vor allem will er die „Regelung“ des Lehrlings- und Gehilfenwesens anstreben. Als Mittel für diese „Regelung“ wird vorgeschlagen, den Lehrlingen all und jede Lohnentschädigung zu verweigern. Durch ein solches Vorgehen glaubt man, nur Söhne solcher Eltern zu Lehrlingen zu bekommen, denen vor allem daran liegt, daß ihr Kind einen tüchtigen Goldschmied zum Lehrherren erhält und selbst ein tüchtiger Mann und Meister seines Fachs wird. Weiter heißt es: „Der legendäre Erfolg eines derartigen Vorgehens und Einschreitens gegen die gewissenlose Annahme von Lehrlingen und mangelhafte Fürsorge für dieselben wird dann sein, daß wir nicht nur arbeitsfreie und arbeitsfähige Gehilfen erhalten, sondern wir werden Gehilfen erhalten, welche sich eines wohl-ansündigen, ehrerbietigen und fremdlichen Tons dem Prinzipal gegenüber befleißigen.“

Damit der Karrenlappe die Schellen nicht fehlen, beschloß der Verband wohl, „denjenigen Polizeibeamten, welcher eine Ueber-tretung des durch das Gesetz verbotenen Hausierwesens mit Schmutz-waren und Uhren zur Anzeige bringt, eine Prämie von 5 M. aus-zuzahlen“.

Bei der Gewerkschaftswahl in Kollheim (Rhein-hessen) zeigte trotz bester und teilweise mit schamlosen Mitteln geführter ultramontaner Gegenagitation die Liste des Gewerkschafts-fachlers. Sowohl Arbeitnehmer als auch Arbeitgeber wurden nach dieser Liste gewählt.

Streikhandel. Wir berichteten kürzlich, daß der Stadtmagistrat Kollheim beschloß, in das Statut des Arbeitnachsweises die Bestimmung aufzunehmen, daß bei Ausbruch von Streiks die Arbeit-suchenden darauf aufmerksam zu machen seien. Dagegen hat nun das Gemeindefolgeamt aus „Gründen der Unparteilichkeit“ Einspruch er-hoben.

Ausland.

Eine Reichskonferenz der österreichischen Bergarbeiter tagt gegenwärtig in Wien. Die Konferenz ist von Delegierten sämtlicher Bezirke in Österreich besucht. Unter ihnen befinden sich die Leiter des großen Kohlenarbeiter-Ausstands Gureber, Dr. Karpeles und Beer; die Bergarbeiter Deutschlands haben den Genossen Reichstags-Abgeordneten Soose als Vertreter entsandt.

Die Tagesordnung wird wie folgt festgesetzt: 1. Organisation. 2. Unterstützungswesen. 3. Widerstandsfonds und Streik. 4. Berg-bau-Genossenschaften. 5. Presse. 6. Eventuelles.

Der erste Punkt, zu dem Genosse Gureber das Referat hat, rief eine lange Debatte hervor. Es liegen zwei Anträge vor:

Der Antrag der Falkenauer, der auch auf der Konferenz der Vertrauensmänner im August laufenden Jahres genehmigt wurde, will im wesentlichen an Stelle des bestehenden Centralverbandes die Distriktsverbände zur Grundlage der Organisation machen, die nur durch ein auf der Konferenz gewähltes Exekutivkomitee miteinander in Verbindung zu treten hätten. Außerdem enthält der Antrag ein-gehende Bestimmungen über die Schlichtungsorganisation. Demgegenüber will der Antrag des Centralverbandes in Wien, daß der Central-verband zu einer Union ausgestaltet werde, zu deren Ortsgruppen sich alle anderen Vereine und Verbände anschließen hätten.

Der Referent weist besonders darauf hin, daß sich die Organi-sation im letzten großen Kampf nicht schlagfertig gezeigt habe. Die Frage sei, welche Form der Organisation man wählen solle. Die strikte Centralisation habe vieles für sich, sie sei wohl überhaupt die beste Organisationsform. Ihre Einführung sei aber verfrüht, die österreichischen Bergarbeiter müßten erst dazu erogen werden. Daher solle man die Centralisation erst soweit durchführen, daß man Distriktsverbände gründe, später könne man der Frage der Er-richtung einer Union näher treten. — Nach langer Debatte für oder wider Centralisation und Union wird eine Resolution angenommen, wonach der Centralverband beauftragt wird, den Unterbau für eine Unionsorganisation in die Wege zu leiten und den Ausbau der Centralisation der einzelnen Distriktsverbände herbeizuführen.

Im Anschluß hieran entwickelte sich eine Debatte über die Not-wendigkeit einer Schlichtungsorganisation. Es wird schließlich ein Antrag angenommen, wonach eine solche für notwendig erklärt wird: Alle Arbeiter eines Schachtes sollen eine Organisation bilden, die die Aus-gelassenheiten im Schachte regeln und dazu in Schlichtungsversammlungen Stellung nehmen soll. Angelegenheiten, die der Schlichtungsorganisation und Schlichtungsversammlung obliegen, sind u. a.:

Partieller Lohnstreik, Ueberwachung der Grubenvorarbeiten, sanitäre Einrichtung, Trintwasser, Ruhepausen, Vervollständigung, Ueber-sichten, moralischer Zwang zur Organisation, Abwehr gegen schlechte Behandlung, Festsetzung einer Normalleistung für alle Arbeitsorte, gemeinsamer Vorkauf bei kleinen Lohnforderungen, das heißt bei Hunte- und Meiergebirge, Schichtlohn usw., gemeinsames Aufstreuen gegen Lohnverdrerber und Demuzianten.

Beim Punkt Unterstützungswesen gelangte eine Resolution zur Annahme, durch die der Centralvorstand beauftragt wird, eine ein-heitliche Regelung der Arbeitslohn- und Krankenunterstützung inner-halb der Organisation herbeizuführen.

Die Verhandlungen, die noch fortdauern, dürften sich auf drei Tage erstrecken.

In Triest haben ungefähr 500 bis 600 Magazinarbeiter der Südbahn die Arbeit niedergelegt; die Ausständigen verlangen Ab-schaffung der Recordarbeit.

Aus der Frauenbewegung.

Gefährdet die weibliche Lohnarbeit die Sittlichkeit? Gefährdet sie die Familie, die Ehe, die Kindererziehung?

Mit Eifer hat man diese Fragen von verschiedenen Seiten in Angriff genommen. Mit Nachdruck verlangt insbesondere die Centralkommission Erhebungen über die sittlichen Nachteile der Fabrik-arbeit verheirateter Frauen. Wenn man der Bereitwilligkeit gedenkt, mit welcher diese ausschlaggebende Partei im Reichs-tag den Arbeitgeber-Paragrafen preisgab — den einzigen in der ganzen lex Heinze, welcher einen Schutz gegen Unsitlichkeit inhaltlich ge-währte — begreift man das Bestreben, sich nun nachträglich als Hüter und Schlichter der frommen Sitte auszuspielen. Deshalb läßt man die Lösung ergehen: die verheiratete Frau muß heraus aus der

Fabrik. Sie bleibe in ihrem Hause, nähere ihre Kinder, pflege und erziehe sie, schmeide dem Mann annützig das Heim. Kurz, mit der Ausdehnung der Frau aus der Fabrik scheint für die Arbeiterfamilie das Paradies erobert.

Die Berichte der Fabrik-Inspektoren passen leider nicht recht in das schöne Zukunftsbild. Mit sehr wenig Ausnahmen erklären sie die Mitarbeit der Ehefrau, da wo sie stattfindet, als notwendig zur Bestreitung der Lebensbedürfnisse. Verdient der Mann genug, um die Familie zu erhalten, dann geht die Frau überhaupt nicht auf Arbeit. Die Herren, welche die Fabrikarbeit der Ehefrau verbieten wollen, scheinen dieselbe als eine Art Lustbarkeit anzusehen, deren Lockungen die Frau nicht widerstehen kann, denen sie die Pflichten der Mutter und Hausfrau frevelhaft opfert. Solange aber jene Sozialpolitiker der Familie den Ertrag der Frauenarbeit nicht zu ersetzen vermögen, muß doch gearbeitet werden, wenn auch nicht in der Fabrik.

Die Frau, der die besser bezahlte Fabrikarbeit verboten ist, greift zur schlechter gelohnten Heimarbeit. Das heißt, die Fabrik mit allen ihren Schäden zieht ins Haus. Nur braucht sie sich hier an keine Verordnungen, an kein Gesetz zu halten — die Heimarbeit ist frei. Die einzige Freiheit, die man den Arbeitern gönnt. Diese freie Arbeit ergreift die Frau und hält sie in ihrem Mann, nicht nur eine bestimmte Zeit lang, sondern den ganzen Tag. Sie ergreift die Kinder, so weit sie verwendbar sind; die andern werden vernachlässigt. Stören dürfen sie nicht. Je geringer der Verdienst, desto sicherhafter die Arbeit. Die Fürsorge für die Kinder, für ihr geistiges und leibliches Wohl, gedeiht noch schlechter bei der aufstrebenden Heimarbeit als bei dem Gang zur Fabrik.

Wie steht es daneben mit der Arbeit der Unverheirateten? Mit Recht betonte man bei Beratung des Arbeiterschutzes, daß Mädchen nicht minder als Ehefrauen des gesetzlichen Schutzes in vollem Maße bedürfen. Die ausschließliche Fürsorge für Ehefrauen, müdet seltsam an, zumal wenn man der zärtlichen Besorgnis gedenkt, mit welcher dieselben Gesehgeber die Unverheirateten dem Studium fernhalten möchten, weil es zu anstrengend sei. Ein wenig jener Besorgungen wäre besser hier, bei der Arbeiterfrage, am Platz. Wie oft würde mehr frische Kraft, mehr widerstandsfähige Gesundheit für die Mutterpflichten übrig bleiben, wenn nicht das junge Mädchen den mentuellen Körper durch Ueberanstrengung unheilbar geschädigt hätte!

Nur durch Ueberanstrengung? Noch andre böse Früchte zeitigt die heutige Verkürzung auf diesem Feld. Frische, deren tödliches Gift allein genügt, die herbeite Verurteilung auszusprechen. An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen.“ Die weibliche Arbeit wird nur zu häufig so schlecht entlohnt, daß auch der größte Fleiß nicht das Notwendige schaffen kann. Der Hunger pocht drohend an die Thüre. Es gibt ein letztes Mittel der Abwehr — der Verkauf des Körpers. Was die christliche Arbeit verweigert, giebt die Prostitution. Hier allerdings ist Unsitlichkeit, schwere, volksverwundende. Aber wissen ist die Schuld? Kann die Arme dafür, daß christliche Arbeit ihr nicht Brot giebt?

Und jeder weiß es, aber keiner läßt sich gern daran erinnern. Nicht einmal ein Ereignis wie der Konfektionsarbeiterstreik vom Jahre 1898 den verhängenden Scheiter von dem ganzen Gland, zeigt sich die traurige Wahrheit in ihrem ganzen Schrecken, dann geht ein Schrei der Enttäuschung durch die Spalten der Blätter, durch das Gemüt der Leser. Man will und muß helfen, man stellt Forderungen, man verlangt Enqueteen. Es wird abermals viel gesprochen und geschrieben. Und das Ende ist wohl stets dasselbe wie bei dem erwähnten Streik. Nach seiner Beendigung wurde in einer Reichstags-Debatte, gelegent-lich einer Interpellation erklärt, die Sache der Konfektionsarbeiter habe sich noch ungünstiger gestaltet, als vor dem Streik.

Was von einzelnen Branchen der Frauenarbeit in verschiedenen Berichten, bald hier, bald dort zahlenmäßig festgesetzt worden, sagt Dr. Frankenstein in seinem Werk: „Ueber die Lage der Arbeiterinnen in den Großstädten“ also zusammen: „Ein sehr großer Teil der Arbeiterinnen unserer Großstädte erhält Löhne, welche nicht hin-reichen, die notwendigen Bedürfnisse des Lebens zu befriedigen, und er befindet sich aus diesem Grunde in der Zwangs-lage, entweder einen ergänzenden Erwerbzweig in der Prostitution zu suchen, oder den unabwendbaren Folgen körperlicher und geistiger Herrützung zu verfallen.“

Was läßt sich thun, Rat zu schaffen? Wie kann man bei so trostlosen Zuständen versuchen, die Sittlichkeit zu schützen und zu fördern? Daß es nur Palliativmittel sein können, so lange nicht die Art an die Wurzel des Übels gelegt wird, versteht sich. Aber einiges läßt sich doch erreichen, zunächst durch Ausbau der staatlichen Schutzes. Wenn auch schon jetzt in den Fabriken ein Maximal-arbeitsstag für Frauen eingeführt ist, so genügt er noch nicht. Der Achtstundentag würde eben hinreichen, um für die anderweitigen Pflichten Zeit zu schaffen. Auch zu der Pflicht gegen sich selbst, der nötigen Ruhe nach harter Arbeit für Erwerb, Kinder und Haus-haltung.

Für die Heimarbeit erscheint eine Besserung so schwer durch-führbar, daß die Umwandlung derselben in Werkstattarbeit als beste Lösung gelten muß. Ein Verbot an die Meister, Arbeit ins Haus zu geben, ständige Ueberwachung der gesetzlich geordneten Werkstätten, läßt sich bei uns so gut wie in England anstreben und durch-führen. Bleibt ein solches Gesetz nicht bloß auf dem Papier, sondern wird mit rücksichtslosem Eifer durchgesetzt, dann wird eine günstige Rückwirkung sicher nicht ausbleiben. Um so weniger, wenn ein weiteres Mittel hinzutritt, welches in den Händen der Arbeiterin selbst liegt.

Arbeiterinnen, organisiert Euch!

Schließt Euch Eurer Gewerkschaft an. Galtet fest zu Euren Kollegen. Versteht nie, daß Ihr einzig durch Koalition Recht genug erlangen könnt, um Eure Lebenshaltung zu verbessern. Das Gesetz giebt Euch bestenfalls den Normalarbeitstag. Den Normalarbeitslohn müßt Ihr selbst erringen. Indem Ihr Euch selbst Vorteile erwerbt, arbeitet Ihr zugleich an der Gesundheit der öffentlichen Ordnung. Der größte Feind aller Kultur und Sittlichkeit ist die bittere Not, welche keine Sorge mehr kennt, als die Furcht, auch das elendeste Leben nicht fristen zu können. Nur bei einem menschenwürdigen Dasein gedeihen die Blüten höherer Sitte.

Für die Heimarbeiterrinnen wie für die Dienenden ist dieser Weg zur Besserung schwer zu finden. In diesen Verufen lebt jeder voranzelt für sich dahin, verkehrt nur zufällig und gelegentlich mit fernsitzenden. So fehlt jenes Gefühl der Zusammengehörigkeit, jene schöne Tugend des Arbeiters, die den Keim der schönsten Entwicklung in sich birgt. Und doch fängt es an sich zu rühren; der Hauch der neuen Zeit dringt langsam aber mannschaftlich selbst in den ent-fernsten Winkel. In ihren Vereinen zeigen die Dienungsstellen, daß das Bewußtsein der Interessengemeinschaft in ihren Kreisen erwacht ist. Auch von den Heimarbeiterrinnen schließt sich schon manch eine ihrer Organisation an. Möchte eine jede derselben ein-gedenk sein der Pflicht, auch unter den Genossinnen der Arbeit wo irgend möglich weisend und aufklärend zu wirken.

Will man die Sittlichkeit im Volke fördern, so greife man zu den nächstliegenden Mitteln. Man gebe der Arbeiterin mehr Unterricht, mehr Ruhe, mehr Lohn, mehr Freiheit. Zur Praktische überlegt: den achtstündigen Arbeitstag, die obligatorische Fortbildungsschule und

unbeschränkte Koalitionsfreiheit. Ihre wahren Freunde wird die Arbeiterin daran erkennen, ob sie ihr nur mit schönen Redensarten helfen wollen oder ob sie zu Taten bereit sind. An ihr selbst ist es eben, die Gaben voll auszunützen durch kräftige Arbeit im Heim, in der Werkstatt und in der Gewerkschaft. Gesundheit und Sittlichkeit werden beide dabei gewinnen.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Montag, den 22. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, in den „Arminhallen“, Kommandantenstr. 20: 1. Vortrag des Fräul. Janny Jmle über: „Die Arbeiterin in der deutschen Gewerkschaftsbewegung“. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. Gäste willkommen. Der Vorstand.

Sociales.

Ueber die Berufungsfristen, die nach unsem Arbeiterversicherungs-Gesetzen inne zu halten sind, hat das Reichs-Versicherungsamt folgende beachtenswerte Entscheidung gefaßt:

Der Umstand, daß nur eine von einem Dritten unterzeichnete Berufungsschrift eingegangen und eine schriftliche Vollmacht des Klägers nicht beigelegt worden ist, rechtfertigt noch nicht die Verwerfung des Rechtsmittels durch das Schiedsgericht. Dieses hat vielmehr zunächst von Amtswegen zu prüfen, ob die Berufungsschrift im Einverständnis mit der Partei eingereicht worden ist oder doch nachträglich von ihr genehmigt wird.

Der Arbeiterschutz in Australien und Neu-Seeland ist für die erwachsenen Arbeiter hauptsächlich durch kollektive Arbeitsverträge zwischen Unternehmer- und Arbeiterorganisationen festgelegt. Die Arbeiterschutzgesetze der letzten Jahre beziehen sich hauptsächlich auf die Arbeit der Frauen und jugendlichen Arbeiter. Die Arbeit von Personen unter 14 Jahren ist verboten, ebenso die Nachtarbeit für Arbeiter unter 18 Jahren und für Frauen; für die Bergwerke gilt die 48 Stundenwoche mit der Maßgabe, daß am Sonnabend die Arbeit um 1 Uhr nachmittags schließen muß. Die Arbeitsruhe am Sonnabendnachmittag und Sonntag ist für alle geschäftigen Arbeiter obligatorisch. Die Höchstzahl von Ueberstunden ist für den Tag und das Jahr festgelegt, sie dürfen aber erst nach Feststellung der Notwendigkeit durch den Fabriksinspektor gestattet werden und müssen zu höheren Löhnen als die üblichen Löhne bezahlt werden.

Die Arbeiterschutz-Bestimmungen gelten auch für die im Detailhandel thätigen Frauen und jugendlichen Arbeiter.

Gerichts-Beilage.

Polizeikampf gegen Arbeiter-Gesangsvereine. Dem Gesangsverein „Dortmunder Männerquartett“ war die Abhaltung des für den 7. Mai 1899 geplanten Frühjahrsfestens von der Polizeiverwaltung zu Dortmund verboten worden, weil der Verein angeblich den Beschränkungen des § 8 des Vereinsgesetzes unterliege. Nach erfolglosen Beschwerden klagte der Vorstand des Vereins beim Ober-Verwaltungsgericht, indem er bestritt, daß der Verein politische Zwecke verfolge. Der beklagte Oberpräsident der Provinz Westfalen berief sich demgegenüber auf die Polizei-Alten und erklärte vor allem die Zugehörigkeit des Vereins zum Arbeiter-Sängerbund für entscheidend. Der Bund stelle sich nach seinen Satzungen ausdrücklich in den Dienst der „um ihre Existenz und um Verbesserung ihrer wirtschaftlichen und politischen Lage kämpfenden Arbeiterklasse“, mit andern Worten in den Dienst der Socialdemokratie. Auch bestände das „Dortmunder Männerquartett“ ausschließlich aus Socialdemokraten, die zum Teil hervorragende thätig seien. Somit wäre es ausgeschlossen, daß in den Sitzungen des Männerquartetts nicht politische Gegenstände erörtert würden. Handelte es sich aber um einen politischen Verein im Sinne des § 8, dann hätte die Polizei das Kränzchen wegen des voranschreitenden Erscheinens von Frauen von vornherein verhindern können; denn nach der Praxis des Ober-Verwaltungsgerichts seien auch die geselligen Zusammenkünfte politischer Vereine als Versammlungen oder Sitzungen im Sinne des § 8 zu behandeln, von denen Frauen auszuschließen seien. — Die Polizei-Alten, die dem Ober-Verwaltungsgericht vorlagen, ergeben, daß der Verein „Dortmunder Männerquartett“ seit dem Jahre 1891 bei verschiedenen von der Socialdemokratie veranstalteten März-, Mai- und Laffaleiern u. dergl. Gesangsvorträgen mitgewirkt hat. — Das Ober-Verwaltungsgericht hob den unangünstigen Bescheid des Ober-Präsidenten auf und setzte die Verbotsverfügung der Dortmund. Polizeiverwaltung außer Kraft. Präsident Perzin führte begründend aus: Auf Grund des vorliegenden Aktenmaterials sei allerdings als festgestellt zu erachten, daß der Gesangsverein auf öffentliche Angelegenheiten einzuwirken bezwecke, nicht aber, daß er bezwecke, politische Gegenstände in Versammlungen gemäß § 8 zu erörtern. Habe sich aber die Polizei nicht auf diesen Paragraphen stützen können, dann sei das Verbot des Kränzchens unberechtigt.

Ein Bauherr. In zweitägiger Sitzung verhandelte die vierte Strafkammer des Landgerichts I gegen den Schankwirt Friedrich Hinz aus Charlottenburg und den Drochsenkutscher Maximilian Semder, welche einer ganzen Reihe der verschiedensten Verbrechen und Vergehen beschuldigt waren. Hinz war bis zum Jahre 1897 Lokomotivführer und nahm dann seinen Abschied, um unter die Bauherren zu gehen. Er kaufte zwei nebeneinanderliegende Grundstücke in Charlottenburg, die er mit fremden Mitteln bediente. Seine Berechnung in der zu erwartenden Vermietung schlug fehl, er war nicht einmal im Stande die Zinsen für das Restkaufgeld zu zahlen. Der Vorbesitzer ließ sich die Mieten antizipatisch verpfänden und schon acht Monate nach Fertigstellung der Häuser gelangten dieselben unter den Hammer. Hinz befah gar nichts mehr, aber trotzdem hatte er sich vorher unter dem Hinweis, daß er doppelter Hausbesitzer sei und in dem einen der Häuser eine flottgehende Schankwirtschaft betreibe, als reicher Mann aufgeföhrt und diesen Ruf zu den ungeheuerlichsten Schwindeln benutzte, wobei er sich des Mitangellagten Semder, der ein willenloses Werkzeug in seinen Händen war, als Helfershelfer bediente. Zunächst wurden neun Pferdehändler, teils von Hinz oder Semder allein, teils von beiden zusammen betrogen. Bald wollte Hinz, bald Semder ein Fährgefahr gründend und in dem Glauben, daß Hinz ein zahlungsfähiger Mann sei, wurden ihnen die Pferde auf Kredit oder gegen Wechsel gegeben, von denen nicht ein einziger eingelöst wurde. Die Pferde wurden sofort weiter verkauft. Dann schädigten die Angellagten einen Weinbändler um etwa 400 M. und von dem Fabrikanten Mohr erhielten sie auf Grund eines von Semder gefälschten Bestellscheins drei Centner Margarine auf Kredit, da die Angellagten vorgaben, ein Buttergeschäft begründen zu wollen. Dem Angellagten Semder schlug schließlich das Gewissen, er legte ein offenes Geständnis ab und belastete den Hinz des Weiteren in der schwersten Weise. Dieser habe ihn nicht nur zu der Urkundenfälschung angestiftet, sondern auch zu verleiten gesucht, in einer der vielen Civillagen, die gegen Hinz angestrengt wurden, einen Meineid zu leisten. Ferner habe Hinz ihn zu überreden versucht, gegen eine Befolgung von 1000 M. seine, des Hinz, Häuser in Brand zu setzen. Im Termin wiederholte Semder, der vom Rechtsanwalt Dr. Davidsohn verteidigt wurde, sein Geständnis, während Hinz alle ihm zur Last gelegten strafbaren Handlungen in Abrede stellte. Die Beweisaufnahme fiel für ihn so ungünstig aus, daß der Staatsanwalt gegen ihn eine Zuchthausstrafe von sieben Jahren beantragte. Dem Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Schwindt, gelang es, einige Fälle der Anklage, als nicht hinreichend erwiesen, zum Ausscheiden zu bringen. Der Gerichtshof verurteilte Hinz zu 2 Jahren 6 Monaten Zuchthaus und den üblichen Nebenstrafen, Semder kam mit einem Jahr Gefängnis davon.

Der Branntwein als Lebensmittel. Eine principielle Entscheidung hat das Kammergericht in einem Strafverfahren gefaßt, das

gegen den Branntweinhändler Obernier anhängig gemacht worden war. Nach der Polizeiverordnung vom 3. August 1883 soll der in Wannen feilgebotene gewöhnliche Kornbranntwein einen bestimmten Prozentsatz Alkohol enthalten. Der von Obernier verkaufte Kornbranntwein blieb mit seinem Alkoholgehalt hinter diesem Prozentsatz zurück. O. erhielt deshalb ein Strafmandat. Er beantragte richterliche Entscheidung und bestritt die Rechtsgültigkeit der Polizeiverordnung. Diese fände nicht ihre Stütze im Polizeiverwaltungs-Gesetz, insbesondere sei nicht erkennbar, daß die Verordnung gesundheitslichen Interessen diene. Obernier wurde jedoch in sämtlichen Instanzen verurteilt. Das Kammergericht führte begründend aus: Die Polizeiverordnung sei rechtsgültig. Sie rechtfertige sich aus § 66 des Polizeiverwaltungs-Gesetzes, wonach zu den Gegenständen polizeilicher Vorschriften auch das öffentliche Feilhalten von Nahrungsmitteln gehöre, denn Branntwein im Sinne jener Verordnung sei zu den Lebensmitteln zu rechnen. Wegen die Gewerbebefreiung verstoße die Verordnung nicht und sie stehe auch mit dem Nahrungsmittelgesetz nicht in Widerspruch. Das Nahrungsmittelgesetz habe nicht die in ihm behandelte Materie definitiv und ausgiebig regeln wollen. Es blieben nach dem Gesetz landesgesetzliche Bestimmungen bestehen, welche den Verkehr mit Nahrungsmitteln betrafen, sofern sie nicht dem Reichsgesetz oder den auf Grund desselben erlassenen kaiserlichen Verordnungen entgegenständen.

Die Verhandlungen vor dem Königer Schwurgericht, über deren Beginn wir gestern berichteten, bieten bis jetzt nichts sonderlich Bemerkenswertes. Kennzeichnend für die Situation zur Zeit des Kravalls sind folgende Zeugenaussagen: Polizeikommissar W. L. O., jetzt in Spandau: Schon vormittags, gegen 9 1/2 Uhr, als ich in das Bureau ging, sagten mir die Polizisten: Heute scheint wieder der Teufel los zu sein. Sehr bald sammelten sich Menschenmassen vor der Synagoge und auf dem Marktplatz; es wurde Hepp! Hepp! gerufen und mit Steinen geworfen. So der Angeklagte Aniebel war, da war auch der größte Kadav. Aniebel reizte die Menge durch Geberden auf. Als ich schließlich mit einem Polizeiergeant Aniebel verhaftete, rief Aniebel Hepp hepp und Puh puh. Letzterer Ruf hat dieselbe Bedeutung wie Hepp hepp. Aniebel warf sich zu Boden, schlug mit Händen und Füßen um sich, so daß wir Aniebel förmlich in die Waage tragen mußten. Häßelstücker der Menge waren der Angeklagte Kath, ein hier als Zeuge anwesender Mann, Namens Schmidt und ein etwa 20jähriger junger Mann. Abends, als das Militär den Marktplatz besetzte, stand ich vor dem Rathause. Plötzlich bekam ich einen Steinwurf an die Schläfe, so daß ich sofort niederfiel. Ich hatte eine drei Centimeter lange und eine einen Centimeter tiefe Wunde. Ich blutete förmlich, das Auge schwoß an, sehr bald darauf brachte ein Gendarm den Pitaroff, mit dem Bemerkten, daß dies der Werfer sei; ich bemerkte, daß ich den Pitaroff in Gegenwart des Bürgermeisters Debitius in der Aufregung ein paar Ohreigen gegeben habe. Der Herr Bürgermeister sagte: Ich erlaube Sie, den Mann nicht zu schlagen. Nachdem der Bürgermeister fort war, schien es mir, als wollte mich Pitaroff angreifen, ich verjagte ihn deshalb noch einen Schlag. Der Herr Bürgermeister hat den Mann nicht geschlagen. Auf Befragen des Staatsanwalts bemerkte der Zeuge: er hatte die Ueberzeugung, daß der Kravall geplant war; er gebe zu, daß er bei der Volksmenge in König unbeliebt war.

Bürgermeister Dr. Lemm: Der Angeklagte Kath sei an der Spitze eines Volksaufmarsches ins Rathaus eingedrungen, um sich zu überzeugen, ob der Verhaftete Aniebel entlassen sei. Kath habe der Menge zugerufen: Wir müssen alle für einen und einer für alle eintreten. Er habe den Kath nach seinem Namen gefragt, dieser habe auch sofort offen gesagt, ich bin der Besizer Kath aus Deutsch-Briesen. Als Pitaroff zur Waage gebracht wurde, habe ich dieser sehr ungerade benommen, er biß und kratzte. Polizeikommissar Wlad gab darauf Pitaroff eine oder zwei Ohreigen. — Präsident: Hat außerdem jemand Pitaroff geschlagen? — Zeuge: Hiebe hat es wohl gegeben, wer aber Pitaroff noch geschlagen, weiß ich nicht. Die weiteren Zeugenergebnisse waren belanglos.

Bestirte Wahrheiten: Nachdem er aus der Kirche gekommen sei, war auf dem Marktplatz Kravall. Als er sah, daß Kath dabei war, sei er auch dazwischen gegangen. Ein Herr habe Kath aufgefordert, mit ihm in die Waage zu kommen, um sich zu überzeugen, daß der Mann, der verhaftet worden, entlassen sei. Er sei infolge dessen auch mitgegangen. Kath, der kein Kind erzümen könne, habe nichts Unrechtes begangen.

Arbeiter Kette, Barbierlehrling Gige und Kaufmann Michalski befanden übereinstimmend: Als Pitaroff in die Polizeiwache gebracht wurde, hätten sie ein Stoßen, heftige Schläge und Schreien gehört. Schen konnten sie nichts, da der Vorhang zugezogen war. Dr. med. Müller: Er habe im Wohnzimmer die Verwundung des Polizeikommissars Wlad untersucht und wahrgenommen, daß Wlad einen Menschen fürchtbar schlug; dies sei ihm unangenehm gewesen, er habe sich daher sofort entfernt.

Vermischtes.

Auch ein Beitrag zur Wohnungsfrage. In Essen gelangten, wie von dort geschrieben wird, am Dienstag von der Zivilkammer des dortigen Landgerichts nicht weniger als 66 Ehescheidungs-Sachen zur Verhandlung. Die Mehrzahl der Ehescheidungs-Klagen hat in der Schlafstürchen-Wirtschaft ihren Grund.

Starke Erderschütterungen werden vom Mittwoch aus dem badischen Unterlande und aus württembergischen Orten gemeldet. Die Bevölkerung befindet sich hierüber in größter Aufregung.

Familien-drama. Aus Elberfeld wird berichtet: Heute vormittag betrat der Landwirt Schmahl aus Reiwig das Haus seines Schwiegersohns und erschof dort die im Zimmer allein anwesende eigne Tochter, die sich erst vor acht Tagen verheiratet hatte. Dann richtete der Vörder die Waffe gegen sich selbst und tötete sich durch einen Schuß in den Kopf. Das Motiv zu der blutigen That ist unbekannt.

Einen tragischen Abschluß hat die Geschichte des „schlafenden Schaffners“ in Rausly bei Dresden gefunden. Dieser ist bekanntlich vor 18 Jahren im Dienst der Staatsbahn verunglückt und lag seit dieser Zeit in einem tödlichen Schlaf. In letzter Zeit wurde plötzlich durch das Dresdener Vorortblatt, die „Westendzeitung“, ein Gerücht verbreitet, wonach der „schlafende Schaffner“ ein Simulant sein sollte. Diese Meldung verursachte allgemeine Aufregung und setzte Behörden und Aerzte in Thätigkeit. In letzter Zeit galt es jedoch als erwiesen, daß der Schaffner Dietrich kein Schwindler und Simulant, sondern ein bedauernswerter hilfloser Mensch war. Die gegenteiligen Gerüchte verstuimten jedoch trotzdem nicht. Die fortgesetzten Anklagen, daß Dietrich mit Hilfe seiner Frau simulierte, um Unterstützung zu erschwindeln, scheinen in der bedauernswerten Ehefrau des „schlafenden Schaffners“ den furchtbaren Entschluß gereizt zu haben, sich und ihren Mann umzubringen. In der Nacht zum Donnerstag hat sie den entsetzlichen Plan verwirklicht. Mit einem Revolver hat sie erst ihren bewußtlosen und willenlosen Mann durch einen Schuß in die Stirn getötet und sich dann selbst an einem Seil aufgehängt. Am Donnerstag früh wurden die unglücklichen Eheleute tot aufgefunden. Die Frau hat einen Brief hinterlassen, in dem sie ausdrückt, sie sei in den Tod gegangen, weil sie die Verleumdungen der „Westend-Zeitung“ nicht mehr ertragen können. Der sarkastische Vorfall hat große Aufregung hervorgerufen. Das Haus ist von einer Menschenmenge belagert, die für und gegen Dietrich, beziehentlich für oder gegen die „Westend-Ztg.“ Partei nimmt. — Ob die Section des „schlafenden Schaffners“ endgültige Beweise für seine Krankheit erbringen wird, damit die Gerüchte verstummen, muß abgewartet werden. Die Geschichte wird auch noch ein gerichtliches Nachspiel haben, da die Kinder Dietrichs klagar gegen die „Westend-Zeitung“ vorgehen werden.

Unter großem Gepränge ist gestern in Leipzig der Grundstein zu einem Völkerschicht-Denkmal gelegt worden.

Eisenbahnunglück. Aus Straubing wird gemeldet: Der von Passau kommende Schnellzug ist Donnerstag früh bei der Station Zaimeing mit dem Regensburg Postzug zusammengestoßen. Drei Reisende und sechs Bahnbeamte sind leicht verletzt. Die Betriebsführung war mittags behoben.

Modernes Glend. Die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ schreibt: Es giebt Orte in der Großstadt, wo sich die unglücklichsten armen Teufel mit ihrer ganzen jämmerlichen Stelldichein geben, wo sie sich unter sich fühlen und deshalb den ganzen Jammer ihrer Existenz nicht zu verhallen trachten. Dazu gehört das Schiedsgericht in der Lombongasse, bei dem jene Arbeiter zu thun haben, die durch einen Unfall arbeitsunfähig geworden sind. Jeden Tag kann man dort eine entsetzliche Ausstellung von Blinden und von Krüppeln, von Tauben und von Nervenleidenden, von Arbeiterwitwen usw. sehen. Gott weiß, es ist niemand zu verübeln, wenn er abgestumpft wird gegen diese Eindrücke, wenn er nicht immer sehen will, weil er nicht immer sehen kann. Richter, Advokaten, Gerichtsdienner und Reporter gedönnen sich daran, durch dieses fürchterliche Wartezimmer rasch durchzugehen. Aber zuweilen liegt man doch so etwas wie einen Rippenstoß vom Schicksal, wird aufgeschreckt und sieht sich diese Schicksale an, hört ihnen zu, sitzt rasch vorbeizugehen. In dieser Woche ging ich durch das Wartezimmer, da sah ich einen starken kräftigen Mann im Dunkel in einer Ecke sitzen. Er hatte keine Beine. Aber sein Begleiter, ein älterer Herr im schwarzen Salourot, flüsterte mir zu: „Er glaubt, daß er seine Füße noch hat“. Nach einer Stunde wurde der Mann ins Verhandlungszimmer geführt. Er war ein Nordbahn-Magazinarbeiter, dem eine Lokomotive über beide Füße gefahren war. Oberhalb des Knies mußten beide Beine amputiert werden. Der Vorsitzende Graf Montecucoli verlas die Klage. Der Mann verlangte eine Erhöhung seiner Unfallrente, weil ihm etwas Verreges passiert sei als bloß der Verlust beider Beine. Er könne nicht schlafen, liege mit offenen Augen da. Blöglisch spüre er ein Krabbeln in den Beinen, ein Ziehen — in den Beinen, Fäden und Reizen — in den Beinen! Der Sachverständige erhob sich und erklärte: „Der Kläger übertreibt nicht und lügt nicht. Die Amputationen wurden nicht gut verheilt, die Nerven liegen bloß. Infolgedessen werden die Nerven gereizt. Er bekommt fortwährend Nachrichten von diesen empfindlichen Nerven, die ebenso sind wie die Nachrichten, die er vom gesunden lebenden Fuß beläme. Er spürt ein Krabbeln, Ziehen, Reizen wie an den lebenden Beinen.“ Das Gericht bewilligte dem Mann eine erhöhte Rente. Als er den Verhandlungssaal verließ, nickte er lebhaft, wie wenn ihm das Gericht besänftigt hätte, daß er seine verlorenen Beine doch noch habe, denn er fühlt sie ja nachts, wenn er mit offenen Augen liegt und wacht.

Die Cholera in Afghanistan. Nach Berichten des russischen Medizinal-Departements aus Afghanistan war daselbst im Juni die Cholera ausgebrochen und hatte sich schnell in vielen Städten verbreitet, so daß selbst der Emir Abdurrahman Chan die Residenz Cabul mit seiner Familie verließ. In Cabul starben über 4500 Menschen; die Bevölkerung verließ infolge der durch die Krankheit hervorgerufenen Panik die Stadt und floh ostwärts. Mitte August ließ die Epidemie nach und der Emir kehrte in seine Residenz zurück. Man spricht auch von dem Ausbruch der Epidemie in Gafni, Kandahar, Dschellahabad, Badachshan, Herat, Schugnan.

Marktpreise von Berlin am 17. Oktober 1900

nach Ermittlungen des lgl. Polizeivorkommens.

Ware	15.30	15.28	Katzen, neue, D. Gr.	6.—	4.—
*Weizen, gut	15.26	15.24	Windisch, Reule 1 kg	1.60	1.20
mittel	15.22	15.20	da Band	1.30	1.—
gering	14.50	14.48	Schweinefleisch	1.60	1.20
**Roggen, gut	14.46	14.44	Kalbsteck	1.80	1.—
mittel	14.42	14.40	Dammfleisch	1.60	1.10
gering	15.50	14.90	Butter	2.80	2.20
†) Weizen, gut	14.80	14.20	Eier 60 Stk	4.80	3.—
mittel	14.10	13.50	Karpfen 1 kg	2.40	1.20
gering	15.80	14.90	Kale	—	2.50
†) Hafer, gut	14.80	13.90	Rinder	—	2.60
mittel	13.80	13.—	Rechte	—	2.—
gering	7.16	6.50	Barische	—	1.80
Rüchstroh	7.50	6.40	Schote	—	3.—
Sen	40.—	35.—	Erdie	—	1.40
Erbsen	45.—	40.—	Archie	—	1.20
Schickelbohnen	70.—	60.—	per Schot	12.—	2.50
Linien	—	—	—	—	—

*) ab Bahn **) ab Bahn und frei Wähle. †) frei Wagen und ab Bahn.

Produktenmarkt vom 18. Oktober. Getreide. Die lange erwarteten Regenfälle sind endlich in ergiebiger Fülle eingetreten. Die Preise der Getreide sind in milder Haltung. Dem großen Angebot stand nur geringe Nachfrage gegenüber, da die Konsumenten infolge schwächerer amerikanischer Notierungen zurückhaltend sind. Aus Steiermarken Lagerweizen vor, dessen infolge dort angekommenen Ladungen unverkäuflich sind. Weizenpreise für Weizen stellen sich 0.75 M. billiger, per Met mit 1 M. Roggen wurde 0.25 bezw. 0.50 M. billiger umgelegt. Hafer war vernachlässigt, Rüböl um 0.50 M. steigend auf Pariser Haufe.

Spiritus. 70er Rectifitrat notierte 48.50 M., mitteln 0.20 M. niedriger.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7-9 Uhr abends statt.

M. S. Erfurt. 1-4. Ja. — **Emund S.** Schriftliche Antwort erteilen wir nicht. 1. Ja. 2. Nein. 3. Ja. 4. Nein. 5. Ja. 6. Ja; es muß Ihnen selbst belassen werden, als zu Ihrem, Ihrer Frau und Ihrer erkrankten Kinder Unterhalt erforderlich ist. 7. Sie können eine Klage auf Verurteilung des Urteils in Höhe des von Ihnen bereits bezahlten anstrengen. Die Zahlungen für das Kind müssen Sie bewirken. Die Mutter als Zeugin zu benennen, ist zulässig. 8. Die notwendigen Kleidungsgüter usw. müssen Ihnen gelassen werden. — **M. R.** Unabhängig ist, wenn die geschiedene Ehe vor einem preussischen Standesbeamten geschlossen war, dieser War dies nicht der Fall, so ist das Amtsgericht, in dessen Bezirk sich die Frau Ihren Wohnsitz hat, also das Amtsgericht Berlin I, zuständig. — **250 G. S.** Beantragen Sie von dort aus Zahlung der Juwelenrente. Dieselbe ist Ihnen, auch wenn Sie dort bleiben, zu zahlen. Das Verfahren dauert aber in der Regel etwa 2 Monate. Ihre Verurteilung wegen der Rente ist wohl unbedeutend. — **M. R.** Eine Klage hätte nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn der vermeintlich vorgekommene Irrtum noch bewiesen würde. Solcher Beweis ist sehr schwierig zu erbringen, so daß zu einer Klage nicht zu rathen ist. — **S. 56.** 1. Nein. Sobald Sie den Bescheid bekommen sollten, so sprechen Sie in der juristischen Sprechstunde mit demselben vor, um zu erfahren, ob gegen denselben etwas anzuhängen ist. 2. Wenden Sie sich an die Schuldputation. — **G. S. 16.** Nein. — **M. S. Ja.** — **345.** Von Amtswegen geschieht nichts. Die Eröffnung des Testaments geschieht nach Ueberreichung der Todesurkunde und des Hinterlegungscheins auf Antrag des Erbverwalters. Die Kosten richten sich nach der wirklichen Höhe des Objekts. — **G. S. 8.** Die Antwort kann Ihnen lediglich wiederholt werden. Ob die Wittin den Brief annimmt oder nicht, ist völlig gleichgültig. Ihre Aufforderung hatte keine Frist enthalten. — **Witwe 100.** Der Tod des Vaters berechtigt sowohl den Erben wie den Vermittler, das Verhältniß unter Einhaltung der gesetzlichen (das heißt dreimonatlichen) Frist zum Quartalsbericht laufend) Frist zu kündigen. Die Kündigung kann nur für den ersten Termin erfolgen, für den sie zu läufig ist. Ist also der Todesfall am 2. August, 4. September oder 30. September eingetreten, so kann sowohl der Vermittler wie die Erben des Vaters bis spätestens am 30. Oktober, zum 31. Dezember kündigen. In der Todesfall in der Zeit am 1. Oktober bis am 31. Dezember eingetreten, so wäre spätestens am 3. Januar zum 31. März zu kündigen. — **M. G. 100.** Die Gesellschaft kann aufgelöst werden; durch Ihre Unterzeichnung sind Sie an den Auflösungsantrag gebunden. — **M. 43.** Nein. — **Kühler, Renard.** Nicht verwendbar. — **S. 76.** Sie würden als Ankläger Ihr Naturalisationsgesuch auf dem Polizeiviertel zu Protokoll zu geben haben. Als Ankläger haben Sie jedoch ein Recht auf Naturalisierung nicht. — **Kullmann, Paris.** Ein Brief, dessen Inhalt Sie in Ihrem Schreiben vom 15. andeuten, liegt nicht vor. Schriftliche Antwort erteilen wir nicht. Befehlungen auf Journal sind jederzeit hier nicht einzuweisen. — **S. 7. 8. 1-3.** Die Erfindungsverwaltung. Ohne genauere Angaben sind Ihre Anfragen nicht zu beantworten. Sie thun am besten, sich direkt an die Erfindungsverwaltung zu richten. — **Schiefer Strahl.** Statuten werden nicht polizeilich genehmigt, sondern der Polizei nur vorgelegt. Ob die von Ihnen angenommene Folge eintritt, ist ohne Einfluß in die Statuten nicht zu beantworten. — **S. 500.** Nein.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, den 19. Oktober.
Cyberhaus. Die Reiferfinger von Nürnberg. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Die Tochter des Gradmus. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues Opern-Theater (Kroll). Der Mikado. Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches Volkstheater. Anfang 7 1/2 Uhr.
Leistung. Johannfeuer. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Die strengen Herren. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reisens. Die Dame von Nazim. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Der weiße Stiefel. Anfang 7 1/2 Uhr.
Wetten. Martha. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Das Glück im Winkel. Anfang 8 Uhr.
Secessionstheater. Die Bildhauer. Anfang 7 1/2 Uhr.
Central. Die Geliebte. Anfang 7 1/2 Uhr.
Thalia. Der Liebeskünstler. Anfang 7 1/2 Uhr.
Palast. Alexandra. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Der Tagendring. Anfang 7 1/2 Uhr.
Carl Weiss. Müller und Schulte auf der Pariser Weltausstellung. Anfang 8 Uhr.
Welle-Alliance. Die schöne Milli-Bauerin von Zegernsee. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Spezialitäten-Vorstellung. Der Mandarin von Tsing-ling-ting. Anfang 8 Uhr.
Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Fräulein Loreley. Anfang 8 Uhr.
Palast. Spezialitäten-Vorstellung. Der alte Radebold. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichshallen. Steintiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Passage-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.
Kronia. Jubiläumstr. 57/62. Eine Wanderung durch Weltausstellung in Paris. Täglich abends von 5-10 Uhr: Sternwarte.
Laudenstr. 48/49. Abends 8 Uhr (im Theateraal): Auf den Wogen des Oceans.

CRANIA
Taubenstr. 48/49.
Im Theater abends 8 Uhr:
Auf den Wogen des Oceans.
Invalidenstr. 57/62.
Eine Wanderung durch die Weltausstellung in Paris.
Tägl. Sternwarte.
Nachmittags 5-10 Uhr.

CASTANS
PANOPTICUM
Die neuen lebenden Photographien.
Graf Walderssee.
Kampf mit chinesischen Boxern.
Konzert der russischen Nationalkapelle aus Kiew.
Kapellmeister Semaschko.
Illusionen - Kasperi-Theater - Irngarten - Schreckenskammer.

Apollo-Theater.
Zum 5. Male:
Novität! Novität!
Fräulein Loreley.
Burleske-Ausstattungs-Operette in 1 Akt und 6 Bildern von Bolten-Bäckers.
Musik von Paul Lincke.
Neu! Ferner: Neu!
Riccardo und Benedetto.
und
Adele Moraw
8 erstklass. Spezialitäten.
Anfang 8 Uhr.

Cirkus Busch
Freitag, den 19. Oktober cr., abends 7 1/2 Uhr:
Gr. hum. Gala-Vorstellung
Beginn der Fantomime 10 Uhr.
Berliner Landpartien
Mit über 100. Tolle Streiche zu Wasser und zu Lande in 2 Akten. Besonders hervorzuheben: Das Rentieren eines mit Musikanten besetzten Bootes.
Gebr. Veideman als: „Komponist Rubinstein“.
Charivari von 100 Clowns, männliche und weibliche.
Mr. Watson mit seinem komisch dressierten Esel.
Europäische Kavallerien auf 16 Schilferden.
Sensationell! Noch nie dagewesen!
Frères Frediani!
3 Akrobaten zu Pferde!

Schiller-Theater
(Wallner-Theater).
Freitag, abends 8 Uhr:
Das Glück im Winkel.
Schauspiel in 3 Akten v. Hermann Sudermann.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Das Glück im Winkel.
Sonnabend, nachmittags 3 Uhr:
Maria Stuart.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Die Orientreise.

Central-Theater
Anfang 7 1/2 Uhr.
Die Geisha.
Operette in 3 Akten von S. Jones.
Sonnabend u. Sonntag, abends 7 1/2 Uhr:
Die Geisha.
Sonnabend, abends 8 Uhr u. halb. Preise:
Die Puppe.
Montag, abends 7 1/2 Uhr:
Der griechische Sklave.

Thalia-Theater
Dresdenerstr. 72.
Heute und folgende Tage:
Der Liebeschlüssel.

Palast-Theater
früher Fasn-Palast, Burgstr. 22.
Sensations-Oktober-Progr.
Noch nie dagewesener Erfolg!
8 1/2 Uhr. Neu! 8 1/2 Uhr.
Der olle Muckebold.
Emanuel Kauf, Rentier.
Direktor **Richard Winkler.**
Durchweg lauter Schläger!
Amiela Konowicz, Chansonetten-Diva
Mr. Richard, großartige Pyramide auf 3 Haischen.
Außerdem: 12 Attraktions-Nummern.
Anfang: 7 Uhr. Sonnt. 7 Uhr.
Entrée: 50 Pf.

Metropol-Theater.
Der größte Cybernetten-Erfolg dieser Saison.
Eduard Steinberger a. G.
Der Mandarin von Tsing-ling-ting
sowie das neue phänomenale **Oktober-Special- Progr.**
Jane Pierny.
Bonhair-Truppe.
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.

W. Noacks Theater.
Schumannstr. 16.
Heute, Freitag, den 19. Oktober:
Die Waise aus Lowood.
Schauspiel in 4 Aufzügen von Charlotte Kirk-Weiser.
Morgen, Sonnabend:
Keine Vorstellung.

Cirkus Alb. Schumann.
Heute, Freitag, den 19. Oktober, abends präc. 7 1/2 Uhr:
Große außerordentl. Vorstellung.
Les 9 Colibris.
Die fleinsten Menschen der Welt als Künstler I. Ranges in jedem Genre. Die einzig dastehenden musikalischen Kapellen. Die Original-Troika. Original-Dressuren des Direktors Alb. Schumanns.
Ferner: Neu! Fr. Cecco Kasprzakow, Europäer beste Schutzeiterin. Neu! Los trois Rindos. Neu! La belle Loppina. Neu! Die russische Truppe Alex, 15 Personen. Neu! Mlle. Emly und Mlle. Aida. Neu! Les 5 Balaguars.
Zum Schluss zum 28. Male:
Das größte Wasser- u. Wasser-Schauspiel der Gegenwart.
CHINA.
Die Nuren in Santschon.
Der Aufstand der Boxer - Krieg.
Die Verbündeten vor Taku-Befung.
Eine Kavallerie-Artade der Verbündeten.
Vorführung der neuesten Ereignisse in China durch den Kinematographen.

Reichshallen
Stettiner Sänger.
Zum Schluss zum 149. Male:
Exzellenz kommt.
Der phänomenale Bassist Plattner in seiner Wogen u. Roman-Otave.
Anfang 8 Uhr. Tagelasse 11-1.
Jeden Sonntag: 2 Vorstellungen.
Anfang der Nachm. Vorst. 7 1/2 Uhr.
Anfang der Abend-Vorst. 7 1/2 Uhr.
In beiden Vorstellungen:
Mitwirkung sämtlicher Herren.

Sanssouci
Kottbuserstrasse.
Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag:
Hoffmanns Nordd. Sänger.
Anfang Sonntags 7 Uhr.
Entrée 50 Pf. Son 5-7:
Unterhaltungsmusik.
Wochentags 8 Uhr. Entrée 30 Pf.
Nach jeder Soliree:
Tanzkränzchen.
Wochentags Tanz frei. Vereins- und Vorzugsбилет wochentags gültig. Säm. zu Pflicht u. Vorstellungen.

Reichshallen
Stettiner Sänger.
Zum Schluss zum 149. Male:
Exzellenz kommt.
Der phänomenale Bassist Plattner in seiner Wogen u. Roman-Otave.
Anfang 8 Uhr. Tagelasse 11-1.
Jeden Sonntag: 2 Vorstellungen.
Anfang der Nachm. Vorst. 7 1/2 Uhr.
Anfang der Abend-Vorst. 7 1/2 Uhr.
In beiden Vorstellungen:
Mitwirkung sämtlicher Herren.

Sanssouci
Kottbuserstrasse.
Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag:
Hoffmanns Nordd. Sänger.
Anfang Sonntags 7 Uhr.
Entrée 50 Pf. Son 5-7:
Unterhaltungsmusik.
Wochentags 8 Uhr. Entrée 30 Pf.
Nach jeder Soliree:
Tanzkränzchen.
Wochentags Tanz frei. Vereins- und Vorzugsбилет wochentags gültig. Säm. zu Pflicht u. Vorstellungen.

Carl Weiss-Theater
Gr. Frankfurterstr. 132.
Müller und Schulte auf der Pariser Weltausstellung.
Anf. 8 Uhr. Morgen: Die Borrell.
Sonnabend, den 20. nachm. 4 Uhr:
Kindervorstellung. „Dänkel u. Gretel.“

Deutsche Konzerthallen
Spandauer Brücke.
Täglich 4 ausländische 4 Kapellen
Gr. Theater-Vorstellung.

Arbeiter-Radfahrer-Verein „Berlin“.
Sonntag 2 Uhr:
Koppenplatz nach Radmannsplatz (Kahn).
Gäste willkommen! 28 Pf.
Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß ich mein Geschäft von **Böttmann-Strasse 17** nach **Sellerstrasse 14** verlegt habe. Weidlich empfiehe ich zu e. freundliche Vereinsmitglieder zur gefälligen Benutzung. 57772*

Sellerstrasse 14
verlegt habe. Weidlich empfiehe ich zu e. freundliche Vereinsmitglieder zur gefälligen Benutzung. 57772*
Paul Anders.
Vereine!
Sonn. 150 Personen fassend, einige Sonnabende sowie Sonntage frei. Regelbahn für Klubb einige Tage zu vergeben. 57172*
Adolf Neumann,
Volksgarten, Brunnenstr. 150.

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel
Karlsstrasse.
Wochentags 7 Uhr. Nur erstklassige. Direktion:
Sonntags 8 Uhr. Spezialitäten. **J. M. Hätt.**
Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: Tanz ohne Nachzahlung.

Kranken-Unterstützungs- und Begräbnis-Verein der Bau- und gewerblichen Hilfsarbeiter Berlins.
Sonntag, den 21. Oktober, vormittags 10 1/2 Uhr, Langestrasse 65:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 3. Quartal 1900. 2. Vereinsangelegenheiten und Beschlüsse. 37/7
3. Neue Mitglieder vom 16. bis zum 45. Jahre werden vom Vorstande K. D. e. d. d. e. in der Versammlung aufgenommen. Die Mitglieder werden ersucht, zahlreich zu erscheinen. Der Vorstand.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 3. Quartal 1900 und Erfüllungsfest. 2. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen zum nächsten Jahr. Referent: Jonny Hinrichsen. 257/13
3. Diskussion. 4. Gewerkschaftliches. Sämtliche Mitglieder werden gebeten, zu dieser wichtigen Versammlung pünktlich zu erscheinen. Der Vorstand. J. H.: Jonny Hinrichsen.

Achtung! Zimmerer. Achtung!
Vertrauensmänner-Centralisation.
Sonntag, den 21. Oktober, morgens 10 Uhr, bei Cohn, Benthstrasse 20 (großer Saal):
General-Versammlung des Vereins der Zimmerer Berlins u. Umgeg.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 3. Quartal 1900 und Erfüllungsfest. 2. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen zum nächsten Jahr. Referent: Jonny Hinrichsen. 257/13
3. Diskussion. 4. Gewerkschaftliches. Sämtliche Mitglieder werden gebeten, zu dieser wichtigen Versammlung pünktlich zu erscheinen. Der Vorstand. J. H.: Jonny Hinrichsen.

Verband der Sattler und verw. Berufsgen.
Branchen-Versammlungen der Berliner Mitglieder:
Filiale I, Geschirr- u. Galanterie-Sattler: Sonnabend, den 20. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im „Englischen Hof“, Neue Köhlerstr. 3. Tages-Ordnung: 1. Berichtserstattung über die Verhandlungen mit der Innung. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Filiale III, Taschen- u. Kofferbranche: Dienstag, den 23. Oktober, abends 9 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Engel-Ufer 15, Seitenflügel 1 Treppe.
Filiale IV, Militäreffekten-Sattler: Sonnabend, den 20. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, in den „Arminhallen“, Kommandantenstr. 20. Tages-Ordnung: 1. Beratung der Statuten zur Vollstreckung. 2. Berichtsangelegenheiten. 3. Verschiedenes. - Die Kollegen werden ersucht, in der Versammlung die Sammelkisten und die Stempel abzuliefern.
Filiale V, Teppich- u. Linoleumleger: Jeden Montag nach dem Monats, abends 8 1/2 Uhr, in den „Arminhallen“, Kommandantenstr. 20.
Filiale VI, Wagen-Sattler: Dienstag, den 23. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, bei Wöhrich, Jüdenstr. 36/37. Tages-Ordnung: 1. Ist organisieren notwendig? Referent: Kollege Sassenbach. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 100/14
Gäste sind in allen Versammlungen willkommen und werden Respektvoll aufgenommen.
Zahlreichen Besuch erwarten
Die Vorstände.

Sonnabend, den 27. Oktober cr., in der Berliner Ressource, Kommandantenstr. 57:
XII. Stiftungs-Fest.
Großes Konzert. Gesangsvorträge der Gesellschaft Strzelewicz sowie des **Gesang-Vereins der Sattler.**
Festrede vom Kollegen Assmann.
Während der Vorstellung im Nebenraum, nach derselben in beiden Sälen **Tanz.**
Eröffnung 7 1/2 Uhr. Anfang 8 Uhr.
Entrée Damen 40 Pf., Herren inkl. Tanz 60 Pf.
Billetts sind in sämtlichen Versammlungen sowie bei den Bekannten Kollegen zu haben.
Um rege Beteiligung ersucht
Das Vergnügungskomitee.

Allgemeine Sterbefälle für Männer und Frauen zu Berlin.
Montag, den 22. Oktober, abends 8 Uhr, im königlichen Kasino, Holzmarktstraße Nr. 72:
- Ausserordentliche -
General-Versammlung
Tages-Ordnung:
Kasseneröffnung seitens der Aufsichtsbekörde wegen Erhöhung der Beiträge (§ 7 Abs. 1). 565b
Die Aufsichtsbekörde verlangt, daß bei diesem Beschluß nach § 21 Abs. 2 des Statuts die Zweidrittelmajorität der anwesenden Mitglieder vorhanden ist. - Das Quittungsbuch resp. letzte Quittung der Sterbefälle legitimiert.
Der Vorstand:
W. Röwer, Vors., Elisenstr. 5.
57702*

Von der Reise zurück
Dr. med. Schaper,
hombopathischer Arzt.
Berlin SW.,
Königgrätzerstr. 27.
57702*

Theater- u. Maskengarderobe
von
Berthold Schroder,
W., Passauerstrasse 3,
empfiehlt sich den werthen Genossen zum Ankaufen von lebenden Bildern, Theaterhäuten für Vereine, Stiftungen, feste etc. 5750*

Herrn
Bekleidung, elegante Ausführung, tabakloser Sitz, werden bei nur geringer Teilzahlung vergeben.
J. Kurzbarg,
NO., Landsbergersir. 18,
55730* part. (fein Laden).

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel
Karlsstrasse.
Wochentags 7 Uhr. Nur erstklassige. Direktion:
Sonntags 8 Uhr. Spezialitäten. **J. M. Hätt.**
Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: Tanz ohne Nachzahlung.

Kranken-Unterstützungs- und Begräbnis-Verein der Bau- und gewerblichen Hilfsarbeiter Berlins.
Sonntag, den 21. Oktober, vormittags 10 1/2 Uhr, Langestrasse 65:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 3. Quartal 1900. 2. Vereinsangelegenheiten und Beschlüsse. 37/7
3. Neue Mitglieder vom 16. bis zum 45. Jahre werden vom Vorstande K. D. e. d. d. e. in der Versammlung aufgenommen. Die Mitglieder werden ersucht, zahlreich zu erscheinen. Der Vorstand.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 3. Quartal 1900 und Erfüllungsfest. 2. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen zum nächsten Jahr. Referent: Jonny Hinrichsen. 257/13
3. Diskussion. 4. Gewerkschaftliches. Sämtliche Mitglieder werden gebeten, zu dieser wichtigen Versammlung pünktlich zu erscheinen. Der Vorstand. J. H.: Jonny Hinrichsen.

Achtung! Zimmerer. Achtung!
Vertrauensmänner-Centralisation.
Sonntag, den 21. Oktober, morgens 10 Uhr, bei Cohn, Benthstrasse 20 (großer Saal):
General-Versammlung des Vereins der Zimmerer Berlins u. Umgeg.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 3. Quartal 1900 und Erfüllungsfest. 2. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen zum nächsten Jahr. Referent: Jonny Hinrichsen. 257/13
3. Diskussion. 4. Gewerkschaftliches. Sämtliche Mitglieder werden gebeten, zu dieser wichtigen Versammlung pünktlich zu erscheinen. Der Vorstand. J. H.: Jonny Hinrichsen.

Verband der Sattler und verw. Berufsgen.
Branchen-Versammlungen der Berliner Mitglieder:
Filiale I, Geschirr- u. Galanterie-Sattler: Sonnabend, den 20. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im „Englischen Hof“, Neue Köhlerstr. 3. Tages-Ordnung: 1. Berichtserstattung über die Verhandlungen mit der Innung. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Filiale III, Taschen- u. Kofferbranche: Dienstag, den 23. Oktober, abends 9 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Engel-Ufer 15, Seitenflügel 1 Treppe.
Filiale IV, Militäreffekten-Sattler: Sonnabend, den 20. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, in den „Arminhallen“, Kommandantenstr. 20. Tages-Ordnung: 1. Beratung der Statuten zur Vollstreckung. 2. Berichtsangelegenheiten. 3. Verschiedenes. - Die Kollegen werden ersucht, in der Versammlung die Sammelkisten und die Stempel abzuliefern.
Filiale V, Teppich- u. Linoleumleger: Jeden Montag nach dem Monats, abends 8 1/2 Uhr, in den „Arminhallen“, Kommandantenstr. 20.
Filiale VI, Wagen-Sattler: Dienstag, den 23. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, bei Wöhrich, Jüdenstr. 36/37. Tages-Ordnung: 1. Ist organisieren notwendig? Referent: Kollege Sassenbach. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 100/14
Gäste sind in allen Versammlungen willkommen und werden Respektvoll aufgenommen.
Zahlreichen Besuch erwarten
Die Vorstände.

Sonnabend, den 27. Oktober cr., in der Berliner Ressource, Kommandantenstr. 57:
XII. Stiftungs-Fest.
Großes Konzert. Gesangsvorträge der Gesellschaft Strzelewicz sowie des **Gesang-Vereins der Sattler.**
Festrede vom Kollegen Assmann.
Während der Vorstellung im Nebenraum, nach derselben in beiden Sälen **Tanz.**
Eröffnung 7 1/2 Uhr. Anfang 8 Uhr.
Entrée Damen 40 Pf., Herren inkl. Tanz 60 Pf.
Billetts sind in sämtlichen Versammlungen sowie bei den Bekannten Kollegen zu haben.
Um rege Beteiligung ersucht
Das Vergnügungskomitee.

III. Wahlkreis.
Sonntag, den 21. Oktober, abends 6 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, 1 Treppe:
Vortrag des Herrn Dir. Paul H über: Feuerbestattung mit Vorführung eines Modells des Verbrennungsofens.
Nach dem Vortrag: Gemütliches Beisammensein.
Entrée inkl. Garderobe 20 Pf. 240/19

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Heute, Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15: 108/18
Sitzung der Orts-Verwaltung.

Achtung! Einseker. Achtung!
Sonntag, den 21. Oktober, vorm. 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:
Grosse Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Die Ueberstundenarbeit in unserm Gewerbe und wie ist dieselbe abzufassen. 2. Diskussion. 3. Beschlüsse und Verhandlungsangelegenheiten. Die Bezirks-Vertrauensmänner der Einseker sowie die Mitglieder der Geschäfts-Kommission haben schon um 9 Uhr pünktlich zu erscheinen. Die Kommission.

Achtung! Parkettbodenleger. Achtung!
Dienstag, den 23. d. M., abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Jahresabrechnung vom Oktober 1899 bis Oktober 1900 und Abrechnung vom Streif. 2. Wahl von drei Werkstätt-Kontrollkommissions-Mitgliedern. 3. Bronzenangelegenheit und Verschiedenes. Es ist Pflicht, daß alle Kollegen erscheinen.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 353.
Sonnabend, den 20. Oktober 1900, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Fischer (früher Borchmann), Waldstr. 8:
Vertrauensmänner-Konferenz für Moabit.
Sonntag, den 21. Oktober 1900, vormittags 10 Uhr, im Lokal des Herrn Wetzels, Drangelstr. 136:
Morgensprache der Schraubendreher.
Sonntag, den 21. Oktober 1900, vormittags 10 Uhr:
Morgensprache der Hobler, Bohrer, Fräser usw.
im Lokal des Herrn Dieke, Ackerstrasse 123.
Montag, den 22. Oktober 1900, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:
Versammlung der Former und Berufsgenossen.
Tages-Ordnung:
1. Die Bedeutung der Unternehmerverbände und die nächste Arbeit. Ref.: Kollege Wiesenthal. 2. Diskussion. 3. Ausgabe der Fragebogen. Montag, den 22. Oktober 1900, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Cohn, Benthstrasse 20/21:
Allgemeine Vertrauensmänner-Konferenz.
118/19
Die Ortsverwaltung.

Central-Verband der Elektromonteuere, Sektion Berlin.
Sonnabend, den 20. d. M., abends 8 1/2 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
in Uhlis Vereinshaus, Linienstr. 96.
Tages-Ordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.
Erscheinen sämtlicher Kollegen ersichtlich. Ausgabe neuer Mitgliedsbücher.
J. H.: Der Vorstand. 278/4

Holz- und Bretterträger Berlins und Umgegend.
Sonntag, den 21. Oktober, vormittags 10 1/2 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
bei Graumann, Nauystrasse 27.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 3. Quartal 1900. 2. Abrechnung des Vergnügungskomitees. 3. Vereinsangelegenheiten und Beschlüsse. Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vorstand. P. Karnal. 64/15

Achtung! Rohrer. Achtung!
Sonntag, 21. Oktbr., vorm. 10. Uhr, im Lokal des Gen. Wille, Andreestrasse 26:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung des Kassierers sowie Vertrauensmanns vom 3. Quartal 1900. 2. Vortrag. 3. Diskussion. 4. Vereinsangelegenheiten. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht
Der Vorstand. J. H.: Otto Warncke. 278/5

Bauhandwerker-Krankenkasse
für Berlin und Umgegend. (Eingeführte Hilfskass Nr. 118.)
Sonntag, den 21. Oktober, vormittags 10 Uhr, im Saale des Herrn Schulz, Grenadierstrasse 33:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom dritten Quartal 1900 sowie Revisionsbericht. 2. Stellungnahme zu der denotierenden Krankenkassengesetz-Novelle. 3. Innere Kassangelegenheiten. 5. Verschiedenes. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Mitgliedbuch legitimiert. Der Vorstand. 38/11

Verband des technischen Bühnenpersonals
Sonnabend, den 20. Oktober, abends 11 1/2 Uhr.
Neue Köhlerstrasse 3:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung: 1. Kassenericht. 2. Vorstandbericht. 3. Neuwahl des gesamten Vorstandes. 4. Berichtsangelegenheiten. 5. Verschiedenes. Mitgliedbuch legitimiert. Der Vorstand. 5670
Um zahlreiches Erscheinen bittet

Möbel und Polsterwaren. Großes Lager. Geringe Preise, empfiehlt **A. Schulz,** Reichbergerstr. 5. Auch Teilzahlung! *

des Ausspruchs der Berliner Militär...

- 1. Gewerbediriger von Schulz als...

ein Vergleich nachstehenden Wortlaut...

- a) für neue Tornister Nr. 95...

3. Die Arbeitszeit wird erst. Pausen...

8. Die Arbeitgeber werden keinen...

10. Die Parteien verpflichten sich...

Niederhönoweide, Grünauer...

Meissener Geld-Lotterie 13160 Geldgewinne und 1 Prämie im Betrage von 375 000 Mark.

Allen Vereinen sei für den Verkauf angelegentlich empfohlen das reich illustrierte populär-wissenschaftliche Blatt „Natur und Haus“.

Unsinn ist Viel Geld

Margarine! Wahnschaffe & Co. Marke: Meierei, das Beste, was existiert.

Vorsicht, Mütter! Zum Schrecken der Eltern erkrankten sehr viele Kinder...

Berliner Genossenschafts-Bäckerei (G. G. m. b. H.)

Berfolgt wird der Bienen von mir, beste Waren auch im einzelnen zu verkaufen...

Wer-Stoff-hat fertige ich Winterpaletot 20 Wtl., warmes, weiches Futter...

Eheuhren, Goldwaren taufen, beachten Sie bitte unsere ermäßigten, billigen Preise...

Volkstüml. Vortragsreihen der Volkshochschule Humboldt-Akademie...

Im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, 278/9

Die weltbekannte Bettfedern-Fabrik

Charlottenburg, M. Scherberg

Billiger Kartoffel-Verkauf

Wer schwach und krank ist trinke Bayerisch Malzextract...

Dental Plastine

Achtung! Rixdorf! In der Tischlerei von Projahn...

Achtung! Stuccateure! Folgende Firmen haben die Fertigung...

Achtung! Drechsler! Geberst sind folgende Firmen: Drechsler, Hannel u. Bögel...

Achtung, Buchbinder! In der Luxuspapierfabrik von Sala...

Kleine Anzeigen

Jedes 5 Pfennig. Wort: 5 Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Verkäufe. Elegante vorjährige Herrenhosen, feine Stoffe 9-12 Mark...

Vermischte Anzeigen. Die Beleidigung gegen den Schlosser Paul Schiller...

Vermietungen. Zimmer. Möbliertes freundliches Bordierzimmer...

Arbeitsmarkt. Stellengesuche. Blinder Stuhlrechter bittet um Arbeit...

Stellenangebote. Redegewandte junge Dame können täglich 10 Mark verdienen...

Arbeitsmarkt. Stellengesuche. Blinder Stuhlrechter bittet um Arbeit...

Arbeitsmarkt. Stellengesuche. Blinder Stuhlrechter bittet um Arbeit...

Verkäufe. Elegante vorjährige Herrenhosen, feine Stoffe 9-12 Mark...

Vermischte Anzeigen. Die Beleidigung gegen den Schlosser Paul Schiller...

Vermietungen. Zimmer. Möbliertes freundliches Bordierzimmer...

Arbeitsmarkt. Stellengesuche. Blinder Stuhlrechter bittet um Arbeit...

Stellenangebote. Redegewandte junge Dame können täglich 10 Mark verdienen...

Arbeitsmarkt. Stellengesuche. Blinder Stuhlrechter bittet um Arbeit...

Arbeitsmarkt. Stellengesuche. Blinder Stuhlrechter bittet um Arbeit...

Tokales.

Die Stadtverordneten-Versammlung

hat gestern die Straßenbahn-Vorlage glatt angenommen. Die Debatte verlief ziemlich friedlich; es bedurfte keiner großen Redebeiträge mehr, um die längst gefällte Angelegenheit zum endlichen Abschluß zu bringen. Gegen die Vorlage sprach nur noch Stadtv. Kallmann namens der „Fraktion Spinola“. Er brachte aber die alten Scheingründe gegen den Bau und Betrieb von Straßenbahnen durch die Stadtgemeinde, die schon hundertmal vorgebracht und hundertmal abgelehnt sind, noch einmal vor. Der Versuch, die Sache durch einen Antrag auf Ausschüßberatung zu verschleppen, wurde vereitelt. Aus den Ausführungen aller anderen Redner hang als Grundton heraus, daß die Annahme dieser für die Stadtgemeinden so bedeutungsvollen Vorlagen nicht noch länger durch eine Ausschüßberatung verzögert werden dürfe, um der Straßenbahngesellschaft nicht die erwünschte Gelegenheit zu geben, ihre Position gegenüber der Stadtgemeinde inzwischen noch weiter zu stärken. Die Rolle, die die Regierung in dem Kampfe der Straßenbahngesellschaft gegen die Stadt in den letzten Monaten gespielt hat, wurde von unserem Genossen Singer eingehend beleuchtet. Singer ging in seiner mit mancher Spötterelei gewürzten Rede auch scharf ins Gericht mit dem Magistrat, der sich erst durch sehr bittere Erfahrungen zu dem Standpunkt hat bekehren lassen, den die sozialdemokratische Fraktion der Stadtverordneten-Versammlung von jeher eingenommen hat. Uebrigens ist der Magistrat auch heute noch nicht zu der Einsicht gelangt, daß grundsätzlich die Straßen der Stadt nicht privaten Gesellschaften zur Ausbeutung zu überlassen sind; er läßt sich bei seiner Vorlage zunächst nur von Zweckmäßigkeitsgründen leiten, die sich für ihn aus der augenblicklichen Notlage ergeben, in der sich die Stadt der Straßenbahngesellschaft gegenüber befindet.

Gegen Schluß der Sitzung führte die Vorlage über die Ausstattung der Schützengärten des Schloßplatzes mit Gartenanlagen noch zu einem amüsanten Intermezzo. Genosse Voremann fragte bei dieser Gelegenheit an, wie es denn damit stehe, daß — Zeitungsnachrichten zufolge — die Schloßverwaltung entgegen den Wünschen der städtischen Behörden nicht einen Rasenstreifen, sondern eine Art Terrasse vor dem Schloß anlegen wolle. Die Herren Oberbürgermeister Kirschner und Stadtbaurat Krause erwiderten, es handle sich nur um eine „keine Erhöhung“, die durch eine Volustrade abgeschlossen werden solle. Es war erheiternd, zu sehen, mit welchem Eifer sie für diese „keine Erhöhung“ kämpften.

„Viel Kinder — viel Segen!“

sagt ein altes Sprichwort, das, wenn wir nicht irren, aus der Bibel stammt; aber wenn der arme Jemals hat erfahren müssen, daß eine große Kinderzahl für ihn keinen Segen, sondern Unsegel bedeutet, dann ist es in diesen Tagen der Wohnungsnot. Wir sagen ausdrücklich: der Arme! Denn der Wohlhabende ist nur selten oder nie der Gefahr ausgesetzt, daß ein Hausbesitzer ihn beim Wohnungsuchen abweist, weil er viele Kinder mitbringen würde. Es sind fast nur die Kinder der Unbemittelten, vor denen sich unsere Hauswirte bekümmern, wenn sie sie mit aufnehmen sollen, nur dem Armen wird auf der Wohnungsuche die Thür vor der Nase zugeschlagen, wenn er dem erzmühten Hauspächter gestehen muß, daß jener „Segen“, von dem das Sprichwort redet, bei ihm zu reichlich ausgefallen ist.

In den letzten Wochen ist diese alte Erfahrung leider von neuem bestätigt worden. Immer deutlicher tritt es hervor, daß unter der Schaar der obdachlosen Familien, die zu Anfang Oktober das städtische Obdach aufsuchen mußten, sich eine große Zahl solcher befindet, die durchaus in der Lage wären, eine kleine Wohnung mäßigen Preises zu bezahlen, die aber aus dem Grunde keine Wohnung finden konnten, weil sie zu viele Kinder hatten. Die Wirte haben in dieser Beziehung gar kein Blatt vor den Mund genommen. Sie haben es den Leuten offen gesagt: „Ihr bringt uns zu viel Kinder mit, Euch können wir nicht brauchen!“

Die Glücklichen, denen solche Abweisungen erspart bleiben, weil sie in der Lage sind, als „herrschastliche“ Mieter aufzutreten, werden uns erwidern: „Nun ja, die Kinder der Armen sind eben zu ungezogen. Wer will es da den Wirten verdenken, wenn sie arme Leute mit vielen Kindern nicht gern aufnehmen!“ — Ach nein, die „Ungezogenheit“ ist wohl nicht der wahre Grund. Wer Kinder kennt und auf ihr Treiben achtet, der wird wissen, daß zwischen den Kindern der Armen und denen der Reichen im Punkte der „Ungezogenheit“ überhaupt kein wesentlicher Unterschied besteht. „Ungezogen“ sind auch die Kinder der Reichen. Auch sie werden von kinderfeindlichen Mißbewohnern des Hauses oft als eine rechte Plage empfunden, auch sie werden vom Wirt so manches Mal zum Teufel gewünscht. Aber unsere Hausagrarier überlegen es sich hier denn doch etwas genauer, ehe sie einem mit Kindern besetzten Mieter kündigen. Wenn ihnen mal eine kleine Wohnung mit einer Jahresmiete von 200—300 M. unvernietet bleibt — was thut's! Der Verlust läßt sich ertragen. Aber bei einer Wohnung, die 1000—2000 M. einbringt, riskiert kein Wirt gern, daß er sie auf dem Halbe behält.

Die vielen armen Familien, die in den letzten Monaten und Wochen von den Berliner Hauswirten unter Hinweis auf ihren „Kindersegen“ abgewiesen und ins Obdach getrieben worden sind, verdanken diese Abweisungen — bei Sichte besehen — ebenso nur ihrer Armut, wie die vielen andren, die sich vor den unverkündigten Mietstärkungen ins Obdach flüchten mußten. Ranzem waderen Familienvater, der sich bisher noch mit einem gewissen Stolz gefeigt hatte, daß er die vielen hungrigen Mäuler immer noch so leidlich satt machen konnte, mag erst da der Fluß, der auf der Armut lastet, so recht zum Bewußtsein gekommen sein. Selbst Kinder sind für den Armen ein Luxus.

Die Grundlage aller staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung soll ja wohl die Familie sein. Auch von der kapitalistischen Gesellschaftsordnung behaupten manche Leute, daß sie auf dieser Grundlage ruhe. Wie die kapitalistische Gesellschaftsordnung die Familie zerstört, das sieht man wieder einmal an den vielen kinderreichen, aber sonst armen Familien, die in den letzten Wochen ins Obdach zu gehen gezwungen worden sind, weil bei uns das Wohnungswesen einer Hand voll Kapitalisten zur Ausbeutung überlassen ist.

Strampel-Poesie.

Es kommt eben alles auf Bewohnung an. Als vor fünf Jahren das Fahrrad seinen Platz an der Sonne beanspruchte, schalt fast alles, was noch nicht strampeln konnte, auf den frechen ungezogenen Eindringling. Im Gramwald wie im Blätterwald hallte es von Klagen über Radfahrer - Mißbräutig. Die Klagen waren in vielen Fällen nicht unberechtigt; aber das Fahrrad schritt auf seiner Siegesbahn vorwärts, und als nun gar die Elektrische kam und zell die Menschen massakrierte, so das Fahrrad sich in seiner Weisheit bestenfalls mit einem Arm-

bruch begnügt hatte, da war die Bahn völlig frei; das Publikum hatte eine Ablenkung für seinen Joch. In Radlerkreisen war man aber derweil nicht müßig. Man schöpfte Mut zu immer neuen erfrischenden, ermutigenden Taten. Ein hervorragender Radler — Wolfgang Kirchbach ist sein Name — kalkuliert: hat das Publikum das Fahrrad ertragen, wird es auch die Fahrrad-Poesie ertragen lernen, und so legte er los und schrieb, wie es scheint, auf dem Spandauer Strassenpflaster, seine „Lieder vom Zweirad“. Man wird uns schelten, aber es hilft nicht. Es ist unsere journalistische Pflicht, im Verkehrsinteresse des Publikums darauf hinzuweisen, daß es, wie schon dem gewöhnlichen Radler, so auch und noch weit vorzüglicher dem radelnden Dichter rechtzeitig aus dem Wege zu gehen hat.

Schon das erste Stück Poesie, ein Radler-Rundgesang, läßt sich gut an:

*O Maienzeit, o Seligkeit
Auf leichten Gummifäden...*

Die unteren Partien, namentlich des weiblichen Körpers, haben es unserm Dichter überhaupt angethan.

*Ihre Hüfte, ihre Wädchen
Säher verschling ich, froh ins Rad!*

heißt es in dem Gedicht „Die Schrittmacherin“: „Inniger und sinniger noch singt Herr Kirchbach im „Radlerpärchen“:

*Wir lagen am Rheine
Im grünen Gras
Beschaun die Beine —
Wie nett war das!*

„Aber die Liede hat bunte Flügel“ singt schon Carmen. Auch unser Radler flattert leichtfertig zwischen seiner Dulcinea und seinem — Made hin und her, das er folgendermaßen ansingt:

Wenn ich aber gar Dich sie

*Mich' ich, ohne sonst zu schmeicheln
Dich beinahe zärtlich streicheln.*

In einem „Trinnsied auf der Reife“ wird der Radlertrunk, die tuberkelbazillensfreie Milch besungen:

*Du köstlich Rah, Du Gütertrunk,
Du köstlich höchster Trübe!*

Wir denken, daß diese Proben genügen, um den neuesten Strahenschweden, den dichtenden Radler, zu signalisieren. Möge er von Fußgängern wie auch von seinen radelnden Gefährten und Gefährtinnen vorkommendenfalls milde behandelt werden.

Ein gedächtnischwacher Stadtverordneter-Kandidat ist im Wesen der Stadt ausgetaucht, also im 4. Bezirk der zweiten Wählerabteilung eine Nachwahl stattzufinden hat. Vor acht Tagen war der Schul- und Bezirksversteher Vogler, den man zu dem Ehrenamt vorgeschlagen hatte, in einer Wählerversammlung gefragt worden, ob er auch gut liberal sei. Mit Emphase hat der Herr die Frage bejaht. Darauf war ihm die Frage gestellt worden, ob er mit am 14. November 1898 dem antisemitischen konservativen Kandidaten Spag seine Stimmen gegeben habe. Herr Vogler zeigte sich über diese Anschuldigung außerordentlich entrüstet und erklärte dies für eine Verleumdung. Zur Aufklärung der Sache wurde die Versammlung vertagt.

Mittwoch erlaute nun Herr Rechtsanwalt Raschelsohn den Wählern den Bericht der eingesehten Kommission. Es hätte sich herausgestellt, daß Herr Vogler trotz seiner Beteuerung die Unwahrheit gesagt und für den Antisemiten Spag gegen die Liberalen Lucä und Dr. Paul gestimmt habe. Unter solchen Umständen könne natürlich von der Aufrechterhaltung der Kandidatur Vogler keine Rede sein. Der Vorsitzende, Herr Rommelen, teilte mit, daß auch das vorbereitende Wahlkomitee die Kandidatur Vogler zurückgezogen habe. Herr Vogler selbst habe ihm erklärt, er wisse nicht, wie er zu jener Behauptung gekommen sei. Er müsse dies in einem Anfall von Gedächtnischwäche gethan haben, umfomehr, als er durch den Verlust eines ihm nahestehenden Familienmitglieds außerordentlich aufgeregt gewesen sei.

Zur Aufstellung einer Kandidatur kam es nicht in der Versammlung, da jeder der drei Repräsentanten, die vorgeschlagen waren, die gleiche Zahl von 30 Stimmen auf sich vereinigt.

Uns dünkt, daß man Herrn Vogeler die keine Gedächtnischwäche nicht hoch anrechnen sollte. Ist er doch keineswegs der einzige liberale Bürger, der für einen Antisemiten gestimmt hat.

Der den Ausnahmebestimmungen für den Reumehr-Ladenschluß hat sich gestern Abend unter Vorsitz des Stadtrats Fiedel die städtische Gewerbe-Deputation beschäftigt. Es handelt sich um die Festlegung der Tage, an denen das Offenhalten der Verkaufsstellen bis 10 Uhr abends gestattet werden kann. Die Bestimmungen hierüber sind der Ortspolizeibehörde vorbehalten, für Berlin also dem königlichen Polizeipräsidium. Demzufolge hatte Herr v. Windheim, wie bereits mitgeteilt, den Magistrat um Vorschläge für das zur Regelung der Frage auszuarbeitende Ortsstatut ersucht. Der Beratung solcher Vorschläge galt nun die gestrige Sitzung der vom Magistrat hiermit betrauten Gewerbe-Deputation. Die Deputation einigte sich dahin, für den späteren Ladenschluß u. a. folgende Termine zu empfehlen; vier Sonnabende des März, den Tag vor Charfreitag, die zwei Tage vor Ostern, den Tag vor Himmelfahrt, die fünf Tage vor Pfingsten, drei Sonnabende im Oktober, den Sonnabend vor dem Totensonntag, zwölf Wochentage und außerdem fünf Sonnabende vor Weihnachten, den Tag vor Schloßfest und Schloßfest selbst.

Der sozialdemokratische Antrag zur Wohnungsfrage wird in der katholischen „Märk. Volks-Ztg.“ wie folgt glossiert:

Der Antrag an sich ist gut und außerordentlich notwendig, aber — bedauern muß man es, daß er gerade und nur von sozialdemokratischer Seite gestellt ist, daß keine der andren Parteien im „Koten Hause“ sich zu einem solchen notwendigen Schritt emporschwingen mochte; auch nicht die sonst für die Vertretung des Mittelstands schwärmenden konservativen Stadtverordneten, deren Zahl allerdings gering ist. Daß von freisinniger Seite ein solcher Antrag nicht gestellt wurde, darüber braucht man sich schon gar nicht zu wundern, — diese Herren haben ja an was andres zu denken. Wir werden ja sehen, was bei der Sache herauskommt!

Auch im Reichstag, wo das Centrum alle Trümpe in Händen hat, geschieht vielfach das „bedauerliche“ Ereignis, daß die sozialdemokratische Partei mit „guten und außerordentlich notwendigen Anträgen“ kommt. Dann aber ist es Aufgabe der Centrumspresse, solche Anträge nach Kräften zu verunglimpfen oder deren Undurchführbarkeit unter irgend einem Vorwand nachzuweisen.

Der Geschäftsverkehr beim königlichen Zeugamt, jener letzten Zufluchtsstätte geldbedürftiger Proletarier, gestaltete sich, nach dem neuesten statistischen Jahrbuch der Stadt Berlin, im Geschäftsjahr 1897/98 folgendermaßen: Es wurden 183 247 Pfandgeschäfte gemacht und dafür 4 373 084 M. ausgeliehen, durchschnittlich pro Pfand 23,86 M. Wieder eingegangen sind für 184 043 Pfänder durch Einlösung, Erneuerung und Aufrück 4 886 544 M., pro Pfand 26,53 M. Am Schluß des Geschäftsjahrs war ein Bestand von 123 748 Pfändern vorhanden. Das ausstehende Pfandkapital betrug 2 853 821 M., pro Pfand 23,06 M. Nach Abzug der Verwaltungskosten und von 4 Proz. Zinsen für das demühten Kapital ist ein Reingewinn von 3022 M. erzielt worden (gegen 6882 M. im Vorjahre).

Nach einer am 22. Januar 1898 erfolgten Aufnahme des gesamten Pfänderbestands bestanden 0,05 Proz. der Pfänder aus Papieren und Effekten, 4,46 Proz. aus Schmuckstücken und Juwelen, 49,03 Proz. aus Gold- und Silberfachen, 16,40 Proz. aus Uhren und 30,08 Proz. aus Kleidungsstücken zu und umgeben Metallen. Von je 100, die Hilfe des Pfandamts in Anspruch nehmenden Personen waren 53,59 Handwerker und Gewerbetreibende, 28,49 Witwen und unverheiratete weibliche Personen und 17,92 Beamte, Studierende, Künstler etc. — Die Lombardierung von Waren durch Fabrikanten, Händler und Handwerker erfolgte in 1293 Fällen mit 103 847 M.

Die Mafern haben unter den in städtischen Familien obdach untergebrachten Kleinen weitere Fortschritte gemacht. Gestern mußten abermals acht von der Krankheit ergriffene Kinder fortgeschafft werden. Sie wurden ebenfalls nach dem städtischen Krankenhaus in Moabit, in das man die vorgestern erkrankten Kleinen abgeliefert hatte, geschafft. Ein neuer Fall von Diphtherie hat sich dagegen glücklicherweise nicht ereignet. — Aus dem Krankenhaus wird uns mitgeteilt: Die Koltz, daß die im Obdach befindlichen Kinder in dem Waisenhaus untergebracht werden sollen, ist dahin zu ergänzen, daß es sich nur um diejenigen Kinder handelt, welche vorübergehend elternlos geworden sind und der Aufsicht entbehren.

Jene Patrioten, die mit dem Munde die Socialdemokratie ausrotten wollen bis auf den letzten Stumpf, gebahren sich in Wirklichkeit oft so ängstlich, daß sie vor einem Zeitungsblatt davonlaufen. So schreibt uns ein Leser: In einem Restaurant in der Friedrichstraße in der Nähe des Volkshaus-Platzes saßen zwei Herren in eifriger Unterhaltung am Tisch, als zwei andre Gäste, schneidige Herren mit senkrecht stehendem Es-ist-erreicht-Schnurrbart am selben Tisch Platz nahmen. Die Antönnlinge, deren ganzes Gebahren die ehemaligen Militärs verriet, bestellten sich Speise und Trank. „Heda, Herr Ober, bringen Sie das Blatt da mal weg.“ Der Herr zeigte mit der noch behandschützten Hand auf den „Vorwärts“, der auf einem Tisch neben ihm lag, wo ihn wahrscheinlich ein Gast hatte liegen lassen. Der Kellner sagte nichts, nahm den Zeitungshalter mit dem „Vorwärts“ und hing ihn neben die andren Blätter an die Wand. Die beiden Herren, die Zeugen dieses Vorgangs gewesen waren, lächelten einander zu. Nach einem Weilsen stand einer der letzteren auf und holte sich den „Vorwärts“ wieder herbei. Er hatte wohl etwas in den Inseraten-spalten der letzten Seite zu suchen, denn das Titelblatt mit den großen Worten „Centralorgan der socialdemokratischen Partei“ startete fortgesetzt die beiden distinguierten Herren an und machte sie ansehend nervös. „Heda, Herr Ober — ahnen!“ rief da mit einem Male der eine. „Sehr wohl“, war die Antwort. „aber das Gulash kommt ja gleich.“ „Ganz egal“, hieß es. „Zwei Gulash 1,20, zwei Bier 50, macht 1,70.“ Und ohne dem Kellner ein Trinkgeld zu geben, folgerten die beiden Empörten hinaus. Der „Vorwärts“ hatte ihnen den Appetit verdorben.

Das Polizeipräsidium teilt mit, daß das Ministerium die Regierungskassieren Graf zu Rantzau zu Potsdam, Beyerstr. 8 wohnhaft, und Dr. Dyckerhoff zu Charlottenburg, Grolmanstr. 12 wohnhaft, zu stellvertretenden Vorsitzenden der Schiedsgerichte der Arbeiterversicherung in Berlin ernannt hat.

Zur Verhütung von Gasexplosionen machen die städtischen Gaswerke diejenigen Maßnahmen bekannt, die beim Wahrnehmen von Gasgeruch zu treffen sind. Im Hinblick auf die folgenschwere Gasexplosion in der Landwirtschaftlichen Hochschule wird darauf hingewiesen, daß viele Explosionen und sonstige Unglücksfälle, welche das Ausströmen von Leuchtgas in geschlossene Räume im Gefolge gehabt hat, weit weniger auf Unkenntnis der Eigenschaften des Leuchtgases, als auf Fahrlässigkeit, Unachtsamkeit und Unvorsichtigkeit zurückzuführen werden müssen. In den Büreaus der Gaswerke werden oft Gasausströmungen mit dem Bemerkten gemeldet, daß der Gasgeruch sich schon seit längerer Zeit, ja mitunter seit Monaten bemerkbar gemacht habe. Daß in derartigen Fällen Explosionen nicht eingetreten sind, ist oft nur glücklichen Zufällen zu verdanken. Explosionen werden sich fast immer abwenden lassen, wenn die folgenden Maßnahmen beachtet werden: 1. Bei der Wahrnehmung von Gasgeruch ist für die Entfernung jeglichen Feuers, nicht nur aus dem Raume, in welchem der Gasgeruch sich zuerst bemerkbar gemacht hat, sondern aus allen Lokaliäten, die mit dem betreffenden Raume durch Thüren oder Fenster, Luftschächte usw. in Verbindung stehen, zu sorgen. Das Ansuchen der fehlerhaften Stelle in der Gasleitung durch Ableuchten ist unter allen Umständen zu unterlassen. 2. Nach der Entfernung jeglichen Feuers aus den betreffenden Räumen sind diese durch Öffnen der Thüren und Fenster in ausreichender Weise zu durchlüften. 3. Die Zuführung von Gas ist durch Schließen der Hauptabzweige abzuipern. 4. Die zuständige Inspektion der Gaswerke (deren Adresse und Telefonnummer jedem Gasmesser-Standzettel und jeder Gasrechnung zu entnehmen sind), ist sofort nach Wahrnehmung des Gasgeruchs zu benachrichtigen. — Die Verwaltung bemerkt schließlich, daß das Leuchtgas, da es leichter ist wie die atmosphärische Luft, das Bestreben hat, sich an der Decke des betreffenden Raums zuerst anzusammeln.

Durch Spielen mit Streichhölzern ist dieser Tage der hiesige jährige Knabe Otto Seidel aus der Straßburgerstr. 35 zu Weihenau und Leben gekommen. In Abwesenheit der Eltern ging der Knabe mit einer Schachtel Streichhölzer ins Freie und zündete an einem Baum ein Stöckchen nach dem andern an. Dabei fing er seine Kleider Feuer. Bevor man ihm Hilfe bringen konnte, war der Kleine am ganzen Körper schon so schwer verbrannt, daß er nicht mehr zu retten war. Im Krankenhaus am Friedrichshain erlag er seinen gräßlichen Verletzungen.

Die Anherbetriebung der elektrischen Omnibuswagen, die wegen einer notwendig gewordenen Verstärkung der Ladestationen vorgenommen werden mußte, hat nur zwei Tage gedauert. Seit gestern verkehren diese Wagen wieder zwischen dem Anhalter und Seltziner Bahnhof.

Kampf gegen Wäscher. Der Oberpräsident der Provinz Brandenburg hat die Eingabe der Berliner Gastwirte-Zunung betreffend Beschränkung der Wassen-Konzeffionen abschlägig beschieden. Die Gastwirte-Zunung war gleich andren gewerblichen Vereinen bei der Beschränkung vorstellig geworden, um eine Aenderung in der Erteilung von Wassen-Konzeffionen an Gesellschaften wie Wäscher, Bierglode etc. herbeizuführen. Der Oberpräsident sagt in seinem Bescheide, daß er einer Beschränkung nach dieser Richtung nicht zustimmen könne, da hierzu eine Aenderung der Gewerbe-Ordnung notwendig sei. Wie es heißt, will die Gastwirte-Zunung nunmehr beim Minister vorstellig werden.

Der aus Berlin flüchtig gewordene Gelddiebstahl Hugo Schwarz ist jetzt in London verhaftet worden, nachdem er etwa drei Monate unentdeckt geblieben war. Er hatte sich den Namen „Franz Westermann“ beigelegt. Beim Verhör vor dem Londoner Polizeirichter gab er an, daß ihm bei dem Diebstahl ein gewisser Hugo Wender geholfen habe, der dafür 4000 M. erhielt und ihn nach London begleitete.

Der kriegsling Berliner Verkehr, dem bekannten roten Westfälischen Familienmitglied Berliner Verkehrsmittel erschien plötzlich die Winterausgabe (30 M.). Ebenfalls ist der neue Taschenplan von Berlin im gleichen Verlage neu erschienen.

Eine große Heberverwunnung gab es gestern Mittag am Prenzlauer Thor. Vor dem Hause Lothringersstraße 112 platzte 20 Minuten nach 11 Uhr zwischen den Schienen der Straßenbahn ein großer Wasserrohr. Aus einem marmeladenartigen Loch flog bald ein ebenso dicker meterhoher Wasserstrahl hervor, der die

Plastersteine mit sich fort und den Sand des Straßendamms herauspülte. Das Loch wurde immer breiter, die Wassermaße immer größer. Diese ergoß sich nach beiden Seiten, die Vordränger und hauptsächlich die Grenzläuferstraße hinunter. Der Damm der Grenzläuferstraße stand schließlich bis an die Hirtenstrasse hinab unter Wasser. In dem Hause Grenzläuferstraße 8, das am tiefsten liegt, wurden alle Geschäftstische überschwemmt. Die bedrängten Leute riefen die Feuerwehr zu Hilfe, die zwar auch anrückte, aber wieder umkehrte, da Menschenleben nicht in Gefahr waren. Ein Glück war es, daß die Einfallöffnungen der Kanalisation gut funktionierten. So nahmen die großen Abflussschächte einen großen Teil des austretenden Wassers auf und führten es unschädlich ab. Die Ingenieure der Wasserwerke sperren die Leitung am Rosensthaler und am Landsberger Thor ab. Daher trat um 12 1/2 Uhr ein wesentliches Nachlassen des Ausstromens aus dem zwischen den beiden Sperrstellen gelegenen Bruch ein. Ganz hörte der Ausfluß aber erst um 1 1/4 Uhr auf. Die Wirkung war nun, nach Abfluß des Wassers, erst zu übersehen. Das Loch hatte sich auf eineinhalb Meter im Durchmesser erweitert und wurde durch Rasenstücke schließlich drei Meter weit. Der Straßendamms war nach allen Richtungen ausgehöhlt. Der ausgepülte Sand bedeckte weiterhin den Damm bis zur Höhe der Vordränger. Nachdem der Straßendamms durch wegen Unterspaltung der Geleise, besonders an der Bruchstelle in Diegung nach der Höhe zu, schon längst gerührt hatte, sperrte die Polizei die drohende Gefahr wegen der Vordrängerstraße zu beiden Seiten des Bruchs um 1 1/4 Uhr für jeden Verkehr, auch für Fußgänger.

Lehrlingsbehandlung. Und wird geschrieben: Die Klagen des Handwerkerstands über Mangel an Lehrlingen zu den einzelnen Berufen haben wohl teilweise ihren Grund darin, daß es viele Meister absolut nicht verstehen, den heutigen berechtigten Anforderungen von Bildungsbestrebungen, z. B. Besuch der Fortbildungsschulen seitens der jungen Leute, sowie auch den zum Schutze vor Ausbeutung der Arbeitskraft der Lehrlinge und Angestellten geschaffenen Reichsgesetzen über Sonntagsruhe in ihren eigenen Betrieben gerecht zu werden, wie folgender Fall recht drastisch beweist, der sich am vergangenen Montag zugetragen hat. In einer Pianofortfabrik des Südostens ist eine ganze Anzahl Lehrlinge beschäftigt, denen der Name Fortbildungsschule ein ganz fremder Begriff ist. Der Inhaber dieses Betriebs hat nun einige Lehrlinge (welche sich noch im ersten Jahre der Lehre befinden und wiederholt Sonntags arbeiten mußten), weil sie auf Verbot der Eltern nicht zur Sonntagsarbeit bis mittags 1 Uhr gehen durften, am Montag früh beim Erscheinen zur Arbeit mit Ohrfeigen traktiert, ohne die Entschuldigungen der jungen Leute anzuhören. Von den Eltern ist gegen den empfehlenswerten Herrn Strafantrag gestellt. Kann man es da der Jugend verdenken, wenn sie die Beschäftigung in maschinellen Großbetrieben vorzieht, wo wenigstens die Behörden ein wachsames Auge auf strenge Durchführung der zum Schutze der Jugend geschaffenen Gesetze haben?

Zu einem Selbstmord im Amtszimmer eines Rektors wird berichtet: Der Selbstmörder ist der 53 Jahre alte Schuldner Wilhelm Jöbed. Dieser war seit 25 Jahren im Dienst, 19 Jahre in der Bankstraße, 4 Jahre in Moabit und seit 2 Jahren an der 150. und 165. Gemeindefabrik am Tempelhofer Ufer 20. Hier stand er schon seit anderthalb Jahren mit dem Rektor Krüger von der 150. Gemeindefabrik auf gespanntem Fuß. Am Sonntagvormittag wieder zur Rede gestellt, gab Jöbed dem Rektor eine unpassende Antwort, wurde deshalb der Schuldeputation angeklagt und sollte sich vor dieser verantworten. Seiner Frau und seinem Schwiegersohn erklärte er darauf hin, daß er den Rektor und sich selbst erschießen werde, wenn er seine Stellung verlieren sollte. Nachdem er die Vorladung erhalten hatte, ging er am Montagabend mit dem geladenen Revolver in das Amtszimmer des Rektors, der zu seinem Glück nicht anwesend war. Jöbed schoß sich nun eine Kugel in die Brust und starb auf der Stelle.

Aus dem Untersuchungsgefängnis entlassen worden ist die 16 Jahre alte Wanda aus der Stallweidenstraße, die in der vergangenen Woche mit dem ungetreuen Hausverwalter Oscar Gräber aus der Mauerstraße flüchtig geworden war und mit ihm von Jagna am Montag zwangsweise hierher zurückgebracht wurde. Das Mädchen wurde aus dem Untersuchungsgefängnis, in dem Gräber verbleiben mußte, seinen Eltern wieder zugeführt.

Lona Harrison läßt mal wieder von sich hören. Sie hat den Hotelier Feilmeier in Nürnberg auf Zahlung von 4500 M. rückständigige Wage verklagt. Die Klage wurde gestern vor der Abteilung für Pöbelgeschichten des Landgerichts in Nürnberg verhandelt, verfiel jedoch schließlich der Verurteilung. Wie weiter mitgeteilt wird, hat der bellagte Hotelier die volle Auszahlung der Wage verweigert, weil ihm die Leistungen der Lona Harrison nicht gefielen. Das kann freilich nicht wundernehmen.

Eine heftige Gasexplosion, bei welcher eine Person schwer verletzt wurde, erfolgte Mittwochabend 11 Uhr in der Prinzen-Allee 87. Hier hat der Grüntrambändler Ferdinand Paschen einen Verkaufsladen im Keller, an den sich die Wohn- und Schlafräume anschließen. In den letzten Tagen waren diese Räume mit Gasleitungsdröhren versehen und ein Angestellter der Gaswerke besorgte vorgestern gegen Abend die Aufstellung des Gasometers sowie die Anbringung zweier Lampen. Leichtsinngemäße drehte er vor seinem Weggange den Gasometer auf, ohne aber das im Schlafzimmer befindliche Zuleitungsrohr, für welches die Lampe noch fehlte, zu schließen. Nach und nach machte sich im ganzen Hause ein intensiver Gasgeruch bemerkbar, und der bei Paschen zum Besuch anwesende Scharsenborn, der Bräutigam der Tochter, suchte das Gasrohr mit einem Hock zu schließen, der aber durch den starken Gasdruck immer wieder herausgetrieben wurde. Der hinzugelommene Hauswirt besorgte zwar schnell eine eiserne Säure, mittels deren das Rohr verschlossen wurde, doch veranlaßte er unbegreiflicherweise den auf einer Leiter stehenden jungen Sch., das Rohr mit einem Streichhölzchen abzuleuchten. Dies geschah auch, doch im selben Augenblick erfolgte eine starke Detonation, und Sch. wurde samt der Leiter in die anliegende Stube geschleudert. Gesicht und Hände waren ihm außerdem schwer verbrannt, so daß er nach Anlegung eines Rotverbandes durch die Samariter der Feuerwehr sich in ärztliche Pflege begeben mußte.

Der Leiter der deutschen Südpolar-Expedition, Professor v. Dybowski, hielt gestern in der Urania über das in Vorbereitung begriffene Werk einen interessanten Vortrag. Die Expedition wird bekanntlich mit Reichsmitteln ausgerüstet; sie soll weniger den Zweck haben, auf alle Fälle gegen den Pol vorzudringen, als im südlichen Polarmeer Messungen und wissenschaftliche Forschungen vorzunehmen. Mitte nächsten Jahres verläßt das von Kapitän Hans Aufer geführte Schiff, ein Dreimastschoner, mit einer Maschine von 275 Pferdekraft, die Heimat, um im August von Kapstadt aus im Ocean mit Lotungen und biologischen Untersuchungen der Meeresfauna zu beginnen; im Dezember, also zur Zeit des südlichen Sommers, will man an den Kerguelen-Inseln anern. Hier bleibt an günstiger Stelle eine aus zwei Gelehrten und zwei Matrosen gebildete Abteilung zurück, um selbständige Forschungen zu unternehmen, die später mit den von der Hauptexpedition erzielten Ergebnissen zu vergleichen sein werden. Sache der Hauptexpedition ist es u. a., über die Lage des magnetischen Südpols Untersuchungen anzustellen und ferner die strittige Frage der Lösung näher zu bringen, ob man es in dem Land am Südpol nur mit einzelnen Inselgruppen oder mit einem Kontinent zu thun hat, dessen Größe den Flächenraum Europas um das Doppelte übertreffen kann. Die Ansicht, daß das unerschöpfte Gebiet ein Inselmeer ist, wird vornehmlich von Britisch-Russen vertreten, während der englische Gelehrte Pourour aus biologischen Erscheinungen, aus der Art des Eises und der Gesteine, sowie der Polarwinde folgert, daß am Südpol ein großes Festland liegt. Auf Victoria-Land will die Expedition von 1903 ab ein ganzes Jahr verweilen. Mit kantonischen Polarhunden, deren fünfzig in Sibirien auf gekauft sind, werden Schlittenfahrten nach Süden unternommen. Selbstverständlich ist die Expedition mit allen möglichen wissenschaftlichen Apparaten reichlich versehen, sogar ein Luftballon und das dazu erforderliche Gas fehlen nicht. Auch befindet sich ein Schwefel-Extrakt an Bord; der Proviant aber ist für einen drei- bis vierjährigen Aufenthalt berechnet. Trotz

der auch in dieser Hinsicht reichliche Ausrüstung wird die Expedition sich, wo solches angängig, von dem frischen Fleisch erlegter Wale und Robben nähren, da dieses sich nach den auf Polarreisen gemachten Erfahrungen in arktischen Regionen der Gesundheit am zuträglichsten erwiesen hat. Einem Arzt, der sich unter der Expedition befindet, liegt die ebenso verantwortungsvolle wie interessante Aufgabe ob, die Gesundheit der Teilnehmer zu überwachen und die gewonnenen Beobachtungen wissenschaftlich zu verwerthen. Ueber die Zeit der Rückkehr läßt sich selbstverständlich Bestimmtes nicht voraussagen. Frühestens wird die Heimreise 1903 erfolgen, doch kann sich der Aufenthalt im Südmeer unter Umständen auch noch ein Jahr länger ausdehnen. Offenlich ist den deutschen Forschern, wie auch den mit ihnen zusammen arbeitenden englischen, schottischen und schwedischen Expeditionen ein glückliches und für die Wissenschaft erfolgreiches Wirken beschieden.

Der Verein für vollständige Kurse von Berliner Hochschullehrern wird in den Monaten Oktober bis Dezember je 10 Vortragskurse abhalten. Jeder Kursus wird sechs Vorträge von je 1 1/2 Stunden umfassen. Die Vorträge beginnen abends 8 1/2 Uhr und sind für Männer und Frauen zugänglich. Die Ordnung lautet: 1. Montag: Prof. Dr. Erich Schmidt: „Schiller's Theater vom Wallenstein bis zum Demetrius“ im Bürgeraal Rathaus, beginnt am 5. November. 2. Montag: Privatdozent Dr. Fr. Köpcke: „Bau und Leistung des Gehörapparats“ im großen Hörsaal der Anatomie, beginnt am 29. Oktober. 3. Dienstag: Geh. Reg.-Rat Professor Dr. Diehl und Privatdozent Dr. Helm: „Einführung in die lateinische Sprache“ im Französischen Gymnasium, beginnt am 6. November. 4. Dienstag: Privatdozent Dr. Wolfenstein: „Elementararitm.“ in der Technischen Hochschule, beginnt am 20. Oktober. 5. Mittwoch: Lic. Dr. Schüring: „Kulturgeschichte der italienischen Renaissance“ im Kunstgewerbe-Museum, beginnt am 24. Oktober. 6. Mittwoch: Professor Dr. Klotz: „Der Parasitismus im Tierreich und die Säugetiere des Menschen, im Zoologischen Institut, beginnt 31. Oktober. 7. Donnerstag: Prof. Dr. Böhmlein: „Das Wetter und seine Vorhersage“ in der landwirtschaftlichen Hochschule, beginnt am 1. November. 8. Donnerstag: Geh. Reg.-Rat Dr. Stephan: „Allgemeine Rechts- und Gesetzgebung“ im Franz. Gymnasium, beginnt am 1. November. 9. Freitag: Prof. Dr. Hoernig: „Grundsätze der sozialen Geschichte Deutschlands im Mittelalter“ im Französischen Gymnasium, beginnt am 26. Oktober. 10. Freitag: Prof. Dr. Jaefel: „Debenbesetzung auf Grund der Einwohnungsverhältnisse der Rheinwelt“ in der alten Urania, beginnt am 26. Oktober. Der Eintrittspreis beträgt für jeden Kursus 1 M. Karten sind zu haben bei G. Belling, Leipzigerstr. 136. A. Schütz, Holzmarktstr. 90 II. Chr. Tischendörfer, Sophienstr. 20. Trauweinische Buchhandlung Leipzigerstr. 13. Centralhalle für Arbeiter-Bohnenvereine, Köpenickerstr. 23 II (8-3 Uhr). Die Eintrittskarten zu den Kursen 1 (Prof. Schmidt), 4 (Dr. Wolfenstein) und 5 (Dr. Schüring) sind bereits vergriffen.

Aus den Nachbarorten.

Über die Wohnungsnot wird uns aus Charlottenburg berichtet: Der Umfang der hier herrschenden Wohnungsnot wird durch folgende Daten illustriert: Am 2. Oktober lagen nicht weniger als 43 Familien, fast ausschließlich sogenannte „kleine Leute“ mit zahlreichen Kindern, mit ihrem Hab und Gut auf der Straße, nicht im Stande, sich ein Unterkommen zu verschaffen. Auf Veranlassung der städtischen Armenverwaltung hat die Berliner Vereinigung vom Roten Kreuz zwei Weißbleichbaracken herangezogen, die auf dem Grundstück des alten Familienhauses in der Sophie-Charlottenstraße aufgestellt und zur Aufnahme einer Anzahl Familien hergerichtet worden sind; 10 Familien sind durch die Polizeibehörde, teilweise im Polizeigenwäscher, untergebracht worden, einige andre in einer zum Feuerweh-Depot am Löhnow gehörigen Kasse. Weiter berichtet eine Lokalcorrespondenz, daß auch das baldigt fertig zu stehende neue geräumige Eisenhaus zunächst obdachlose Familien aufnehmen soll. Viele kinderreiche, durchaus anständige Familien ziehen es zur Zeit vor, in Ställen, Lauben und Bretterbuden auf freiem Feld zu hausen, anstatt in die städtischen Baracken zu gehen. So wohnen in einem Leinwandzelt am Westender Berge zwei Familien mit zwölf Kindern, von denen das jüngste kaum ein halbes Jahr alt ist. Der Stadtverordneten-Versammlung wird ja am nächsten Mittwoch Gelegenheit geboten werden, ihr Urteil über diese herrlichen Zustände zu fällen. Offenlich wird die Debatte zur Folge haben, daß endlich Maßregeln ergriffen werden, um ähnlichen Zuständen vorzubeugen.

Aus Hildorf. In der Rudowstraße ging gestern das vor ein leichtes Verunfallverderb gespannte Pferd des Schmiedemeisters Schmidt vom Richardplatz hier selbst durch. Der Wagen schleuderte gegen den Vorstein und die Insassen des Wagens flogen auf den Straßendamms. Frau Schmidt erlitt hierbei so schwere Verletzungen, daß sie nach dem Brügel Krankenhaus gebracht werden mußte, wofür sie bald darauf verstarb.

Die wegen Uebnahme des Auswanderer-Bahnhofs ruhenden durch die beteiligten Dampfschiffs-Gesellschaften zwischen der preussischen Staats-Eisenbahnverwaltung einerseits und dem Norddeutschen Lloyd sowie der Hamburg-Amerikanischen Paketfahrt-Aktiengesellschaft andererseits geführten Verhandlungen sind ergebnislos verlaufen und inzwischen gänzlich abgebrochen worden. Die Dampfschiffs-Gesellschaften hatten sich im Fall der Uebnahme des Bahnhofs anheißig gemacht, an Stelle der unzureichenden und bereits stark verbrauchten Weißbleichbaracken zur Unterbringung der Passagiere massive Bauarbeiten zu errichten. Hierzu hatten sie aber u. a. die Bedingung gestellt, daß die Eisenbahn-Verwaltung ihnen den Bauplatz, also das Bahnhofs-gelände, als Eigentum überlasse. Dies hat die Eisenbahn-Verwaltung indes grundsätzlich abgelehnt. Da nun die Dampfschiffs-Gesellschaften unter dem jetzigen Verhältnis in die Lage kommen könnten, die von ihnen errichteten Bauten wieder abzureißen, falls die Bahnverwaltung das Terrain anderweit brauchen sollte — dieser Fall kann bei dem bevorstehenden Umbau der Spandauer Bahnhofsanlagen eintreten — so haben sie von der Uebnahme des Ruhlebener Bahnhofs Abstand genommen.

Versammlungen.

Die Gastwirtgehilfen hielten in der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag eine stark besuchte öffentliche Versammlung bei Dräsel, Neue Friedrichstraße, ab, in der über die allgemeine Petition an den Reichstag und Bundesrat, betreffend die Einführung eines Special-Schutzgesetzes für das Gastwirts-gewerbe und über die Einwirkung des Keunigh-Badenschlusses und der Sonntagsruhe auf das Gastwirts-gewerbe, verhandelt wurde. Der Referent H. Bösch, der die derzeitigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Gastwirtsgehilfen schilderte, kritisierte die Vorschläge der Kommission für Arbeiterstatistik als völlig ungenügend. Den Vorschlägen der Kommission gegenüber, die fogar von einem großen Teil der bürgerlichen Presse der verschiedenen Parteien in der Woche zu verlangen worden sind, wird in der Petition von der Sachkommission der Gastwirtsgehilfen Deutschlands, den Vorschlägen des diesjährigen allgemeinen Kongresses entsprechend, eine tägliche Mindestruhezeit von neun Stunden bei einer zwölfstündigen, inkl. der festzusetzenden Pausen fünfzehnstündigen Arbeitszeit und ein wöchentlich wiederkehrender Ruhetag von 88 Stunden gefordert. Diese Bestimmungen sollen für das gesamte Personal gelten, nur soll die Arbeitszeit der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen noch mehr und insbesondere die Nachtarbeit beschränkt werden.

Redner verweist im weiteren darauf, daß die Gastwirtsgehilfen auf die völlige Sonntagsruhe verzichten im Interesse derjenigen Bevölkerungsteile, welche die Woche über thätig sein müssen und den Sonntag als Erholungs-tag benutzen wollen. Wenn die Gehilfen aber auch den Sonntag verzichten, so haben sie umso mehr ein Recht, einen vollen Ruhetag in der Woche zu verlangen. Der Referent erörterte sodann die Einwendungen, die gegen den Keunigh-Badenschluß der offenen Verkaufsläden von gewisser Seite erhoben werden und von der behauptet wird, daß diese Maßregel dazu geführt hat, die Wirthehäuser zu füllen, der Böllerei und allen möglichen Unzulänglichkeiten und Lasten Vorschub zu leisten. Von derselben mildernden Richtung wird nun auch gefordert, daß die Gastwirtsgehilfen spätestens um 12 Uhr geschlossen werden sollen. Diesen Bestrebungen werden sich die Gastwirtsgehilfen nicht anschließen, und sich lediglich auf die aufgestellten Forderungen be-

stehen. Aber wenn auch die Folgen des Keunigh-Badenschlusses ganz ungeheuerlich übertrieben worden sind, so kann doch nicht bestritten werden, daß das Gastwirts-gewerbe von dieser Bestimmung und sowohl von der Sonntagsruhe als von der ganzen bisherigen Socialreform gewisse Vorteile zu verzeichnen hat. Dies wäre ein Grund mehr, daß sich die Gastwirte den so notwendigen und minimalen Forderungen der Gehilfen nicht widersetzen dürften und ihnen mindestens dasselbe zugestehen, was den Handlungsgehilfen als notwendig durch gesetzliche Bestimmungen zugewilligt worden ist. Die Gastwirte können dies umso mehr, als sie keine Konkurrenz vom Auslande zu befürchten haben, und die Konkurrenz am Orte, sei es durch Preisüberbietung der Nacht oder Miethen, sei es durch Preisdrückereien der Speisen und Getränke, einermöglichen vermehren könnten, aber schließlich in keinem Fall das Recht haben, ihre Fortuna auf dem Rücken der Gehilfen aufzuspielen.

Dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag folgte eine kurze Diskussion im Sinne des Referats, worauf folgende Resolution einstimmig beschlossen wurde:

Die Versammlung erklärt die Vorschläge der Kommission für Arbeiterstatistik betreffend den Arbeiterschutz im Gastwirts-gewerbe für vollkommen ungenügend. Sie hält die Forderungen des allgemeinen Kongresses, wie sie in der Petition der Sachkommission niedergelegt sind, für äußerst bescheiden, ihre strikte Durchführung für unbedingt notwendig und auch ohne Schaden für das Gewerbe für möglich. Die Versammlung erwartet von den gesetzgebenden Körperschaften, daß sie den berechtigten Wünschen der Gastwirtsgehilfen mehr Verständnis entgegenbringen und mehr Rechnung tragen werde, als die Mehrheit der Kommission für Arbeiterstatistik.

Ferner fordert die Versammlung die Gesellschaft Deutschlands auf, in allgemeinen öffentlichen Versammlungen ihr Einverständnis mit der Petition der Sachkommission zu bekunden.

Außerdem wurde die Sachkommission beauftragt, unter den Gastwirtsgehilfen möglichst Aufklärung zu schaffen über die neuen Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung und des Bürgerlichen Gesetzbuchs, welche das Stellenvermittlungswesen betreffen und sollen alle bekannt werdenden Versuche seitens der Stellenvermittler gegen diese Bestimmungen der Kommission zur weiteren Veranlassung mitgeteilt werden.

Der Centralverband der Töpfer hielt am Dienstagabend im großen Saale des Gewerkschaftshauses eine gut besuchte Versammlung ab, in welcher zunächst David über die Frage: „Wie weit ist die Fensterfrage geregelt?“ referierte. Infolge der fehlenden Vergütung, die tariflich am 15. Oktober allgemein fertiggestellt sein mußte, haben sich Differenzen mit den Unternehmern ergeben, von denen 58 Bauten mit 631 Töpfern berührt werden. Auf 5 Bauten mit 40 Töpfern ist die Fensterfrage zu Gunsten der Arbeiter geregelt, in 38 Bauten mit 424 Arbeitern werden die Fenster voraussichtlich noch in dieser Woche eingeseht, während nur in 15 Bauten mit 167 Töpfern vorläufig keine Aussicht vorhanden ist, daß die Festlegungen des Tarifs Anerkennung finden. Hieran entspann sich eine rege Diskussion darüber, was als genügend vergütet anzusehen sei, und es wurde allgemein dem Bauern Ausdruck gegeben, daß auch andre Bauhandwerker, wie Stuccateure und Maler, in dieser Frage sich nicht mit den Töpfern solidarisch erklären. Weiter wurde betont, daß wegen dieser Angelegenheit immer Reibereien zwischen Unternehmern und Arbeitern vorkommen werden, so lange nicht durch einen gesetzlichen Arbeiterschutz auch diese Frage definitiv geregelt sei. Ein Antrag, den arbeitenden Kollegen eine Gratsteuer von einer Mark aufzulegen, wurde fast einstimmig abgelehnt; der Vor-sitzende machte demgegenüber darauf aufmerksam, daß noch große Restbeiträge ausstünden, die erst eingezogen werden sollten. Kollegen, welche durch die Fensterfrage arbeitslos werden, erhalten nach einer dreitägigen Karenzzeit pro Tag 2,50 M. Unterstützung. Betreffs der Vergütung einige man sich auf folgenden Antrag: „Provisorische Vergütung nennt die Versammlung eine solche, wo Luft und Licht durch Glas so viel vorhanden ist, daß die Arbeitszeit ausgenutzt werden kann. Sackelzuwand ist nicht gestattet. Die Vergütung ist der Kommission überlassen.“ Bei solcher Art der Vergütung ist das Arbeiten zulässig. Den Bericht für die Lohnkommission erstattete John, der im einzelnen die Verhandlungen mit den Meistern darlegte und die Erwartung aussprach, daß es gelingen werde, einige Mängel des Tarifs zu beseitigen. Die Mitglieder der Kommission verteidigten sich gegen den Vorwurf eines Kommissionsmitglieds, weil sie es zugelassen, daß dieses Mitglied, welches einzelne Unter-nnehmer beleidigt haben soll, von den Unternehmern abgelehnt wurde. Die Kommission habe nicht die Verantwortung übernehmen können, die Verhandlungen an einer Personenfrage scheitern zu lassen, zumal das Mitglied der Lohnkommission der Arbeiter im Unrecht gewesen sei. — Zum Kassierer für den Osten wurde Döcker wieder gewählt. Wegen der Fensterfrage arbeitslos Gewordene haben sich vormittags zwischen 10-12 Uhr auf dem Verbandsbureau zu melden. Zum Schluß wurde noch auf das am 27. d. Mt. stattfindende Vergütigen der Töpfer verwiesen.

Der Verband der Vergolder und verwandten Berufs-genossen hielt am 15. Oktober seine Jubiläumerversammlung in den Kaminhallen ab. Der Kassierer gab die Abrechnung vom 3. Quartal. Die Einnahme betrug 4682,62 M., die Ausgabe 2012,28 M., verbleibt ein Kassenbestand von 2670,34 M. — Unter Verschiedenem verlas Lanquer eine Notiz der antlichen „Weissen Zeitung“, mit der Spitzmarke: „Was soll mein Sohn werden?“ In dieser Notiz wird das Vergoldergewerbe als eines der lohnendsten gefehdrt, da der Durchschnittslohn 30-40 M. pro Woche bei neun-stündiger Arbeitszeit betrage. Gleichzeitig wird darin die Firma C. Rutenberg, Goldbleiben-Fabrik in Neu-Weissen, als eine wohlrenommierte Firma gefehdrt, welche zur Aufnahme einer Anzahl Lehrlinge bereit sei. In der Versammlung wird ausgesprochen, daß das Vergoldergewerbe mit zu den ungeschicktesten gehört und der Durchschnittslohn höchstens 15 bis 27 M. beträgt. Insbesondere gehört die Firma Rutenberg zu denjenigen, welche die schlechtesten Accordpreise zahlt und in der Lehrlingsausbildung das menschenmüdigste leistet. Zum Schluß wird festgesetzt, in welchen Rahmenwertstätten die im vorigen Jahre errungenen Lohn- und Arbeitsbedingungen hochgehalten werden. In nächster Zeit soll gegen diejenigen Firmen vorgegangen werden, wo diese Bedingungen nicht erfüllt werden. An Stelle Schunich wurde H. Steidel zum Revisor der Bilanzkasse gewählt.

Die Mitglieder des Centralvereins der im Adressentwesen und verwandten Branchen Beschäftigten saßen in ihrer letzten Versammlung in Bezug auf die Maßregelung von fünf ihrer Mitglieder im Lehmerischen Bureau eine Resolution, in der sie die Maßregelung aufs schärfste verurteilten und den Gemäßigten ihre Unterstützung zusicherten. Zugleich wird das genannte Bureau für die Mitglieder des genannten Vereins, mit Ausnahme der gegenwärtig noch dort Arbeitenden, gesperrt. An die Arbeiterschaft Berlins wird die Bitte gerichtet, nach Möglichkeit auf diese Sperrung in der Adressenbranche hinzuwirken.

Berliner Kranken-Unterrichtungs- und Begräbnis-Verein für Frauen und Mädchen, geg. 1892. Heute abend 9 Uhr in den Kaminhallen, Kommandantenstr. 20: Geschäftliche Sitzung.

Witterungsübersicht vom 18. Oktober 1900, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Stationen	Barometer-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	
Bonnend.	758	S	2	wolkig	4	Hararanda	762	R	4	h. b. bed.
Darmstadt	758	SO	3	Regen	7	Leipzig	758	SO	5	bedeckt
Dresden	757	SO	2	Regen	6	Worms	764	R	3	bedeckt
Frankf./M.	758	SO	2	wolkig	8	Worms	761	R	3	bedeckt
München	755	SO	3	bedeckt	8	Paris	760	SO	2	wolkig
Wien	760	SO	2	bedeckt	5					

Wetter-Prognose für Freitag, den 19. Oktober 1900.
Nacht und zunächst ziemlich trübe, mit leichten Regenschauern und mäßigen nordöstlichen Winden; später aufklarend.